

Schriftstück #7.4

1

O.K. Volček
Bevollmächtigter der Antragstellerin
O.B. Zaharenko

An
Richter V.V. Beljanin
beim Bezirksgericht Oktjabr'skij der Stadt Minsk

Antrag

Am 9. September 2002 hat das Bezirksgericht Oktjabr'skij beschlossen, das von O.B. Zaharenko beantragte Verfahren über die Todeserklärung des Jurij Nikolaevič Zaharenko auszusetzen. Seine Entscheidung begründete das Gericht damit, dass ein Strafverfahren wegen des Verschwindens von Jurij Nikolaevič Zaharenko anhängig sei und eine endgültige Entscheidung nach § 160, Absatz 4 ZPO der Republik Weißrussland erst nach Abschluss der Voruntersuchung getroffen werden könne.

Am 17. Januar 2003 hat die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk beschlossen, die Voruntersuchung im Strafverfahren wegen des gewaltsamen Verschwindens von Jurij Zaharenko auszusetzen.

Am 18. November 2002 hat der Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland V. Šejman im Zusammenhang mit einer Anfrage des Abgeordneten der Nationalversammlung V.D. Frolov über den Stand der Ermittlungen in den Strafverfahren, die wegen des Verschwindens von J. Zaharenko, D. Zavadskij, A. Krasovskij und V. Gončar eingeleitet worden waren, informiert. Das Antwortschreiben enthält Hinweise auf die näheren Umstände des Verschwindens von Jurij Nikolaevič Zaharenko: „Im Rahmen der von der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk durchgeführten Voruntersuchung wurde festgestellt, dass Zaharenko am 7. Mai 1999

gegen 21.40 Uhr auf dem Weg vom Parkplatz in der Mogilevskajastraße zu seiner Wohnung verschwand. (...) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann auf der Grundlage vorliegender Angaben, unter anderem von Zeugenaussagen mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass Zaharenko unter Anwendung von Gewalt am 7. Mai 1999 zur genannten Zeit auf dem Fußgängerweg in der Nähe der Žukovskijstraße 8 von Unbekannten entführt und in einem Auto in eine nicht bekannte Richtung weggefahren wurde (...) Bis heute konnte der Aufenthalt von Zaharenko und den Personen, die ihn entführt haben, nicht festgestellt werden. (...)“

Ich gehe daher davon aus, dass im Antwortschreiben des Generalstaatsanwalts der Republik Weißrussland ausreichende Hinweise darauf enthalten sind, dass Jurij Zaharenko am 7. Mai 1999 gewaltsam entführt wurde und sein Aufenthalt bis heute nicht festgestellt worden ist.

Wenn das Gericht nicht die Verantwortung für die Entscheidung darüber übernehmen kann, welcher Tag als Todestag Jurij Zaharenkos zu erklären ist, so teilt die Antragstellerin zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Position des Gerichts, nämlich als Todestag den Tag zu erklären, an dem die gerichtliche Entscheidung über die Todeserklärung Jurij Zaharenkos rechtskräftig wird.

Ich bin der Meinung, dass alle diese neuen Umstände es dem Gericht ermöglichen, das gerichtliche Verfahren wieder aufzunehmen, das wegen der Unmöglichkeit, die Zivilsache vor der Entscheidung im Strafverfahren wegen des Verschwindens von Jurij Zaharenko zu behandeln, eingestellt worden ist.

Nach § 163 ZPO der Republik Weißrussland

ersuche ich darum:

1. Das gerichtliche Verfahren über die Todeserklärung von Jurij Zaharenko wieder aufzunehmen, da die Voruntersuchung im Strafverfahren wegen des gewaltsamen Verschwindens von Jurij Zaharenko abgeschlossen sind.
2. Den Staatsanwalt der Stadt Minsk aufzufordern, dem Gericht den Beschluss über die Aussetzung der Voruntersuchung im Strafverfahren wegen des gewaltsamen Verschwindens von Jurij Zaharenko vorzulegen.
3. Die Antwort des Generalstaatsanwalts der Republik Weißrussland den Unterlagen des Zivilverfahrens beizufügen.

O.K. Volček

2

O.K. Volček
 Bevollmächtigter der Antragstellerin
 O.B. Zaharenko
 L.Ukrainka-Straße 12-1-551, Minsk

An das
 Gerichtskollegium für Zivilverfahren
 des Obersten Gerichtshofes der Republik Weißrussland

Antrag

Am 9. September 2002 hat das Bezirksgericht Oktjabr'skij (Richter V.V. Beljanin) beschlossen, das von O.B. Zaharenko beantragte Verfahren über die Todeserklärung des Jurij Nikolaevič Zaharenko auszusetzen. Seine Entscheidung begründete das Gericht damit, dass ein Strafverfahren wegen des Verschwindens von Jurij Nikolaevič Zaharenko anhängig sei und eine endgültige Entscheidung erst nach Abschluss der Voruntersuchung getroffen werden könne.

Diesem Beschluss habe ich widersprochen und eine Beschwerde beim Gerichtskollegium für Zivilverfahren des Stadtgerichtes Minsk eingelegt.

Am 30.09.2002 hat das Gerichtskollegium für Zivilverfahren des Stadtgerichtes Minsk den Beschluss des Bezirksgerichts Oktjabr'skij, Minsk, als rechtmäßig anerkannt.

Am 31.11.2002 hat das Präsidium des Stadtgerichtes Minsk getagt und ist zu der Auffassung gelangt, dass die richterliche Entscheidung von V.V. Beljanin, das gerichtliche Verfahren auszusetzen, rechtmäßig gewesen sei.

Diese gerichtlichen Entscheidungen sind nicht als rechtmäßig anzuerkennen, denn sie stellen eine grobe Verletzung der gesetzlichen Regelung von Todeserklärungen dar.

Nach § 41 ZGB der Republik Weißrussland kann ein Bürger durch gerichtlichen Beschluss für tot erklärt werden, wenn in einem Zeitraum von drei Jahren an seinem Wohnort keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vorliegen.

Während der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, dass Jurij Zaharenko am 7. Mai 1999 um 21.45 Uhr verschwunden ist, als er nicht mehr nach Hause

zurückkehrte. Diese Tatsache bekräftigten die Antragstellerin in ihrem Antrag sowie die vor Gericht befragten Zeugen V.V. Borodač und V.M. Šlyndikov. Sie waren die letzten, die an jenem Tag mit dem Vermissten sprachen. Die Zeugen sagten aus, dass Jurij Zaharenko nicht die Absicht hatte, ins Ausland zu reisen, weil er aktiv in der politischen Opposition gegen das herrschende Regime mitarbeitete. V.V. Borodač und V.M. Šlyndikov gehen davon aus, dass Jurij Zaharenko von Mitarbeitern des Geheimdienstes entführt wurde. Diese Annahme wird auch von anonymen Zeugen gestützt, die an diesem Abend gesehen haben, wie sich die Entführung ereignete.

Auch der unabhängige Untersuchungsausschuss zur Frage des Verschwindens des ehemaligen Innenministers Jurij Zaharenko ist zu dieser Auffassung gelangt. Anhand der über die Umstände des Verschwindens von Jurij Zaharenko gewonnenen Hinweise wurde die Broschüre „Unabhängige Ermittlung: „Wo ist Jurij Zaharenko““ veröffentlicht. In dieser Broschüre sind Schlussfolgerungen von Juristen, Bürgerrechtlern und Freunden von Jurij Zaharenko zusammengestellt. Sie enthält auch Aussagen anonymer Zeugen, die die Entführung von Jurij Zaharenko gesehen haben.

Am 17. September 1999 hat die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk auf Antrag der Tochter des Vermissten nach § 101 StGB der Republik Weißrussland (vorsätzliche Tötung in der Fassung von 1960) das Strafverfahren Nr. 110351 eingeleitet, weil davon ausgegangen wurde, dass Jurij Zaharenko unter den von der Antragstellerin genannten Umständen, d.h. am 7. Mai 1999, Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte.

Während des gerichtlichen Verfahrens wurden die Ergebnisse der Ermittlungen in der Strafsache mitgeteilt (Brief der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk vom 05.09.2002). Dem Bericht zufolge liegen dem Organ der Voruntersuchung keinerlei Nachrichten über den Aufenthalt von Jurij Zaharenko vor. Das Strafverfahren wurde zu keinem Zeitpunkt eingestellt. Der Zeitraum der Voruntersuchung ist bis zum 17.10.2002 verlängert worden. Der Leiter der Untersuchungsabteilung der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk E.S. Sinjak teilt dem Gericht mit, dass parallel zum Strafverfahren von der Leitung des Fahndungsdienstes der Hauptverwaltung Inneres der Stadtverwaltung Minsk wegen des Verschwindens von Jurij Zaharenko die Fahndung Nr. 103 durchgeführt wurde. Die Hauptverwaltung Inneres der

Stadtverwaltung Minsk konnte keine Hinweise auf den Aufenthalt des Vermissten liefern.

Außerdem habe ich in Vorbereitung auf den Gerichtsprozess nach § 370 ZPO der Republik Weißrussland auf Grund eines Gerichtsbeschlusses eine Meldung in der überregionalen Zeitung *Narodnaja volja* (25.06.2002) und in der Lokalzeitung *Večernij Minsk* (Nr. 135, 2.07.2002) veröffentlichen lassen. Die Meldung enthielt einen Aufruf an alle Bürger und juristischen Personen, die etwas über das Schicksal von Jurij Zaharenko wussten, dieses mitzuteilen. Während des Gerichtsprozesses stellte sich heraus, dass nach diesem Aufruf keinerlei Hinweise auf das Schicksal von Jurij Zaharenko eingegangen waren.

In der Debatte unterstützte der Vertreter der Staatsanwaltschaft Minsk/ Bezirk Oktjabr'skij die Forderung der Antragstellerin nach Todeserklärung ihres Ehegatten, die jedoch nicht mit dem Todesdatum vom 07.Mai 1999, sondern dem Datum, an dem die gerichtliche Entscheidung über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko Rechtsgültigkeit erlangen würde, ausgestellt werden sollte.

Das Gericht hat gegen § 160, 1. Teil, ZPO verstoßen und damit einen gerichtlichen Präzedenzfall geschaffen. Das Gericht hat nicht begründet, warum es unmöglich war, über die vorliegende Sache zu verhandeln. Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk in der Strafsache über das Verschwinden von Jurij Zaharenko ermittelt, kann kein Grund sein, nicht über die vorliegende Zivilsache zu verhandeln, denn erstere hängt nicht mit dem Gegenstand des Zivilverfahrens zusammen. Es kommt erschwerend hinzu, dass Ermittlungen in einer Strafsache der vorliegenden Kategorie nach dem neuen Strafgesetzbuch der Republik Weißrussland in einem Zeitraum von insgesamt 25 Jahren durchgeführt werden können. Es könnte also sein, dass Jurij Zaharenko während dieses gesamten Zeitraumes nicht für tot erklärt wird und seine Familie folglich nicht über sein Vermögen verfügen kann. Der vorliegende Beschluss verstößt nicht nur gegen geltendes Gesetz, sondern stellt auch eine grobe Verletzung der Verfassungsrechte und eine Beschneidung der Freiheit naher Verwandter von Jurij Zaharenko dar.

Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber auch eine Frist von drei Jahren festgelegt, innerhalb derer ein Bürger für tot erklärt werden kann, wenn keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vorliegen.

Aus dem Dargelegten folgt, dass die Antragstellerin und ihr Bevollmächtigter allen Anforderungen der §§ 369, 370 StPO der Republik Weißrussland und des § 41 ZGB

der Republik Weißrussland über die Todeserklärung eines Bürgers entsprochen haben. Deshalb hätte das Gericht eine gerechte und rechtmäßige Entscheidung treffen und Jurij Zaharenko für tot erklären müssen.

Der hauptsächliche Fehler der Gerichte besteht in der Auslegung der ZPO. § 369 ZPO fordert nämlich keine genaue Feststellung der juristischen Tatsache des Todes eines Bürgers, erst recht nicht den genauen Todestag. Der erwähnte Paragraph zielt lediglich auf die Umstände, die Anlass zur Vermutung des Todes eines Bürgers sind. Am 18. November 2002 hat der Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland V. Šejman im Zusammenhang mit einer Anfrage des Abgeordneten der Nationalversammlung V.D. Frolov über den Stand der Ermittlungen in den Strafverfahren, die wegen des Verschwindens von J. Zaharenko, D. Zavadskij, A. Krasovskij und V. Gončar eingeleitet worden waren, informiert. Das Antwortschreiben enthält Hinweise auf die näheren Umstände des Verschwindens von Jurij Nikolaevič Zaharenko: „Im Rahmen der von der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk durchgeführten Voruntersuchung wurde festgestellt, dass Zaharenko am 7. Mai 1999 gegen 21.40 Uhr auf dem Weg vom Parkplatz in der Mogilevskajastraße zu seiner Wohnung verschwand. (...) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann auf der Grundlage vorliegender Angaben, unter anderem von Zeugenaussagen mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass Zaharenko unter Anwendung von Gewalt am 7. Mai 1999 zur genannten Zeit auf dem Fußgängerweg in der Nähe der Žukovskijstraße 8 von Unbekannten entführt und in einem Auto in eine nicht bekannte Richtung weggefahren wurde (...) Bis heute konnte der Aufenthalt von Zaharenko und den Personen, die ihn entführt haben, nicht festgestellt werden. (...)“ Ich gehe daher davon aus, dass im Antwortschreiben des Staatsanwaltes der Stadt Minsk und des Generalstaatsanwalts der Republik Weißrussland ausreichende Hinweise darauf enthalten sind, dass Jurij Zaharenko am 7. Mai 1999 gewaltsam entführt wurde und sein Aufenthalt bis heute nicht festgestellt worden ist. Welche Informationen benötigen die Organe der Voruntersuchung noch, um Jurij Zaharenko durch einen gerichtlichen Beschluss für tot zu erklären?

Erinnert sei daran, dass im Bezirksgericht Frunzenskij der Stadt Minsk auf Antrag von Irina Krasovskaja ein vergleichbares Verfahren über die Verschollenheitserklärung ihres Ehegatten Anatolij Krasovskij anhängig war, der am 16. September 1999 zusammen mit dem Oppositionspolitiker Viktor Gončar verschwunden ist. Im Laufe des gerichtlichen Verfahrens erstattete die

Staatsanwaltschaft Auskunft über die Ermittlungen im Strafverfahren wegen des Mordes an Anatolij Krasovskij und Viktor Gončar. Diese Auskunft war ein hinreichender Grund, um Anatolij Krasovskij für verschollen zu erklären.

Am 17. Januar 2003 fasste die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk den Beschluss, die Voruntersuchung wegen Nichtermittlung einer Person, die zu strafrechtlicher Verantwortung zu ziehen wäre, einzustellen. Ende Januar habe ich beim Bezirksgericht Oktjabr'skij beantragt, das gerichtliche Verfahren wieder aufzunehmen. Dem Antrag legte ich das Antwortschreiben des Generalstaatsanwalts der Republik Weißrussland vom 18.11.2002 bei, in dem die Umstände des gewaltsamen Verschwindens von Jurij Zaharenko genannt sind. Ende Januar erhielt das Gericht die Mitteilung der Staatsanwaltschaft, dass im Laufe der Ermittlungen der Aufenthalt von Jurij Zaharenko nicht festgestellt worden war. Bis heute ist das gerichtliche Verfahren von V.V. Beljanin (Richter) nicht wieder aufgenommen worden.

Der wichtigste Grund für das Gericht, das Verfahren wieder aufzunehmen, sollte sein, dass die Antragstellerin ihre Haltung in der Frage geändert hat. Ol'ga Zaharenko hat erklärt, dass im Falle von gerichtlichen Zweifeln am Todesdatum die Todeserklärung des Jurij Zaharenko auch mit dem Datum, an dem die gerichtliche Entscheidung über die Todeserklärung Gültigkeit erlangt, ausgestellt werden kann.

Bis heute hat V. Beljanin (Richter) das gerichtliche Verfahren nicht wieder aufgenommen, seine diesbezügliche Entscheidung aber auch nicht erklärt.

Nach §§ 447, 448 ZPO der Republik Weißrussland

ersuche ich darum:

1. Den Beschluss des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 09.09.2002, den Beschluss des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Minsker Stadtgerichtes vom 30.09.2002 sowie den Beschluss des Präsidiums des Minsker Stadtgerichtes vom 13.01.2002 aufzuheben, da sie unbegründet und unrechtmäßig sind.
2. Aufgrund der Tatsache, dass keine weitere Beweissammlung oder Prüfung der Beweise erforderlich ist, die Umstände der Strafsache gerichtlich in erster

Instanz vollständig und richtig festgestellt wurden, jedoch materielles und prozessuales Recht nicht richtig angewendet wurden, den Forderungen der Antragstellerin bezüglich der Todeserklärung des Jurij Zaharenko, Jahrgang 1952, geboren in Vasileviči, Gebiet Gomel'skaja zu entsprechen.

Anlage:

1. Kopie des Beschlusses des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 09.09.2002
2. Kopie des Beschlusses des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Minsker Stadtgerichts vom 30.09.2002
3. Kopie des Antwortschreibens (auf¹) den Beschluss des Präsidiums des Minsker Stadtgerichts vom 13.01.2002

O.K. Volček

26. Februar 2003

¹ Ergänzung d.Ü.

3

Oberstes Gericht der Republik Weißrussland
 Lenin-Straße 28, 220681 Minsk
 Tel.: (017) 226-12-06, Fax (171) 227-12-25
 Email: scjustrb@pmrb.by

An
 O.K. Volček
 L.Ukrainka-Straße 12-1-551
 220020 Minsk

28.03.2003; Nr. 04-3/611

Die Beschwerde, die Sie in der Sache Ol'ga Zaharenko eingelegt haben, wurde geprüft.

Aufgrund des Beschlusses des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 09. September 2002 und des unverändert geltenden Beschlusses des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Minsker Stadtgerichts vom 30. September 2002 wurde das Verfahren über den Antrag von O.B. Zaharenko auf Todeserklärung des J.N. Zaharenko ausgesetzt.

Mit Beschluss des gleichen Gerichtes vom 18. Oktober 2002 wurde das Verfahren wieder aufgenommen.

Mit Beschluss des Präsidiums des Minsker Stadtgerichtes vom 13. November 2002 wurde der oben erwähnte gerichtliche Beschluss wieder aufgehoben.

In Ihrer Beschwerde ersuchen Sie darum, die gerichtlichen Beschlüsse aufzuheben, mit der Begründung, sie seien unrechtmäßig und unbegründet.

Der Beschwerde wurde nicht stattgegeben.

Nach § 160, 1. Teil, Absatz 4 ZPO der Republik Weißrussland ist ein Gericht verpflichtet, ein Verfahren auszusetzen, wenn es unmöglich ist, die Sache vor der Entscheidung in einer anderen Sache zu behandeln, die in einem zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Verfahren verhandelt oder auf dem Verwaltungswege entschieden wird.

Aus den vorliegenden Materialien folgt, dass die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk am 17. September 1999 wegen des Verschwindens von Jurij Zaharenko nach § 101 StGB der Republik Weißrussland in der Fassung von 1960 ein Strafverfahren

eingeleitet hat und die Voruntersuchung in dieser Sache noch nicht abgeschlossen ist.

Angesichts dieser Sachlage war der richterliche Beschluss, das Verfahren über den Antrag von O.B. Zaharenko auf Todeserklärung des J.N. Zaharenko auszusetzen, begründet.

Es besteht kein Grund, die gerichtlichen Beschlüsse aufzuheben.

Anlage: 4 Seiten

Stellvertretender Gerichtspräsident

I.A. Mironičenko

4

O.K. Volček
 Bevollmächtigter der Antragstellerin
 O.B. Zaharenko
 L.Ukrainka-Straße 12-1-551, Minsk

An
 V.O. Sukalo
 Präsident beim Obersten Gericht der Republik Weißrussland

Eine Kopie des Schreibens geht an die Vertretung der OSZE in der Republik
 Weißrussland

Beschwerde

Am 9. September 2002 hat das Bezirksgericht Oktjabr'skij (Richter V.V. Beljanin) beschlossen, das von O.B. Zaharenko beantragte Verfahren über die Todeserklärung des Jurij Nikolaevič Zaharenko auszusetzen. Seine Entscheidung begründete das Gericht damit, dass ein Strafverfahren wegen des Verschwindens von Jurij Nikolaevič Zaharenko anhängig sei und eine endgültige Entscheidung erst nach Abschluss der Voruntersuchung getroffen werden könne.

Diesem Beschluss habe ich widersprochen und eine Beschwerde beim Gerichtskollegium für Zivilverfahren des Stadtgerichtes Minsk eingelegt.

Am 30.09.2002 hat das Gerichtskollegium für Zivilverfahren des Stadtgerichtes Minsk den Beschluss des Bezirksgerichts Oktjabr'skij, Minsk, als rechtmäßig anerkannt.

Am 31.11.2002 hat das Präsidium des Stadtgerichtes Minsk getagt und ist zu der Auffassung gelangt, dass die richterliche Entscheidung von V.V. Beljanin, das gerichtliche Verfahren auszusetzen, rechtmäßig gewesen sei.

Diese gerichtlichen Entscheidungen sind nicht als rechtmäßig anzuerkennen, denn sie stellen eine grobe Verletzung der geltenden Gesetze zur Regelung von Todeserklärungen dar.

Nach § 41 ZGB der Republik Weißrussland kann ein Bürger durch gerichtlichen Beschluss für tot erklärt werden, wenn in einem Zeitraum von drei Jahren an seinem Wohnort keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vorliegen.

Während der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, dass Jurij Zaharenko am 7. Mai 1999 um 21.45 Uhr verschwunden ist, als er nicht mehr nach Hause zurückkehrte. Diese Tatsache bekräftigten die Antragstellerin in ihrem Antrag sowie die vor Gericht befragten Zeugen V.V. Borodač und V.M. Šlyndikov. Sie waren die letzten, die an jenem Tag mit dem Vermissten sprachen. Die Zeugen sagten aus, dass Jurij Zaharenko nicht die Absicht hatte, ins Ausland zu reisen, weil er aktiv in der politischen Opposition gegen das herrschende Regime mitarbeitete. V.V. Borodač und V.M. Šlyndikov gehen davon aus, dass Jurij Zaharenko von Mitarbeitern des Geheimdienstes entführt wurde. Diese Annahme wird auch von anonymen Zeugen gestützt, die an diesem Abend gesehen haben, wie sich die Entführung ereignete.

Auch der unabhängige Untersuchungsausschuss zur Frage des Verschwindens des ehemaligen Innenministers Jurij Zaharenko ist zu dieser Auffassung gelangt. Anhand der über die Umstände des Verschwindens von Jurij Zaharenko gewonnenen Hinweise wurde die Broschüre „Unabhängige Ermittlung: „Wo ist Jurij Zaharenko““ veröffentlicht. In dieser Broschüre sind Schlussfolgerungen von Juristen, Bürgerrechtlern und Freunden von Jurij Zaharenko zusammengestellt. Sie enthält auch Aussagen anonymer Zeugen, die die Entführung von Jurij Zaharenko gesehen haben.

Am 17. September 1999 hat die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk auf Antrag der Tochter des Vermissten nach § 101 StGB der Republik Weißrussland (vorsätzliche Tötung in der Fassung von 1960) das Strafverfahren Nr. 110351 eingeleitet, weil davon ausgegangen wurde, dass Jurij Zaharenko unter den von der Antragstellerin genannten Umständen, d.h. am 7. Mai 1999, Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte.

Während des gerichtlichen Verfahrens wurden die Ergebnisse der Ermittlungen in der Strafsache mitgeteilt (Brief der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk vom 05.09.2002). Dem Bericht zufolge liegen dem Organ der Voruntersuchung keinerlei Nachrichten über den Aufenthalt von Jurij Zaharenko vor. Das Strafverfahren wurde zu keinem Zeitpunkt eingestellt. Der Zeitraum der Voruntersuchung ist bis zum 17.10.2002 verlängert worden. Der Leiter der Untersuchungsabteilung der

Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk E.S. Sinjak teilt dem Gericht mit, dass parallel zum Strafverfahren von der Leitung des Fahndungsdienstes der Hauptverwaltung Inneres der Stadtverwaltung Minsk wegen des Verschwindens von Jurij Zaharenko die Fahndung Nr. 103 durchgeführt wurde. Die Hauptverwaltung Inneres der Stadtverwaltung Minsk konnte keine Hinweise auf den Aufenthalt des Vermissten liefern.

Außerdem habe ich in Vorbereitung auf den Gerichtsprozess nach § 370 ZPO der Republik Weißrussland auf Grund eines Gerichtsbeschlusses eine Meldung in der überregionalen Zeitung *Narodnaja volja* (25.06.2002) und in der Lokalzeitung *Večernij Minsk* (Nr. 135, 2.07.2002) veröffentlichen lassen. Die Meldung enthielt einen Aufruf an alle Bürger und juristischen Personen, die etwas über das Schicksal von Jurij Zaharenko wussten, dieses mitzuteilen. Während des Gerichtsprozesses stellte sich heraus, dass nach diesem Aufruf keinerlei Hinweise auf das Schicksal von Jurij Zaharenko eingegangen waren.

In der Debatte unterstützte der Vertreter der Staatsanwaltschaft Minsk/ Bezirk Oktjabr'skij die Forderung der Antragstellerin nach Todeserklärung ihres Ehegatten, die jedoch nicht mit dem Todesdatum vom 07.Mai 1999, sondern dem Datum, an dem die gerichtliche Entscheidung über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko Rechtsgültigkeit erlangen würde, ausgestellt werden sollte.

Das Gericht hat gegen § 160, 1. Teil, ZPO verstoßen und hat damit einen gerichtlichen Präzedenzfall geschaffen. Das Gericht hat nicht begründet, warum es unmöglich war, über die vorliegende Sache zu verhandeln. Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk in der Strafsache über das Verschwinden von Jurij Zaharenko ermittelt, kann kein Grund sein, nicht über die vorliegende Zivilsache zu verhandeln, denn erstere hängt nicht mit dem Gegenstand des Zivilverfahrens zusammen. Es kommt erschwerend hinzu, dass Ermittlungen in einer Strafsache der vorliegenden Kategorie nach dem neuen Strafgesetzbuch der Republik Weißrussland in einem Zeitraum von insgesamt 25 Jahren durchgeführt werden können. Es könnte also sein, dass Jurij Zaharenko während dieses gesamten Zeitraumes nicht für tot erklärt wird und seine Familie folglich nicht über sein Vermögen verfügen kann. Der vorliegende Beschluss verstößt nicht nur gegen geltendes Gesetz, sondern stellt auch eine grobe Verletzung der Verfassungsrechte und eine Beschneidung der Freiheit naher Verwandter von Jurij Zaharenko dar.

Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber auch eine Frist von drei Jahren festgelegt, innerhalb derer ein Bürger für tot erklärt werden kann, wenn keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vorliegen.

Aus dem Dargelegten folgt, dass die Antragstellerin und ihr Bevollmächtigter allen Anforderungen der §§ 369, 370 StPO der Republik Weißrussland und des § 41 ZGB der Republik Weißrussland über die Todeserklärung eines Bürgers entsprochen haben. Deshalb hätte das Gericht eine gerechte und rechtmäßige Entscheidung treffen und Jurij Zaharenko für tot erklären müssen.

Der hauptsächliche Fehler der Gerichte besteht in der Auslegung der ZPO. § 369 ZPO fordert nämlich keine genaue Feststellung der juristischen Tatsache des Todes eines Bürgers, erst recht nicht den genauen Todestag. Der erwähnte Paragraph zielt lediglich auf die Umstände, die Anlass zur Vermutung des Todes eines Bürgers sind. Am 18. November 2002 hat der Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland V. Šejman im Zusammenhang mit einer Anfrage des Abgeordneten der Nationalversammlung V.D. Frolov über den Stand der Ermittlungen in den Strafverfahren, die wegen des Verschwindens von J. Zaharenko, D. Zavadskij, A. Krasovskij und V. Gončar eingeleitet worden waren, informiert. Das Antwortschreiben enthält Hinweise auf die näheren Umstände des Verschwindens von Jurij Nikolaevič Zaharenko: „Im Rahmen der von der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk durchgeführten Voruntersuchung wurde festgestellt, dass Zaharenko am 7. Mai 1999 gegen 21.40 Uhr auf dem Weg vom Parkplatz in der Mogilevskajastraße zu seiner Wohnung verschwand. (...) Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann auf der Grundlage vorliegender Angaben, unter anderem von Zeugenaussagen mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass Zaharenko unter Anwendung von Gewalt am 7. Mai 1999 zur genannten Zeit auf dem Fußgängerweg in der Nähe der Žukovskijstraße 8 von Unbekannten entführt und in einem Auto in eine nicht bekannte Richtung weggefahren wurde (...) Bis heute konnte der Aufenthalt von Zaharenko und den Personen, die ihn entführt haben, nicht festgestellt werden. (...)“ Ich gehe daher davon aus, dass im Antwortschreiben des Staatsanwaltes der Stadt Minsk und des Generalstaatsanwalts der Republik Weißrussland ausreichende Hinweise darauf enthalten sind, dass Jurij Zaharenko am 7. Mai 1999 gewaltsam entführt wurde und sein Aufenthalt bis heute nicht festgestellt worden ist. Welche Informationen benötigen die Organe der Voruntersuchung noch, um Jurij Zaharenko durch einen gerichtlichen Beschluss für tot zu erklären?

Erinnert sei daran, dass im Bezirksgericht Frunzenskij der Stadt Minsk auf Antrag von Irina Krasovskaja ein vergleichbares Verfahren über die Verschollenheitserklärung ihres Ehegatten Anatolij Krasovskij anhängig war, der am 16. September 1999 zusammen mit dem Oppositionspolitiker Viktor Gončar verschwunden ist. Im Laufe des gerichtlichen Verfahrens erstattete die Staatsanwaltschaft Auskunft über die Ermittlungen im Strafverfahren wegen des Mordes an Anatolij Krasovskij und Viktor Gončar. Diese Auskunft war ein hinreichender Grund dafür, Anatolij Krasovskij für verschollen zu erklären.

Am 17. Januar 2003 fasste die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk den Beschluss, die Voruntersuchung wegen Nichtermittlung einer Person, die zu strafrechtlicher Verantwortung zu ziehen wäre, einzustellen. Ende Januar habe ich beim Bezirksgericht Oktjabr'skij beantragt, das gerichtliche Verfahren wieder aufzunehmen. Dem Antrag legte ich das Antwortschreiben des Generalstaatsanwalts der Republik Weißrussland vom 18.11.2002 bei, in dem die Umstände des gewaltsamen Verschwindens von Jurij Zaharenko genannt sind. Ende Januar erhielt das Gericht die Mitteilung der Staatsanwaltschaft, dass im Laufe der Ermittlungen der Aufenthalt von Jurij Zaharenko nicht festgestellt worden war. Bis heute ist das gerichtliche Verfahren von V.V. Beljanin (Richter) nicht wieder aufgenommen worden.

Der wichtigste Grund für das Gericht, das Verfahren wieder aufzunehmen, sollte sein, dass die Antragstellerin ihre Haltung in der Frage geändert hat. Ol'ga Zaharenko hat erklärt, dass im Falle von gerichtlichen Zweifeln am Todesdatum die Todeserklärung des Jurij Zaharenko auch mit dem Datum, an dem die gerichtliche Entscheidung über die Todeserklärung Gültigkeit erlangt, ausgestellt werden kann.

Bis heute hat V. Beljanin (Richter) das gerichtliche Verfahren nicht wieder aufgenommen, seine diesbezügliche Entscheidung aber auch nicht erklärt. Obwohl die Unterlagen des Verfahrens die Mitteilung der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk enthalten, dass die Ermittlungen in der Strafsache ausgesetzt und der Aufenthalt von Jurij Zaharenko nicht festgestellt wurde.

Am 28. Februar 2003 habe ich eine Beschwerde beim Obersten Gericht der Republik Weißrussland eingelegt und darum ersucht, alle rechtswidrigen Beschlüsse der Gerichte aufzuheben und Jurij Zaharenko für tot zu erklären.

Am 28. März 2003 erhielt ich ein Antwortschreiben vom stellvertretenden Gerichtspräsidenten des Obersten Gerichts der Republik Weißrussland I.A.

Mironičenko, in dem mir mitgeteilt wurde, dass meiner Beschwerde nicht stattgegeben werden kann, weil die Voruntersuchung in dem Strafverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Dieses Antwortschreiben hat einen rein formalen Charakter, weil der Richter die Materialien des gerichtlichen Verfahrens über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko nicht überprüft hat. Die Akten des Verfahrens wurden nicht vom Bezirksgericht Oktjabr'skij, Minsk, angefordert. Hätte das Oberste Gericht die Unterlagen geprüft, so wäre auch die Mitteilung des Staatsanwaltes der Stadt Minsk zur Kenntnis genommen worden, dass die Voruntersuchung am 17. Januar 2003 eingestellt worden ist.

Da diese Angelegenheit nicht nur in Weißrussland, sondern auch außerhalb der Grenzen unseres Landes von öffentlichem Interesse ist, sehen wir uns gezwungen im Falle einer abschlägigen Behandlung der Forderungen von Ol'ga Zaharenko die UNO-Menschenrechtskommission anzurufen. Dieser Schritt scheint uns um so angebrachter, als im April dieses Jahres eine UNO-Resolution über Menschenrechtsverletzungen in Weißrussland verabschiedet wurde. Die Resolution ruft die Regierung von Weißrussland dazu auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Fälle gewaltsamen Verschwindens von Angehörigen der politischen Opposition umfassend und objektiv zu ermitteln.

Nach §§ 447, 448 ZPO der Republik Weißrussland

ersuche ich darum:

1. Den Beschluss des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 09.09.2002, den Beschluss des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Minsker Stadtgerichtes vom 30.09.2002 sowie den Beschluss des Präsidiums des Minsker Stadtgerichtes vom 13.01.2002 aufzuheben, da sie unbegründet und unrechtmäßig sind.
2. Aufgrund der Tatsache, dass keine weitere Beweissammlung oder Prüfung der Beweise erforderlich ist, die Umstände der Strafsache gerichtlich in erster Instanz vollständig und richtig festgestellt wurden, jedoch materielles und prozessuales Recht nicht richtig angewendet wurden, den Forderungen der

Antragstellerin bezüglich der Todeserklärung des Jurij Zaharenko, Jahrgang 1952, geboren in Vasileviči, Gebiet Gomel'skaja zu entsprechen.

Anlage:

1. Kopie des Beschlusses des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 09.09.2002
2. Kopie des Beschlusses des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Minsker Stadtgerichts vom 30.09.2002
3. Kopie des Antwortschreibens (auf²) den Beschluss des Präsidiums des Minsker Stadtgerichts vom 13.01.2002
4. Kopie des Antwortschreibens des Obersten Gerichts der Republik Weißrussland vom 28.03.2003
5. Kopie der O.K. Volček erteilten Vollmacht

O.K. Volček

3.05.2003

² Ergänzung d.Ü.

5

Oberstes Gericht der Republik Weißrussland

Lenin-Straße 28
220681 Minsk
Tel.: 227-37-85

An O.K. Volček
L.Ukrainka-Straße 12-1-551
Minsk

18.06.2003 Nr. 04-3/611

Das Oberste Gericht teilt Ihnen mit, dass aufgrund der Beschwerde von O.K. Volček, dem Bevollmächtigten der O.B. Zaharenko, über den Beschluss des Bezirksgerichts Oktjabr'skij, Minsk, vom 09.09.2002 die Unterlagen angefordert worden sind, die nicht vorlagen.

Über die Behandlung der Beschwerde werden Sie gesondert nach ihrer Prüfung im Kassationsverfahren in Kenntnis gesetzt.

Beschwerde- und Empfangsstelle

M.M. Germanovič
(Leiter)

6

Oberstes Gericht der Republik Weißrussland
Lenin-Straße 28, 220681 Minsk
Tel.: (017) 226-12-06, Fax (171) 227-12-25
Email: scjustrb@pmrb.by

Herrn
Eberhard Heyken, Botschafter
Leiter des OSZE – Büros Minsk

22.07.2003 Nr. 03-778

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Das Oberste Gericht der Republik Weißrussland hat Ihr Schreiben geprüft, in dem Sie um Informationen über das gerichtliche Verfahren wegen der Todeserklärung des Jurij Zaharenko bitten.

Das Zivilverfahren wurde vom Bezirksgericht Oktjabr'skij, Minsk, am 21.06.2002 auf Antrag von O.B. Zaharenko eingeleitet, in dem sie darum ersuchte, als Todesdatum von J.N. Zaharenko den 7. Mai 1999 festzulegen.

Mit gerichtlichem Beschluss vom 9. September 2002 ist das Verfahren in dieser Sache ausgesetzt worden, weil die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk in dem Strafverfahren ermittelt, das wegen des Verschwindens von J.N. Zaharenko eingeleitet wurde.

Bei diesem Beschluss hat das Gericht die Vorschriften befolgt, die in § 160, 1. Teil, Absatz 4 ZPO der Republik Weißrussland festgeschrieben sind und das Gericht verpflichten, ein Verfahren auszusetzen, wenn es nicht möglich ist, es vor der Entscheidung einer anderen Sache zu behandeln, die in einem zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Verfahren verhandelt oder auf dem Verwaltungswege entschieden wird.

Das Gericht kann über die Wiederaufnahme eines ausgesetzten Verfahrens mit Rücksicht auf Forderungen, die § 163 ZPO der Republik Weißrussland vorsieht, entscheiden (sofern die Umstände entfallen, aufgrund derer das Verfahren zeitweilig eingestellt worden war).

Hochachtungsvoll

P.P. Miklaševič

(erster Stellvertreter des Gerichtspräsidenten)

7

Oberstes Gericht der Republik Weißrussland
Lenin-Straße 28, 220681 Minsk
Tel.: (017) 226-12-06, Fax (171) 227-12-25
Email: scjustrb@pmrb.by

O.K. Volček
L.Ukrainka-Straße 12-1-551
Minsk

23.07.2003 Nr. 03-778

Das Oberste Gericht der Republik Weißrussland hat aufgrund der Beschwerde, die Sie im Namen von O.B. Zaharenko eingelegt haben, die Rechtmäßigkeit der gerichtlichen Entscheidungen geprüft, die über den Antrag, als Todesdatum von Jurij Zaharenko den 7.Mai 1999 festzulegen, getroffen wurden.

Mit Beschluss des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 9. September 2002 ist das Verfahren in dieser Sache ausgesetzt worden, weil die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk in dem Strafverfahren ermittelt, das wegen des Verschwindens von J.N. Zaharenko eingeleitet wurde.

Mit Beschluss des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Minsker Stadtgerichts vom 30.09.2002 ist der gerichtliche Beschluss unverändert gültig.

Mit Beschluss des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 18. Oktober 2002 wurde das Verfahren in der Sache wieder aufgenommen.

Der gerichtliche Beschluss über die Wiederaufnahme des Verfahrens wurde durch eine Verfügung des Präsidiums des Stadtgerichts Minsk vom 13.November 2002 wieder aufgehoben.

Ihrer Beschwerde, in der Sie sich auf die Rechtswidrigkeit und Unbegründetheit der gerichtlichen Entscheidungen berufen und um ihre Aufhebung und Berücksichtigung der Forderungen von O.B. Zaharenko ersuchen, wird nicht stattgegeben.

Die Gründe für die Abweisung des Einspruches sind in dem Antwortschreiben des Obersten Gerichtshofes vom 28. März 2003 dargelegt.

Anlage: 5 Seiten

P.P. Miklaševič

Erster Stellvertreter des Gerichtspräsidenten

8

Oberstes Gericht der Republik Weißrussland

Lenin-Straße 28

220681 Minsk

Tel.: 227-37-85

02.09.2003 Nr. 04-3/611

O.K. Volček

L. Ukraina-Straße 12-1-551

Minsk

Ihre im Namen von O.B. Zaharenko eingelegte Beschwerde über den Beschluss des Bezirksgerichts Oktjabr'skij, Minsk, vom 9. September 2002, mit dem das Verfahren über die Todeserklärung des J.N. Zaharenko ausgesetzt wurde, ist vom Obersten Gericht geprüft worden. Ihr wurde aus Gründen, die in den Antwortschreiben des Obersten Gerichts vom 28. März und 23. Juli 2003 dargelegt sind, nicht stattgegeben.

Anlage: 6 Seiten

Beschwerde- und Empfangsstelle

S.G. Bojko

(Leiter)

9

Staatsanwaltschaft der Republik Weißrussland
Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk
Ščedrin-Straße 1
220053 Minsk
Tel.: 223-53-81 Fax.: 288-66-71

10.03.2004 Nr. 110352

An den
Richter V.V. Beljanin
beim Bezirksgericht Oktjabr'skij, Minsk
Dunin-Martinkevič-Straße 1/1
Minsk

Bezüglich Ihrer Anfrage vom 27.02.2004 teile ich Ihnen mit, dass die Voruntersuchung im Strafverfahren Nr. 110352, das nach § 101 StGB der Republik Weißrussland in der Fassung von 1961 wegen des Verschwindens von J.N. Zaharenko eingeleitet worden war, vom Staatsanwalt der Stadt Minsk am 24.06.2003 wieder aufgenommen wurde. Der Zeitraum der Voruntersuchung in der Sache ist vom stellvertretenden Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland bis zum 24.05.2004 verlängert worden.

S.G. Kucharenok

Untersuchungsführer bei Angelegenheiten
Von besonderer Wichtigkeit
Jurist im gehobenen Dienst

10

OSZE - Büro Minsk

Herrn
Oleg Volček

11. November 2003

Sehr geehrter Herr Volček!

Vielen Dank für Ihren Brief vom 23. Oktober 2003 und für die in ihm enthaltenden Informationen.

Wie Ihnen bekannt ist, verfolgt das OSZE-Büro in Minsk die mit den Fällen des Verschwindens von Personen entstandene Situation. Die von Ihnen angeführten Informationen unterstreichen ein weiteres Mal die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Durchführung eigener Untersuchungen in der Sache, um die Gründe und Umstände des Verschwindens zu klären.

Ich möchte Ihnen gleichzeitig mitteilen, dass Ihr Brief im OSZE-Büro Minsk ins Englische übersetzt und die Übersetzung an den Europarat (z.Hd. Herrn U. Zapf) sowie an einige weitere Einrichtungen der OSZE gesendet worden ist.

Ich werde Ihnen für jede weitere Information dankbar sein und wünsche Ihnen für Ihre Arbeit an diesen Fragen viel Erfolg.

Hochachtungsvoll

Eberhard Heyken

Botschafter

Leiter des OSZE-Büros Minsk

11

An den
Leiter des OSZE-Büros Minsk
Botschafter Eberhard Heyken

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Erlauben Sie mir, Ihnen meine Dankbarkeit für die Unterstützung auszudrücken, die Sie meiner Familie gewährt haben. Bald sind schon fünf Jahre seit dem Verschwinden von Jurij Zaharenko vergangen. Wie mein Bevollmächtigter O.K. Volček Ihnen mitteilte, habe ich vor zwei Jahren beantragt, Jurij Zaharenko für tot zu erklären. Mir ist das sehr schwer gefallen, aber wir haben in Minsk eine 4-Zimmerwohnung zurückgelassen, über die wir nicht verfügen können, weil mein Ehegatte ihr Eigentümer ist.

Mein Bevollmächtigter hat die gesamte rechtliche Prozedur durchlaufen, um zu erwirken, dass das Gericht Jurij Zaharenko für tot erklärt. Das Gericht hat beschlossen, das gerichtliche Verfahren in der Sache auszusetzen, weil die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk eine Voruntersuchung in dem Strafverfahren durchführt, das wegen des gewaltsamen Verschwindens meines Mannes eingeleitet worden ist. Bereits seit zwei Jahren versucht mein Bevollmächtigter vergeblich, eine gerechte Entscheidung des Gerichtes zu erwirken.

Dreimal hat mein Bevollmächtigter Oleg Volček in meinem Namen beim Präsidenten des Obersten Gerichts V.O. Sukalo darum ersucht, einen endgültigen Bescheid in meiner Sache zu verfassen. Es antworteten aber seine Vertreter und wiesen in ihren Erwidierungen darauf hin, dass die Aussetzung des Verfahrens begründet sei, weil das Gericht in der Strafsache ermittle.

Im vergangenen Jahr erklärte das Bezirksgericht Frunzenskij, Minsk, Dmitrij Zavadskij für tot, und das ungeachtet der Tatsache, dass in dem Verfahren wegen des gewaltsamen Verschwindens von Dmitrij Zavadskij zu dieser Zeit eine Voruntersuchung durchgeführt wurde.

Oleg Volček suchte zweimal das Oberste Gericht der Republik Weißrussland auf, um die Möglichkeit eines persönlichen Empfangs durch den Präsidenten des Obersten Gerichts wahrzunehmen, er bekam aber keinen Termin, denn die Zahl derer, die sich

um einen Empfang bemühen, ist sehr groß, und man reist nachts an, um einen der ersten Plätze in der Warteschlange zu besetzen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie um Hilfe und darum, falls möglich, meine Beschwerde an den Präsidenten des Obersten Gerichts V.O. Sukalo zu leiten. Mein Bevollmächtigter wird Ihnen meine Beschwerde mitsamt den Anlagen zusenden.

Das ist meine letzte Möglichkeit, Beschwerde gegen den richterlichen Beschluss einzulegen. Wenn der Präsident des Obersten Gerichts der Republik Weißrussland den Beschluss des Bezirksgerichtes nicht aufhebt, dann wird es keine weitere Möglichkeit geben, Beschwerde einzulegen. Es bliebe dann noch der Schritt, das Komitee für Menschenrechte der UNO anzurufen. Dafür benötige ich einen persönlichen Bescheid des Präsidenten des Obersten Gerichts der Republik Weißrussland V.O. Sukalo.

02. April 2004

O.B. Zaharenko

12

Ol'ga Borisovna Zaharenko
Žukovskijstraße 9-1-81
Minsk

An den Präsidenten des
Obersten Gerichts der Republik Weißrussland
V.O. Sukalo

Eine Kopie des Schreibens geht an die Vertretung der OSZE in der Republik
Weißrussland

Beschwerde

Am 9. September 2002 hat das Bezirksgericht Oktjabr'skij (Richter V.V. Beljanin) beschlossen, das von O.B. Zaharenko beantragte Verfahren über die Todeserklärung des Jurij Nikolaevič Zaharenko auszusetzen. Seine Entscheidung begründete das Gericht damit, dass ein Strafverfahren wegen des Verschwindens von Jurij Nikolaevič Zaharenko anhängig sei und eine endgültige Entscheidung erst nach Abschluss der Voruntersuchung getroffen werden könne. Erst dann sei es möglich, das genaue Datum des Verschwindens zu bestimmen. Ich bestand darauf, als Todesdatum den 7. Mai 1999 festzustellen, der Staatsanwalt aber beharrte auf dem Tag, an dem die Entscheidung des Gerichtes Rechtskraft erlangen würde.

Diesem Beschluss habe ich widersprochen und eine Beschwerde beim Gerichtskollegium für Zivilverfahren des Stadtgerichtes Minsk eingelegt.

Am 30.09.2002 hat das Gerichtskollegium für Zivilverfahren des Stadtgerichtes Minsk den Beschluss des Bezirksgerichts Oktjabr'skij, Minsk, als rechtmäßig anerkannt.

Am 31.11.2002 hat das Präsidium des Stadtgerichtes Minsk getagt und ist zu der Auffassung gelangt, dass die richterliche Entscheidung von V.V. Beljanin, das gerichtliche Verfahren auszusetzen, rechtmäßig gewesen sei.

Am 28. Februar 2003 habe ich beim Obersten Gericht der Republik Weißrussland Beschwerde eingelegt und darum ersucht, sämtliche rechtswidrigen Entscheidungen der Gerichte aufzuheben und Jurij Zaharenko für tot zu erklären.

Am 28. März 2003 erhielt ich einen Bescheid vom stellvertretenden Präsidenten des Obersten Gerichts I.A. Mironičenko, in dem er mitteilte, dass meine Beschwerde zurückzuweisen sei, weil die Voruntersuchung in dem Strafverfahren noch nicht abgeschlossen sei. Dieser Bescheid hat einen rein formalen Charakter, weil der Richter die Materialien des gerichtlichen Verfahrens über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko nicht überprüft hat. Die Akten des Verfahrens wurden nicht vom Bezirksgericht Oktjabr'skij, Minsk, angefordert. Hätte das Oberste Gericht die Unterlagen geprüft, so wäre auch die Mitteilung des Staatsanwaltes der Stadt Minsk zur Kenntnis genommen worden, dass die Voruntersuchung am 17. Januar 2003 eingestellt worden ist.

Am 13. Mai 2003 habe ich erneut Beschwerde beim Obersten Gericht der Republik Weißrussland eingelegt, habe aber nur einen formalen Bescheid des ersten stellvertretenden Präsidenten des Obersten Gerichtshofes P.P. Miklaševič erhalten, der in seiner Erwiderung noch nicht einmal darlegte, auf welcher gesetzlichen Grundlage er die Forderungen von O.B. Zaharenko zurückweist.

Nach § 41 ZGB der Republik Weißrussland kann ein Bürger durch gerichtlichen Beschluss für tot erklärt werden, wenn in einem Zeitraum von drei Jahren an seinem Wohnort keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vorliegen.

Am 17. September 1999 hat die Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk auf Antrag der Tochter des Vermissten nach § 101 StGB der Republik Weißrussland (vorsätzliche Tötung in der Fassung von 1960) das Strafverfahren Nr. 110351 eingeleitet, weil davon ausgegangen wurde, dass Jurij Zaharenko unter den von der Antragstellerin genannten Umständen, d.h. am 7. Mai 1999, Opfer eines Verbrechens geworden sein könnte.

Während des gerichtlichen Verfahrens wurden die Ergebnisse der Ermittlungen in der Strafsache mitgeteilt (Brief der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk vom 05.09.2002). Dem Bericht zufolge liegen dem Organ der Voruntersuchung keinerlei Nachrichten über den Aufenthalt von Jurij Zaharenko vor.

Das Gericht hat gegen § 160, 1. Teil, ZPO verstoßen und hat damit einen gerichtlichen Präzedenzfall geschaffen. Das Gericht hat nicht begründet, warum es unmöglich war, über die vorliegende Sache zu verhandeln. Die Tatsache, dass die

Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk in dem Strafverfahren wegen des Verschwindens von Jurij Zaharenko ermittelt, kann kein Grund sein, nicht über die vorliegende Zivilsache zu verhandeln, denn erstere hängt nicht mit dem Gegenstand des Zivilverfahrens zusammen. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber auch eine Frist von drei Jahren festgelegt, innerhalb derer ein Bürger für tot erklärt werden kann, wenn keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vorliegen.

Am 18. November 2002 hat der Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland V. Šejman im Zusammenhang mit einer Anfrage des Abgeordneten der Nationalversammlung V.D. Frolov über den Stand der Ermittlungen in den Strafverfahren, die wegen des Verschwindens von J. Zaharenko, D. Zavadskij, A. Krasovskij und V. Gončar eingeleitet worden waren, informiert. Im Antwortschreiben wird mitgeteilt, dass Ergebnissen der Voruntersuchung zufolge Zaharenko unter Anwendung von Gewalt am 7. Mai 1999 auf dem Fußgängerweg in der Nähe der Žukovskijstraße 8 von Unbekannten entführt und in einem Auto in eine nicht bekannte Richtung weggefahren wurde.

Mein Bevollmächtigter und ich haben allen Anforderungen der §§ 369, 370 StPO der Republik Weißrussland und des § 41 ZGB der Republik Weißrussland über die Todeserklärung eines Bürgers entsprochen. Deshalb hätte das Gericht eine gerechte und rechtmäßige Entscheidung treffen und Jurij Zaharenko für tot erklären müssen.

Der hauptsächliche Fehler der Gerichte besteht in der Auslegung der ZPO. § 369 ZPO fordert nämlich keine genaue Feststellung der juristischen Tatsache des Todes eines Bürgers, erst recht nicht den genauen Todestag. Der erwähnte Paragraph zielt lediglich auf die Umstände, die Anlass zur Vermutung des Todes eines Bürgers sind.

Am 28. November 2003 wurde im Bezirksgericht Frunzenskij, Minsk, auf Antrag von Svetlana Zavadskaja die Todeserklärung ihres Ehegatten Dmitrij Zavadskij behandelt. Das Gericht erklärte Dmitrij Zavadskij für tot, obwohl das genaue Todesdatum unbekannt ist.

Der wichtigste Grund für das Gericht, das Verfahren wieder aufzunehmen, sollte sein, dass die Antragstellerin ihre Haltung in der Frage geändert hat. Ich habe über meinen Bevollmächtigten erklärt, dass im Falle von gerichtlichen Zweifeln am Todesdatum die Todeserklärung des Jurij Zaharenko auch mit dem Datum, an dem die gerichtliche Entscheidung über die Todeserklärung Gültigkeit erlangt, ausgestellt werden kann.

Bis heute hat V. Beljanin (Richter) das gerichtliche Verfahren nicht wieder aufgenommen, seine diesbezügliche Entscheidung aber auch nicht erklärt. Indessen enthalten die Unterlagen des Verfahrens einen Bescheid der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk darüber, dass die Ermittlungen in dem Strafverfahren ausgesetzt sind und keine Hinweise auf den Aufenthalt des Jurij Zaharenko vorliegen. Ich meine, das Zivilverfahren muss wieder aufgenommen werden, wobei alle neuen Umstände, auf die ich in meiner Beschwerde hingewiesen habe, zu berücksichtigen sind. O.K. Volček vertritt mich gegenüber dem Obersten Gericht der Republik Weißrussland, ich habe ihm eine entsprechende Vollmacht erteilt.

Nach §§ 447, 448 ZPO der Republik Weißrussland

ersuche ich darum:

1. Den Beschluss des Bezirksgerichtes Oktjabr'skij, Minsk, vom 09.09.2002, den Beschluss des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Minsker Stadtgerichtes vom 30.09.2002 sowie den Beschluss des Präsidiums des Minsker Stadtgerichtes vom 13.01.2002 aufzuheben und das gerichtliche Verfahren wieder aufzunehmen.
2. Den Bescheid meinem Bevollmächtigten O.K. Volček zuzusenden (L.Ukrainka-Straße 12-1-551, 220020 Minsk).

Anlagen:

1. Kopie des Beschlusses des Bezirksgerichts Oktjabr'skij, Minsk, vom 09.09.2002
2. Kopie des Beschlusses des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Stadtgerichtes Minsk vom 30.09.2002
3. Kopie des Bescheids des Präsidiums des Stadtgerichtes Minsk vom 13.01.2002
4. Kopie der Erwiderungen des Obersten Gerichts der Republik Weißrussland vom 28.03.2003 und vom 27.07.2003

5. Kopie der O.K. Volček erteilten Vollacht.

02. April 2004

Ol'ga Zaharenko

Entscheidung im Namen der Republik Weißrussland

Am 28. November 2003 hat das Bezirksgericht Frunzenskij, Minsk, - Richterinnen N.V. Andreeva, Schriftführerin O.V. Tret'jakova – in einer öffentlichen Sitzung, an der die Antragstellerin S.M. Zavadskaja, der Vertreter der Antragstellerin S.I. Zurko und Staatsanwalt N.N. Kuklis teilnahmen, das Zivilverfahren des Antrages von Svetlana Michajlovna Zavadskaja auf Todeserklärung verhandelt und

entschieden:

Die Antragstellerin C.M. Zavadskaja gibt an, die Gattin von Dmitrij Aleksandrovič Zavadskij zu sein. Die Ehe wurde beim Standesamt des Bezirks Frunzenskij, Minsk, am 23. November 1990 (Heiratsurkunde Nr. 2239) geschlossen. Am 7. Juni 2000 fuhr ihr Gatte zum Flughafen „Minsk-2“, um den aus Moskau anreisenden Arbeitskollegen und Mitarbeiter des ORT P. Šeremet zu empfangen. Er kehrte nicht wieder nach Hause zurück. Wegen dieser Sache leitete die Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren ein und stellte fest, dass Zavadskij von V.A. Ignatovič und M.M. Malik entführt worden war. Durch die Ermittlungen konnte der Aufenthalt von Zavadskij nicht festgestellt werden. Am 14. März 2002 wurden V.A. Ignatovič und M.M. Malik durch ein Urteil schuldig gesprochen, D.A. Zavadskij entführt und ihn widerrechtlich seiner Freiheit beraubt zu haben. Da der Gatte der Antragstellerin unter Umständen entführt worden war, die eine Lebensbedrohung darstellten und die Annahme begründen, dass er einem Mord zum Opfer gefallen ist, und da zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vorliegen, ersucht die Antragstellerin darum, D.A. Zavadskij, Jahrg. 1972, geboren in Minsk, für tot zu erklären. Die Todeserklärung benötigt sie, um Eigentumsfragen zu klären.

Am 2. September 2003 erging der gerichtliche Beschluss, in der lokalen und überregionalen Presse eine Meldung über den von D.A. Zavadskaja eingereichten Antrag auf Todeserklärung des D.A. Zavadskij zu veröffentlichen, in der alle Bürger

und juristischen Personen, die etwas über letzteren wissen, um Hinweise gebeten werden sollten.

In der mündlichen Verhandlung bekräftigte die Antragstellerin ihre Forderung. Sie wies darauf hin, dass im Antrag als Tag des Verschwindens von D.A. Zavadskij der 7. Juni 2000 fälschlich genannt sei, denn er sei am 7. Juli 2000 zum Flughafen „Minsk-2“ gefahren und nicht wieder zurückgekehrt. Im übrigen Teil machte sie Aussagen, die sich mit den Angaben im Antrag decken. Außerdem gab sie an, dass aus der Ehe mit D.A. Zavadskij der Sohn Jurij, Jahrg. 1991, hervorgegangen sei. Am 8. Juli 2000 gab sie eine Vermisstenanzeige wegen des Verschwindens ihres Gatten bei der Miliz auf. Seit dem 7. Juli 2000 sind keinerlei Nachrichten über ihren Gatten eingegangen, obwohl am 22.09.2003 und am 23.09.2003 Meldungen veröffentlicht worden sind, in denen die Bevölkerung um Hinweise auf den Aufenthalt von D.A. Zavadskij gebeten wurden.

Der Vertreter der Antragstellerin unterstützte die Forderungen von S.M. Zavadskaja mit der gleichen Begründung.

Der Vertreter des Beteiligten, des Amtes für sozialen Schutz der Bezirksverwaltung Frunzenskij, Minsk, erschien nicht zur mündlichen Verhandlung. Der Beteiligte ersuchte darum, ohne Vertreter die Verhandlung anzuhören.

Das Gericht hat nach Anhörung der Antragstellerin, ihres Bevollmächtigten, des Zeugen I.Č. Krasovskij und des Staatsanwalts, nach Prüfung der schriftlichen Unterlagen des Verfahrens entschieden, den Forderungen von S.M. Zavadskij stattzugeben, denn am Wohnort von D.A. Zavadskij liegen seit drei Jahren keine Nachrichten über seinen Aufenthalt vor. Nach § 41 ZGB der Republik Weißrussland ist die Todeserklärung eines Bürgers möglich, wenn an seinem Wohnsitz innerhalb von drei Jahren keine Nachricht über seinen Aufenthalt vorliegt. Wenn er unter Umständen verschwunden ist, die eine Lebensgefahr darstellen oder Anlass zur Vermutung geben, dass er Opfer eines Unfalltodes wurde, beträgt diese Frist sechs Monate.

Das Gericht hat festgestellt, dass die Antragstellerin und D.A. Zavadskij am 23. November 1990 eine Ehe geschlossen haben. Aus dieser Ehe ist der zum gegenwärtigen Zeitpunkt minderjährige Sohn Jurij hervorgegangen, geboren am 22. Mai 1991. Bis zum 7. Juli 2000 wohnte Familie Zavadskij in der Serdič-Straße 70-27, Minsk, gemeldet war sie in der Gorezkijstraße 63-8 in Minsk.

Am 7. Juli 2000 verschwand D.A. Zavadskij unter Umständen, die davon zeugen, dass Gewalt gegen ihn angewendet wurde. Das Gebietsgericht Minsk hat in seinem Urteil vom 14. März 2002 festgestellt, dass am 7. Juli 2000 V.A. Ignatovič, M.M. Malik und weitere nicht ermittelte Personen in einer bewaffneten Gruppe (Bande) nach vorheriger Absprache mit den Angehörigen der Gruppe D.A. Zavadskij entführt und widerrechtlich seiner Freiheit beraubt haben. Gegen die genannten Personen wurden gesonderte Strafverfahren eingeleitet und wieder ausgesetzt. Seit dem 7. Juli 2000 liegen keine Nachrichten über den Aufenthalt von D.A. Zavadskij vor, obwohl auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses am 22. und 23. September 2003 Fahndungsmeldungen in den Zeitungen *Večernij Minsk* und *Zvjazda* veröffentlicht wurden.

Da über drei Jahre keine Nachrichten über den Aufenthalt von D.A. Zavadskij vorliegen, kann er vom Gericht für tot erklärt werden.

Die vom Gericht festgestellten Umstände werden von den Aussagen der Antragstellerin, ihres Vertreters und des Zeugen I.Č. Krasovskij gestützt, sowie von den Kopien der Bescheinigung der Eheschließung zwischen S.M. Zavadskaja und D.A. Zavadskij, der Geburtsurkunde ihres Sohnes, des Urteils des Gebietsgerichtes Minsk vom 14. März 2002, der Anzeigen in den Zeitungen „*Večernij Minsk*“ und „*Zvjazda*“ sowie von Berichten der Staatsanwaltschaft.

D.A. Zavadskij kann jedoch nicht für tot erklärt werden wie eine Person, die unter lebensgefährlichen Umständen verschollen ist, denn die hier gegebenen Umstände werden nur angenommen.

Nach §§ 302-306, 371 ZPO der Republik Weißrussland hat das Gericht

entschieden:

Dmitrij Aleksandrovič Zavadskij, geboren am 28. August 1972 in Minsk, wohnhaft in der D. Serdič-Straße 70-27, gemeldet in der Gorezkijstraße 63-8, Minsk, für tot zu erklären.

Gegen die Entscheidung kann beim Stadtgericht Minsk über das Bezirksgericht Frunzenskij innerhalb von 10 Tagen Beschwerde eingelegt werden.

Richter -----

Kopie beglaubigt: -----

Gegen die Entscheidung wurde keine Beschwerde eingelegt;
sie wurde rechtskräftig am 08.12.2003

Schriftführer des Gerichts:

14

OSZE

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Büro Minsk

22. April 2004

An das

Oberste Gericht der Republik Weißrussland

V.O. Sukalo (Präsident)

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ol'ga Zaharenko hat mich gebeten, ihre Beschwerde an Sie weiterzuleiten. Sie ist an den Präsidenten des Obersten Gerichts der Republik Weißrussland adressiert.

Ich möchte hiermit ihrer Bitte nachkommen und gleichzeitig meiner Sorge darüber Ausdruck verleihen, dass man ihren Ehegatten Jurij Zaharenko nicht für tot erklärt.

Mir ist bekannt, dass das Zivilverfahren über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko ausgesetzt ist, weil im Strafverfahren, das wegen des Verschwindens von Jurij Zaharenko eingeleitet wurde, noch ermittelt wird. Soweit ich jedoch verstehe, kann nach dem Zivilgesetzbuch der Republik Weißrussland ein Bürger in einem gerichtlichen Verfahren für tot erklärt werden, wenn im Laufe von drei Jahren an seinem Wohnort keine Nachricht über seinen Aufenthalt vorliegt. Das Zivilgesetzbuch schreibt nicht vor, dass für die Todeserklärung einer vermissten Person die Umstände ihres Verschwindens ermittelt sein müssen.

Ol'ga Zaharenko hat eine 4-Zimmer Wohnung in Minsk zurückgelassen, über die sie nicht verfügen kann, weil ihr Ehegatte Eigentümer der Wohnung ist. Der Zeitraum der Voruntersuchung in der Strafsache ist wieder verlängert worden. Sofern also das Zivilverfahren über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko von der Voruntersuchung im Strafverfahren abhängt, könnte der Fall eintreten, dass das Zivilverfahren auf längere Sicht nicht wieder aufgenommen wird.

Herr Präsident, aufgrund der Tatsache, dass nach dem Zivilgesetzbuch der Republik Weißrussland die Ermittlung der Umstände des Verschwindens einer Person nicht die Voraussetzung einer Todeserklärung ist, bitte ich Sie, die Möglichkeit einer Wiederaufnahme des Zivilverfahrens über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko zu überprüfen.

Hochachtungsvoll

Eberhard Heyken

Botschafter
Leiter des OSZE Büros Minsk

Anlage: 11 Seiten

15

Oberstes Gericht der Republik Weißrussland

Lenin-Straße 28

220681 Minsk

Tel.: (017) 226-12-06 Fax: (017)227-12-25

E-mail: scjustrb@pmrb.by

28.05.2004

An das
OSZE Büro Minsk
Botschafter Eberhard Heyken

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Das Oberste Gericht der Republik Weißrussland hat die Beschwerde von Ol'ga Borisovna Zaharenko über den gerichtlichen Beschluss, das Verfahren über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko auszusetzen, geprüft.

Es gibt keinen Grund, der Beschwerde stattzugeben.

Nach § 160, 1.Teil, Absatz 4 ZPO der Republik Weißrussland ist ein Gericht verpflichtet, ein Verfahren auszusetzen, wenn es unmöglich ist, die Sache vor der Entscheidung in einer anderen Sache zu behandeln, die in einem zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Verfahren verhandelt oder auf dem Verwaltungswege entschieden wird.

Aus den herangezogenen Materialien geht hervor, dass die Staatsanwaltschaft Minsk am 17. September 1999 wegen des Verschwindens von J.N. Zaharenko ein Strafverfahren eingeleitet hat, in dem gegenwärtig eine Voruntersuchung durchgeführt wird. Dieser Umstand verpflichtet das Gericht, das den Antrag von O.B. Zaharenko auf Todeserklärung des J.N. Zaharenko prüft, das Verfahren auszusetzen.

Es gibt keinen Grund, den gerichtlichen Beschluss aufzuheben. Die Beschwerde von O.B. Zaharenko bleibt daher unberücksichtigt.

Hochachtungsvoll

V.N. Vyškevič

Vertreter des Gerichtspräsidenten

16

Oberstes Gericht der Republik Weißrussland

Lenin-Straße 28

220681 Minsk

Tel.: (017) 226-12-06 Fax: (017)227-12-25

E-mail: scjustrb@pmrb.by

28.05.2004 Nr.: 04-3/934

O.B. Zaharenko

Žukovskijstraße 9-1-81

Minsk

Das Oberste Gericht der Republik Weißrussland hat die Beschwerde von Ol'ga Borisovna Zaharenko über den gerichtlichen Beschluss, das Verfahren über die Todeserklärung des Jurij Zaharenko auszusetzen, geprüft.

Mit Beschluss des Gerichtskollegiums für Zivilsachen des Stadtgerichts Minsk vom 30. September 2002 bleibt der Beschluss des Bezirksgerichts unverändert gültig.

Sie verweisen auf die Gesetzwidrigkeit der gerichtlichen Beschlüsse und ersuchen in der Beschwerde darum, sie aufzuheben.

Die Beschwerde ist zurückzuweisen.

Nach § 160, 1.Teil, Absatz 4 ZPO der Republik Weißrussland ist ein Gericht verpflichtet, ein Verfahren auszusetzen, wenn es unmöglich ist, die Sache vor der Entscheidung in einer anderen Sache zu behandeln, die in einem zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Verfahren verhandelt oder auf dem Verwaltungswege entschieden wird.

Aus den herangezogenen Materialien geht hervor, dass die Staatsanwaltschaft Minsk am 17. September 1999 nach § 101 StGB der Republik Weißrussland wegen

des Verschwindens von J.N. Zaharenko ein Strafverfahren eingeleitet hat und die Voruntersuchung in dieser Sache bis heute noch nicht abgeschlossen ist. Das besagt der Bescheid Nr. 110352 der Staatsanwaltschaft Minsk vom 10. März 2004 hervor, in dem mitgeteilt wird, dass der Zeitraum der Voruntersuchung in der Strafsache vom Stellvertreter des Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland bis zum 24. Mai 2004 verlängert wurde.

Unter diesen Umständen ist die Aussetzung des Verfahrens über die Todeserklärung des J.N. Zaharenko begründet. Es besteht kein Grund, die gerichtlichen Beschlüsse aufzuheben.

Anlage: 8 Seiten

V.N. Vyškevič

Stellvertreter des Gerichtspräsidenten

Судье Октябрьского района
города Минска
Белянину В.В.

Волчека О.К. представителя
В интересах заявительницы
Захаренко О.Б.

ХОДАТАЙСТВО.

9 сентября 2002 года судом Октябрьского района г. Минска было вынесено определение о приостановлении производства по делу по заявлению Захаренко О.Б. об объявлении умершим Захаренко Юрия Николаевича. Свое решение суд мотивировал тем, что уголовное дело по факту исчезновения Юрия Захаренко расследуется и окончательное решение в соответствии с п.4 ст.160 ГПК РБ можно принимать после проведения предварительного следствия.

17 января 2003 года прокуратура города Минска приняла решение о приостановлении предварительного следствия по уголовному делу по факту насильственного исчезновения Юрия Захаренко.

18 ноября 2002 года Генеральный прокурор Республики Беларусь В.Шейман в связи запросом депутата Национального собрания Республики Беларусь Фролову В.Д. о ходе расследования уголовных дел, возбужденных по фактам исчезновений Ю.Захаренко, Д. Завадского, А. Красовского и В.Гончара. В данном ответе содержится информация, которая указывает конкретные обстоятельства исчезновения Юрия Захаренко "Предварительным расследованием по делу, проводимым прокуратурой города Минска, установлено, что Захаренко исчез 7 мая 1999 года, около 21 часа 40 минут, по пути домой от стоянки автомашины, расположенной на ул. Могилевской... Полученные к настоящему времени данные, в том числе и показания очевидцев, позволяет с большой степенью вероятности утверждать, что в указанное время 7 мая 1999 г. на пешеходной дорожке недалеко от дома №8 по ул. Жуковского неустановленными лицами с применением насилия Захаренко был похищен и увезен на автомашине в неизвестном направлении... до сих пор установить местонахождение Захаренко и лиц, похитивших его, не представилось возможным..".

Поэтому я считаю, что в ответе Генерального прокурора Республики Беларусь содержится достаточно информации, что Юрия Захаренко насильственно был похищен неизвестными лицами 7 мая 1999 и место нахождения его до настоящего времени не установлено.

Если суд не может взять на себя ответственность, какой датой признавать Юрия Захаренко умершим, то позиция заявительницы в настоящий момент такова, как было заявлено прокурором в суде. А именно днем смерти считать день вступления в законную силу решения суда об объявлении умершим Юрия Захаренко.

Полагаю, что все эти новые обстоятельства дают возможность суду возобновить производство по гражданскому делу, которое было приостановлено из-за невозможности рассмотрения данного дела до разрешения уголовного дела по факту исчезновения Ю.Захаренко.

В соответствии со ст. 163 ГПК РБ,-

ПРОШУ:

1. Возобновить производство по гражданскому делу об объявлении Юрия Захаренко умершим, в связи с окончанием предварительного расследования по уголовному делу по факту насильственного исчезновения Юрия Захаренко.
2. Направить запрос на имя прокурора города Минска для предоставления в суд постановления о приостановлении предварительного расследования по уголовному делу по факту насильственного исчезновения Юрия Захаренко.
3. Приобщить к материалам гражданского дела ответ Генерального прокурора Республики Беларусь.

Волчек О.К.

Судебную коллегия по гражданским делам
Верховного Суда Республики Беларусь

представителя Волчека О.К.
прож. г. Минск, ул. Л. Украинки, 12-1-551
в интересах заявительницы Захаренко О.Б.

ЖАЛОБА.

9 сентября 2002 года судья Октябрьского района г. Минска Беянин В.В. вынес определение о приостановлении производства по делу по заявлению Захаренко О.Б. об объявлении умершим Захаренко Юрия Николаевича. Свое решение суд мотивировал тем, что уголовное дело по факту исчезновения Юрия Захаренко расследуется и окончательное решение можно принимать после проведения предварительного следствия.

С данным определением я не согласился и обжаловал в судебную коллегия по гражданским делам Минского городского суда.

30.09.2002 года судебная коллегия по гражданским делам Минского городского признала законным решением суда Октябрьского района г. Минска.

13.11.2002 года состоялся Президиум Минского городского суда, который посчитал, что судья В.В. Беянин законно приостановил судебное разбирательство.

Данные решения судов нельзя признать законными, поскольку они вынесены с грубым нарушением гражданского законодательства регулирующего порядок объявления гражданина умершим.

В соответствии со ст. 41 ГК Республики Беларусь гражданин может быть объявлен судом умершим, если по месту его жительства нет сведений о месте его пребывания в течение трех лет.

В ходе судебного заседания было установлено, что Юрий Захаренко пропал в 21 час 45 минут 7 мая 1999 года, когда возвращался домой. Этот факт подтвердила заявительница в своем заявлении, а также свидетели Бородач В.В. и Шлындиков В.М., которые были допрошены в суде. Они, были последними, кто общался в тот день с пропавшим. Свидетели подтвердили, что Юрий Захаренко не собирался куда-либо уехать из страны, поскольку он вел активную оппозиционную работу против действующей власти. Бородач В.В. и Шлындиков В.М. предполагают, что Юрия Захаренко похитили спецслужбы. Этот факт подтверждается анонимными свидетелями, которые видели в тот вечер, как происходил захват Юрия Захаренко.

Такого мнения придерживается общественная комиссия по расследованию обстоятельств исчезновения экс-министра МВД РБ Юрия Захаренко. По собранной информации об обстоятельствах исчезновения Юрия Захаренко был издан бюллетень "Независимое расследование "Где Юрий Захаренко?". В этом бюллетени собраны выводы юристов, правозащитников и близких друзей Юрия Захаренко. Там же приведены анонимные показания свидетелей, которые видели захват Юрия Захаренко.

17 сентября 1999 года прокуратура города Минска возбудила уголовное дело № 110351 по ст. 101 УК РБ (умышленное убийство в редакции 1960 г.) по

заявлению дочери пропавшего, посчитав, что Юрий Захаренко мог стать жертвой преступления при обстоятельствах указанных заявительницей, т.е. 7 мая 1999 года.

Во время судебного процесса были оглашены результаты расследуемого уголовного дела (письмо прокуратуры города Минска от 05.09.2002 г.). Согласно данной информации каких-либо сведений о месте нахождения Юрия Захаренко не добыто органом предварительного расследования. Производство по уголовному делу никогда не приостанавливалось. Срок предварительного расследования продлен до 17.10.2002 г. Начальник следственного отдела прокуратуры города Минска Е.С. Сияк уведомляет суд, что параллельно с уголовным делом было ранее заведено розыскное дело № 103 Управлением Уголовного Розыска ГУВД Мингорисполкома по факту исчезновения Юрия Захаренко. Каких-либо данных о месте нахождения пропавшего из ГУВД Мингорисполкома не поступало.

Кроме того, при подготовке данного дела к судебному разбирательству в соответствии со ст. 370 ГПК РБ мной по определению суда было направлено сообщение в республиканскую газету "Народная воля" (№ 25.06.2002 года) и местную газету "Вечерний Минск" (№ 135, от 2.07.2002 г.). В сообщении была просьба ко всем гражданам и юридическим лицам, которым что-либо известно о судьбе Юрия Захаренко. В ходе судебного разбирательства было выяснено, что каких-либо сведений о местонахождении Юрия Захаренко не поступало после данного обращения к гражданам.

В прениях представитель прокуратуры Октябрьского района г. Минска поддержал требования заявительницы об объявлении ее мужа умершим, но не с 7 мая 1999 года, а днем вступления в законную силу решения суда об объявлении Юрия Захаренко умершим.

Однако суд неправильно применил ст. 160 ч.1 п. ГПК применительно к данной категории гражданских дел, тем самым создал судебный прецедент. Суд, не мотивировал из-за какой невозможности нельзя рассмотреть данное дело. То, что прокуратура города Минска, расследует уголовное дело по факту исчезновения Юрия Захаренко, не может быть основанием не рассматривать данное гражданское дело, поскольку оно не связано с предметом рассматриваемого гражданского дела. Тем более, уголовное дело данной категории в соответствии с новым Уголовным Кодексом РБ, может расследоваться в общей сложности до 25 лет. Получается, что Юрий Захаренко все это время не будет признан умершим, следовательно, семья не сможет распоряжаться имуществом. Данное определение не только нарушает действующее законодательство, но грубо нарушает конституционные права и свободы близких родственников Юрия Захаренко.

В связи с этим законодатель и определил срок три года, когда гражданина можно признать умершим, если о нем не поступало каких-либо сведений.

Как видно из вышеизложенного заявительницей и ее представителем были соблюдены все требования ст. 369, 370 ГПК РБ и ст.41 ГК РБ, которые регулируют порядок признания гражданина умершим, а поэтому суд должен был вынести справедливое и законное решение, признав Юрия Захаренко умершим.

Главная ошибка судов, что согласно ст. 369 ГПК не требуется точного установления юридического факта смерти гражданина, а тем более конкретного дня гибели человека. Данная статья требует обстоятельства, которые лишь дают основания предполагать смерть гражданина.

18 ноября 2002 года Генеральный прокурор Республики Беларусь В.Шейман в связи запросом депутата Национального собрания Республики Беларусь Фролову В.Д. дал информацию о ходе расследования уголовных дел, возбужденных по фактам исчезновений Ю.Захаренко, Д.Завадского, А. Красовского и В.Гончара. В этом ответе содержится информация, которая указывает конкретные обстоятельства исчезновения Юрия Захаренко. "Предварительным расследованием по делу, проводимым прокуратурой города Минска, установлено, что Захаренко исчез 7 мая 1999 года, около 21 часа 40 минут, по пути домой от стоянки автомашины, расположенной на ул. Могилевской... Полученные к настоящему времени данные, в том числе и показания очевидцев, позволяет с большой степенью вероятности утверждать, что в указанное время 7 мая 1999 г. на пешеходной дорожке недалеко от дома №8 по ул. Жуковского неустановленными лицами с применением насилия Захаренко был похищен и увезен на автомашине в неизвестном направлении... до сих пор установить местонахождение Захаренко и лиц, похитивших его, не представилось возможным..".

Поэтому я считаю, что информации в ответах прокуратуры города Минска и ответе Генерального прокурора Республики Беларусь содержится достаточно информации, что Юрия Захаренко насильственно был похищен неизвестными лицами 7 мая 1999 и место нахождения его до настоящего времени не установлено. Какая еще необходима информация от органов предварительного расследования, чтобы суд объявил умершим Юрия Захаренко.

Следует отметить, что аналогичное гражданское дело рассматривалось в суде Фрунзенского района г. Минска по заявлению Ирины Красовской о признании безвестно отсутствующим ее мужа Анатолия Красовского, который исчез 16 сентября 1999 года вместе с оппозиционным политиком Виктором Гончаром. В ходе судебного разбирательства были получены ответы из прокуратуры города Минска о ходе расследования уголовного дела по факту убийства Анатолия Красовского и Виктора Гончара. И этой информации было достаточно признать Анатолия Красовского безвестно отсутствующим.

17 января 2003 года прокуратура города Минска вынесла постановление о приостановлении предварительного расследования за неустановлением лица, подлежащего привлечению к уголовной ответственности. В конце января я обратился в суд Октябрьского района г. Минска с ходатайством о возобновлении судебного разбирательства. Вместе с ходатайством я направил ответ Генерального прокурора Республики Беларусь от 18.11.2002 года, в котором указывались обстоятельства насильственного исчезновения Юрия Захаренко. В конце января суд получил ответ из прокуратуры, что в ходе следствия местонахождения Юрия Захаренко не установлено. До настоящего времени судья В. Беянин не возобновил судебный процесс.

И главное обстоятельство, которое позволяло суду начать процесс, то, что позиция заявительницы в настоящий момент изменилась. Ольга Захаренко заявила, если суд сомневается какой датой признавать умершим Ю.Захаренко, то днем смерти можно считать днем вступления в законную силу решения суда об объявлении умершим Юрия Захаренко.

Однако до настоящего времени судья В. Беянин не возобновил судебный процесс, при этом не пояснил, по какой причине он отказывается начать данный процесс.

В соответствии со ст. ст. 447,448 ГПК РБ,-

ПРОШУ:

1. Отменить определение суда Октябрьского района г. Минска от 09.09.2002 года, определение Судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30.09.2002 года, постановление Президиума Минского городского суда от 13.1.2002, поскольку они являются необоснованными и незаконными.
2. Учитывая, что по делу не требуется собирания или дополнительной проверки доказательств, обстоятельства дела установлены судом первой инстанции полно и правильно, но допущена ошибка в применении норм материального и процессуального права, в связи с чем, вынести решение об удовлетворении требований заявительницы об объявлении умершим Юрия Николаевича Захаренко, 1952 года рождения, уроженца д. Василевичи, Гомельской области.

Приложение:

1. Копия определения суда Октябрьского района г. Минска от 09.09.2002 года.
2. Копия Судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30.09.2002 года.
3. Копия ответа постановление Президиума Минского городского суда от 13.1.2002,

Волчек О.К.

"26" февраля 2003 года.



ВЯРХОЎНЫ СУД Рэспублікі Беларусь

вул. Леніна, 28, 220681, г. Мінск,
(017) тэл. 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

ВЕРХОВНЫЙ СУД Республики Беларусь

ул. Ленина, 28, 220681, г. Минск,
(017) тел. 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

28.03.2003 № 04-3/611

На № _____ ад _____

220020 г. Минск,
ул. Л. Украинки, д. 12,
корп. 1, кв. 551
Волчеку О.К.

Ваша жалоба в интересах Захаренко О.Б. рассмотрена.

Определением Октябрьского районного суда г. Минска от 9 сентября 2002 года, оставленным без изменения определением судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30 сентября 2002 года, приостановлено производство по делу по заявлению Захаренко О.Б. об объявлении умершим Захаренко Ю.Н.

Определением этого же суда от 18 октября 2002 года производство по делу возобновлено.

Постановлением президиума Минского городского суда от 13 ноября 2002 года вышесказанное определение суда отменено.

В жалобе просите отменить судебные постановления как незаконные и необоснованные.

Жалоба оставлена без удовлетворения.

В соответствии с п.4 ч.1 ст.160 ГПК Республики Беларусь суд обязан приостановить производство по делу в случае невозможности рассмотрения данного дела до разрешения другого дела, рассматриваемого в гражданском, уголовном судопроизводстве или административном порядке.

Из представленных материалов усматривается, что по факту исчезновения Захаренко Ю.Н. прокуратурой г. Минска 17 сентября 1999 года возбуждено уголовное дело по ст.101 УК Республики Беларусь 1960 года и до настоящего времени предварительное следствие по данному делу не закончено.

При таких данных судьей обоснованно приостановлено производство по делу по заявлению Захаренко О.Б. об объявлении умершим Захаренко Ю.Н.

Оснований для отмены судебных постановлений не имеется.

Приложение: 4 листа.

Заместитель Председателя

И.А. Мирониченко

Председателю Верховного Суда Республики
Беларусь
Сукало В.О.

Копия: представительство ОБСЕ в
Республике Беларусь.

представителя Волчека О.К.
прож. г. Минск, ул. Л. Украинки, 12-1-551
в интересах заявительницы Захаренко О.Б.

ЖАЛОБА.

9 сентября 2002 года судья Октябрьского района г. Минска Белянин В.В. вынес определение о приостановлении производства по делу по заявлению Захаренко О.Б. об объявлении умершим Захаренко Юрия Николаевича. Свое решение суд мотивировал тем, что уголовное дело по факту исчезновения Юрия Захаренко расследуется и окончательное решение можно принимать после проведения предварительного следствия.

С данным определением я не согласился и обжаловал в судебную коллегия по гражданским делам Минского городского суда.

30.09.2002 года судебная коллегия по гражданским делам Минского городского признала законным решением суда Октябрьского района г. Минска.

13.11.2002 года состоялся Президиум Минского городского суда, который посчитал, что судья В.В. Белянин законно приостановил судебное разбирательство.

Данные решения судов нельзя признать законными, поскольку они вынесены с грубым нарушением гражданского законодательства регулирующего порядок объявления гражданина умершим.

В соответствии со ст. 41 ГК Республики Беларусь гражданин может быть объявлен судом умершим, если по месту его жительства нет сведений о месте его пребывания в течение трех лет.

В ходе судебного заседания было установлено, что Юрий Захаренко пропал в 21 час 45 минут 7 мая 1999 года, когда возвращался домой. Этот факт подтвердила заявительница в своем заявлении, а также свидетели Бородач В.В. и Шлындиков В.М., которые были допрошены в суде. Они, были последними, кто общался в тот день с пропавшим. Свидетели подтвердили, что Юрий Захаренко не собирался куда-либо уехать из страны, поскольку он вел активную оппозиционную работу против действующей власти. Бородач В.В. и Шлындиков В.М. предполагают, что Юрия Захаренко похитили спецслужбы. Этот факт подтверждается анонимными свидетелями, которые видели в тот вечер, как происходил захват Юрия Захаренко.

Такого мнения придерживается общественная комиссия по расследованию обстоятельств исчезновения экс-министра МВД РБ Юрия Захаренко. По собранной информации об обстоятельствах исчезновения Юрия

Захаренко был издан бюллетень "Независимое расследование "Где Юрий Захаренко?". В этом бюллетени собраны выводы юристов, правозащитников и близких друзей Юрия Захаренко. Там же приведены анонимные показания свидетелей, которые видели захват Юрия Захаренко.

17 сентября 1999 года прокуратура города Минска возбудила уголовное дело № 110351 по ст. 101 УК РБ (умышленное убийство в редакции 1960 г.) по заявлению дочери пропавшего, посчитав, что Юрий Захаренко мог стать жертвой преступления при обстоятельствах указанных заявительницей, т.е. 7 мая 1999 года.

Во время судебного процесса были оглашены результаты расследуемого уголовного дела (письмо прокуратуры города Минска от 05.09.2002 г.). Согласно данной информации каких-либо сведений о месте нахождения Юрия Захаренко не добыто органом предварительного расследования. Производство по уголовному делу никогда не приостанавливалось. Срок предварительного расследования продлен до 17.10.2002 г. Начальник следственного отдела прокуратуры города Минска Е.С. Синяк уведомляет суд, что параллельно с уголовным делом было ранее заведено розыскное дело № 103 Управлением Уголовного Розыска ГУВД Мингорисполкома по факту исчезновения Юрия Захаренко. Каких-либо данных о месте нахождения пропавшего из ГУВД Мингорисполкома не поступало.

Кроме того, при подготовке данного дела к судебному разбирательству в соответствии со ст. 370 ГПК РБ мной по определению суда было направлено сообщение в республиканскую газету "Народная воля" (№ 25.06.2002 года) и местную газету "Вечерний Минск" (№ 135, от 2.07.2002 г). В сообщении была просьба ко всем гражданам и юридическим лицам, которым что-либо известно о судьбе Юрия Захаренко. В ходе судебного разбирательства было выяснено, что каких-либо сведений о местонахождении Юрия Захаренко не поступало после данного обращения к гражданам.

В прениях представитель прокуратуры Октябрьского района г. Минска поддержал требования заявительницы об объявлении ее мужа умершим, но не с 7 мая 1999 года, а днем вступления в законную силу решения суда об объявлении Юрия Захаренко умершим.

Однако суд неправильно применил ст. 160 ч.1 п. ГПК применительно к данной категории гражданских дел, тем самым создал судебный прецедент. Суд, не мотивировал из-за какой невозможности нельзя рассмотреть данное дело. То, что прокуратура города Минска, расследует уголовное дело по факту исчезновения Юрия Захаренко, не может быть основанием не рассматривать данное гражданское дело, поскольку оно не связано с предметом рассматриваемого гражданского дела. Тем более, уголовное дело данной категории в соответствии с новым Уголовным Кодексом РБ, может расследоваться в общей сложности до 25 лет. Получается, что Юрий Захаренко все это время не будет признан умершим, следовательно, семья не сможет распоряжаться имуществом. Данное определение не только нарушает действующее законодательство, но грубо нарушает конституционные права и свободы близких родственников Юрия Захаренко.

В связи с этим законодатель и определил срок три года, когда гражданина можно признать умершим, если о нем не поступало каких-либо сведений.

Как видно из вышеизложенного заявительницей и ее представителем были соблюдены все требования ст. 369, 370 ГПК РБ и ст.41 ГК РБ, которые регулируют порядок признания гражданина умершим, а поэтому суд должен

был вынести справедливое и законное решение, признав Юрия Захаренко умершим.

Главная ошибка судов, что согласно ст. 369 ГПК не требуется точного установления юридического факта смерти гражданина, а тем более конкретного дня гибели человека. Данная статья требует обстоятельства, которые лишь дают основания предполагать смерть гражданина.

18 ноября 2002 года Генеральный прокурор Республики Беларусь В.Шейман в связи запросом депутата Национального собрания Республики Беларусь Фролову В.Д. дал информацию о ходе расследования уголовных дел, возбужденных по фактам исчезновений Ю.Захаренко, Д.Завадского, А. Красовского и В.Гончара. В этом ответе содержится информация, которая указывает конкретные обстоятельства исчезновения Юрия Захаренко. "Предварительным расследованием по делу, проводимым прокуратурой города Минска, установлено, что Захаренко исчез 7 мая 1999 года, около 21 часа 40 минут, по пути домой от стоянки автомашины, расположенной на ул. Могилевской... Полученные к настоящему времени данные, в том числе и показания очевидцев, позволяет с большой степенью вероятности утверждать, что в указанное время 7 мая 1999 г. на пешеходной дорожке недалеко от дома №8 по ул. Жуковского неустановленными лицами с применением насилия Захаренко был похищен и увезен на автомашине в неизвестном направлении... до сих пор установить местонахождение Захаренко и лиц, похитивших его, не представилось возможным..".

Поэтому я считаю, что информации в ответах прокуратуры города Минска и ответе Генерального прокурора Республики Беларусь содержится достаточно информации, что Юрия Захаренко насильственно был похищен неизвестными лицами 7 мая 1999 и место нахождения его до настоящего времени не установлено. Какая еще необходима информация от органов предварительного расследования, чтобы суд объявил умершим Юрия Захаренко.

Следует отметить, что аналогичное гражданское дело рассматривалось в суде Фрунзенского района г. Минска по заявлению Ирины Красовской о признании безвестно отсутствующим ее мужа Анатолия Красовского, который исчез 16 сентября 1999 года вместе с оппозиционным политиком Виктором Гончаром. В ходе судебного разбирательства были получены ответы из прокуратуры города Минска о ходе расследования уголовного дела по факту убийства Анатолия Красовского и Виктора Гончара. И этой информации было достаточно признать Анатолия Красовского безвестно отсутствующим.

17 января 2003 года прокуратура города Минска вынесла постановление о приостановлении предварительного расследования за неустановлением лица, подлежащего привлечению к уголовной ответственности. В конце января я обратился в суд Октябрьского района г. Минска с ходатайством о возобновлении судебного разбирательства. Вместе с ходатайством я направил ответ Генерального прокурора Республики Беларусь от 18.11.2002 года, в котором указывались обстоятельства насильственного исчезновения Юрия Захаренко. В конце января суд получил ответ из прокуратуры, что в ходе следствия местонахождения Юрия Захаренко не установлено. До настоящего времени судья В. Белянин не возобновил судебный процесс.

И главное обстоятельство, которое позволяло суду начать процесс, то, что позиция заявительницы в настоящий момент изменилась. Ольга Захаренко заявила, если суд сомневается какой датой признавать умершим Ю.Захаренко,

то днем смерти можно считать днем вступления в законную силу решения суда об объявлении умершим Юрия Захаренко.

Однако до настоящего времени судья В. Беянин не возобновил судебный процесс, при этом не пояснил, по какой причине он отказывается начать данный процесс. Хотя в материалах дела имеется ответ из прокуратуры города Минска, что следствие по уголовному делу приостановлено, и место нахождения Юрия Захаренко не установлено.

28 февраля 2003 года я обратился с жалобой в Верховный суд Республики Беларусь, в которой просил отменить все незаконные решения судов и признать Юрия Захаренко умершим.

28 марта 2003 года я получил ответ от заместителя председателя Верховного суда РБ Мирониченко И.А., в котором указано, что моя жалоба не может быть удовлетворена, поскольку предварительное следствие по уголовному делу не закончено. Данный ответ является формальной отпиской, так как судья не изучал материалов гражданского дела о признании Юрия Захаренко умершим. Данное дело не истребовалось из суда Октябрьского района города Минска. Если бы судья изучил материалы дела, то увидел ответ из прокуратуры города Минска, что предварительное следствие было закончено 17 января 2003 года.

Учитывая, что данное дело имеет общественный интерес не только в Беларуси, но и за пределами нашего государства. В случае не удовлетворения требований Ольги Захаренко, мы будем вынуждены обращаться в комиссию по правам человека при ООН. Тем более что в апреле этого года была принята резолюция ООН о нарушениях прав человека в Беларуси. Резолюция призывает правительство Беларуси принять все необходимые меры для полного и объективного расследования случаев насильственных исчезновений политических оппонентов действующей власти.

В соответствии со ст. ст. 447, 448 ГПК РБ,-

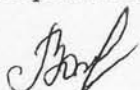
ПРОШУ:

1. Отменить определение суда Октябрьского района г. Минска от 09.09.2002 года, определение Судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30.09.2002 года, постановление Президиума Минского городского суда от 13.1.2002, поскольку они являются необоснованными и незаконными.
2. Учитывая, что по делу не требуется собирания или дополнительной проверки доказательств, обстоятельства дела установлены судом первой инстанции полно и правильно, но допущена ошибка в применении норм материального и процессуального права, в связи с чем, вынести решение об удовлетворении требований заявительницы об объявлении умершим Юрия Николаевича Захаренко, 1952 года рождения, уроженца д. Василевичи, Гомельской области.

Приложение:

1. Копия определения суда Октябрьского района г. Минска от 09.09.2002 года.
2. Копия Судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30.09.2002 года.
3. Копия ответа постановление Президиума Минского городского суда от 13.1.2002.

4. Копия ответа из Верховного Суда Республики Беларусь от 28.03.2003 года.
5. Копия доверенности на имя Волчека О.К.

Волчек О.К. 

13 мая 2003 года.

**ВЯРХОЎНЫ СУД
Рэспублікі Беларусь**

вул.Леніна, 28, 220681, г.Мінск,
тэл.227-37-85

**ВЕРХОВНЫЙ СУД
Республики Беларусь**

ул.Ленина, 28, 220681, г.Минск,
тел. 227-37-85

18.06.2003г. 04-3/611

№

на №

от

12.06.2003г.

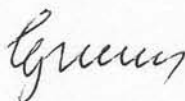
Организация по Безопасности и
Сотрудничеству в Европе
220116 г.Минск,
проспект Газеты Правда, 11

/ Волчаку О.К.
г.Минск, ул.Л.Украинки, 12 - 1 - 551

Верховный Суд Республики Беларусь сообщает, что по жалобе Волчека О.К., представителя Захаренко О.Б., на определение судьи Октябрьского района г.Минска от 09.09.2002г. истребованы дела, которые не поступили.

О результатах рассмотрения жалобы вам будет сообщено дополнительно после проверки дел в порядке надзора.

Начальник управления
жалоб и приема граждан



М.М.Германович



**ВЯРХОЎНЫ СУД
Рэспублікі Беларусь**

вул.Леніна, 28, 220681, г.Мінск,
(017) тэл. 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

**ВЕРХОВНЫЙ СУД
Республики Беларусь**

ул.Ленина, 28, 220681, г.Минск,
(017) тел. 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

Supreme Court of the Republic of Belarus

22.07.2003г. № 03-778

Организация по Безопасности и
Сотрудничеству в Европе
Офис в Минске
Послу
Руководителю офиса ОБСЕ в Минске
г-ну Эберхарду Хайкену

Уважаемый господин посол!

В Верховном Суде Республики Беларусь рассмотрено Ваше обращение, в котором просите представить информацию относительно рассмотрения судами дела о признании умершим г-на Юрия Захаренко.

Гражданское дело возбуждено судом Октябрьского района г. Минска 21 июня 2002 года по заявлению Захаренко О. Б., в котором она просила объявить Захаренко Ю. Н. умершим 7 мая 1999 года.

Определением суда от 9 сентября 2002 года производство по этому делу приостановлено в связи с расследованием прокуратурой г. Минска уголовного дела, возбужденного по факту исчезновения Захаренко Ю. Н..

При вынесении определения суд руководствовался положениями пункта 4 части 1 статьи 160 ГПК Республики Беларусь, обязывающей суд приостановить производство по делу при невозможности его рассмотрения до разрешения другого дела, рассматриваемого в гражданском, уголовном судопроизводстве или административном порядке.

Решить вопрос о возобновлении приостановленного производства по делу суд вправе с учетом требований, предусмотренных ст. 163 ГПК Республики Беларусь (если отпадут обстоятельства, послужившие основанием к его приостановлению).

С уважением

24 июля - возбужден гр. дело

Первый заместитель Председателя

П. П. Миклашевич



ВЯРХОЎНЫ СУД Рэспублікі Беларусь

вул. Леніна, 28, 220681, г. Мінск,
тэл. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

ВЕРХОВНЫЙ СУД Республики Беларусь

ул. Ленина, 28, 220681, г. Минск,
тел. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

28.04.2003 № 03-778

На № _____ ад _____

Волчеку О. К.
г. Минск, ул. Л. Украинки,
д. 12 корп. 1 кв. 551

В Верховном Суде Республики Беларусь по вашей жалобе в интересах Захаренко О. Б. проверена законность судебных постановлений, вынесенных по делу по ее заявлению об объявлении Захаренко Ю. Н. умершим 7 мая 1999 года.

Определением суда Октябрьского района г. Минска от 9 сентября 2002 года производство по делу было приостановлено в связи с расследованием прокуратурой г. Минска уголовного дела, возбужденного по факту исчезновения Захаренко Ю. Н..

Определением судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30 сентября 2002 года определение суда оставлено без изменения.

Определением суда Октябрьского района г. Минска от 18 октября 2002 года производство по делу было возобновлено.

Постановлением президиума Минского городского суда от 13 ноября 2002 года отменено определение суда о возобновлении производства по делу.

Ваша жалоба, в которой ссылаетесь на незаконность и необоснованность судебных постановлений, просите их отменить и вынести решение об удовлетворении требований Захаренко О. Б., удовлетворению не подлежит.

Мотивы отказа в принесении протеста изложены в ответе Верховного Суда от 28 марта 2003 года.

Приложение: на 5 листах.

Первый заместитель Председателя

П. П. Миклашевич



**ВЯРХОЎНЫ СУД
Рэспублікі Беларусь**

вул.Леніна, 28, 220681, г.Мінск,
тэл. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

**ВЕРХОВНЫЙ СУД
Республики Беларусь**

ул.Ленина, 28, 220681, г.Минск,
тел. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

28.04.2003 № 03-778

На № _____ ад _____

Волчеку О. К.
г. Минск, ул. Л. Украинки,
д. 12 корп. 1 кв. 551

В Верховном Суде Республики Беларусь по вашей жалобе в интересах Захаренко О. Б. проверена законность судебных постановлений, вынесенных по делу по ее заявлению об объявлении Захаренко Ю. Н. умершим 7 мая 1999 года.

Определением суда Октябрьского района г. Минска от 9 сентября 2002 года производство по делу было приостановлено в связи с расследованием прокуратурой г. Минска уголовного дела, возбужденного по факту исчезновения Захаренко Ю. Н..

Определением судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30 сентября 2002 года определение суда оставлено без изменения.

Определением суда Октябрьского района г. Минска от 18 октября 2002 года производство по делу было возобновлено.

Постановлением президиума Минского городского суда от 13 ноября 2002 года отменено определение суда о возобновлении производства по делу.

Ваша жалоба, в которой ссылаетесь на незаконность и необоснованность судебных постановлений, просите их отменить и вынести решение об удовлетворении требований Захаренко О. Б., удовлетворению не подлежит.

Мотивы отказа в принесении протеста изложены в ответе Верховного Суда от 28 марта 2003 года.

Приложение: на 5 листах.

Первый заместитель Председателя

П. П. Миклашевич

ВЯРХОЎНЫ СУД
Рэспублікі Беларусь

вул.Леніна, 28, 220681, г.Мінск,
тэл.227-37-85

ВЕРХОВНЫЙ СУД
Республики Беларусь

ул.Ленина, 28, 220681, г.Минск,
тел. 227-37-85

02.09.2003г № 04-3/611

на № _____ от _____

г. Минск,
ул. Л. Украинки,
д. 12, корп. 1, кв. 551
Волчеку О.К.

Ваша жалоба в интересах Захаренко О.Б. на определение суда Октябрьского района г.Минска от 9 сентября 2002г., которым производство по делу об объявлении Захаренко Ю.Н. умершим приостановлено, в Верховном Суде рассмотрена и оставлена без удовлетворения по основаниям, изложенным в ответах Верховного Суда от 28 марта и 23 июля 2003г.

Приложение: 6 листов.
Начальник управления жалоб
и приема граждан



С.Г.Бойко

Пракуратура
Рэспублікі Беларусь
ПРАКУРАТУРА
ГОРАДА МІНСКА
220053, г.Мінск,
вул.Шчадрына, 1
т.223-53-81 ф.288-66-71



Прокуратура
Республики Беларусь
ПРОКУРАТУРА
ГОРОДА МИНСКА
220053, г.Минск,
ул.Щедрина, 1
т.223-53-81 ф.288-66-71

« 10 » 03.2004 № 110352
На № _____

Суд Октябрьского района
г. Минска
Судье Белянину В.В.

ул. Дунина-Мартинкевича, 1/1
г. Минск

На Ваш запрос от 27.02.2004 сообщаю, что предварительное следствие по уголовному делу № 110352, возбужденному по ст. 101 УК Республики Беларусь в редакции 1961г. по факту безвестного исчезновения Захаренко Ю.Н., 24.06.2003 возобновлено прокурором г. Минска. Срок предварительного следствия по делу заместителем Генерального прокурора Республики Беларусь продлен до 24.05.2004.

Следователь по важнейшим делам
прокуратуры г. Минска
юрист 1 класса

С.Г. Кухаренко

Вход. № 2945
12 03 2004

Министру юстиции 190
Р.Б. Голубанову В.Т.
Копия: Начальнику
управления юстиции
Н.А. Заленко

Господи министр, наша
семья с тревогой узнала
о том, что в производстве
Минского городского суда
находящийся гражданское дело
о ликвидации общественного
объединения "Правовая помощь населению".
Известно о том, что ликвидирован
данного организационно-бесплатного
нашей семьи в связи с тем, что
представители данной организа-
ции оспаривают и оспаривают
нашей семье после
похищения моего супруга
и наших детей. Эти министры
М.В.Д. Р.Б. Захаренко Ю.И.
Более того, поскольку наша
семья находится за пределами Р.Б.
председатель "Правовая помощь
населению". Оли Волгек является
родные. Представители не
Нашу общественность разделяет
мать Юрия Захаренко и семья
похищенных Виктора Юнгара и
Дмитрия Заварского и А. Крайского.
Просим Вас отозвать этот иск
о ликвидации организации
"Правовая помощь населению".
Захаренко Олега.



Организация по Безопасности и Сотрудничеству в Европе
Офис в Минске

Г-ну Олегу Волчеку

11 ноября 2003г.

Уважаемый г-н Волчек!

Я очень благодарен Вам за Ваше письмо от 23 октября 2003г. и за изложенную в нем информацию.

Как Вам известно, Офис ОБСЕ в Минске наблюдает за ситуацией, связанной с делами исчезнувших, и предоставленная Вами информация еще раз подтверждает важность и необходимость проведения соответствующего расследования по данным делам для установления причин и обстоятельств исчезновений.

Я также хотел бы сообщить Вам, что Ваше письмо переведено Офисом ОБСЕ в Минске на английский язык и перевод направлен в Совет Европы, г-же У. Цапф и в некоторые институты ОБСЕ.

Я буду благодарен Вам за любую предоставленную информацию в будущем и желаю Вам успехов в Вашей деятельности по этим вопросам.

С уважением,

Эберхард Хайкен
Посол

Руководитель Офиса ОБСЕ в Минске

Послу Эберхарду Хайкену
Руководителю офиса ОБСЕ
В Минске.

Уважаемый господин посол!

Разрешите выразить Вам благодарность за поддержку моей семьи. Вот уже скоро будет пять лет со дня исчезновения Юрия Захаренко. Вам сообщал мой представитель Волчек О.К., что я два года назад обратилась с заявлением о признании Юрия Захаренко умершим. Мне было это тяжело сделать, но у нас в Минске осталась 4-х комнатная квартира, которой не можем распоряжаться, поскольку собственником является мой муж.

Мой представитель выполнил всю правовую процедуру, чтобы суд объявил Юрия Захаренко умершим. Суд вынес определение о приостановлении производства по делу, поскольку прокуратура г. Минска проводит предварительное расследование по уголовному делу по факту насильственного исчезновения моего мужа. И вот два года мой представитель не может добиться справедливого судебного решения.

Три раза от моего имени Олег Волчек обращался на имя Председателя Верховного Суда В.О.Сукало, чтобы он дал окончательный ответ по моему делу. Однако нам отвечали его заместители, в своих ответах указывали, что суд обоснованно приостановил, поскольку проводит расследование по уголовному делу.

В прошлом году суд Фрунзенского района г. Минска признал Дмитрия Завадского умершим, несмотря на то, что проводилось предварительное расследование по факту насильственного похищения Дмитрия Завадского.

Олег Волчек два раза приходил в Верховный Суд РБ, чтобы записаться на личный прием к Председателю Верховного Суда, но так и не был записан, поскольку много людей желает попасть на прием и люди приезжают ночью, чтобы быть первыми.

В связи с этим я обращаюсь за Вашей помощью, если это возможно направить мою жалобу на имя Председателя Верховного Суда РБ В.О. Сукало. Мой представитель Вам передаст мою жалобу с приложением.

Эта последняя возможность у меня обжаловать определение судьи. Если Председатель Верховного Суда Республики Беларусь оставит в силе решение районного судьи, то другой возможности обжаловать не будет. Но появится возможность обратиться в комитет по правам человека при ООН. Чтобы обратиться мне в данную комиссию, то необходимо иметь личный ответ от Председателя Верховного Суда РБ В.О.Сукало.

«22» апреля 2004 года

Захаренко 

Председателю Верховного Суда Республики Беларусь В.О. Сукало
 Копия: представительство ОБСЕ в Республике Беларусь.
 Захаренко Ольга Борисовна, прож. г. Минск ул. Жуковского, 9-1-81.

ЖАЛОБА.

9 сентября 2002 года судья Октябрьского района г. Минска Белянин В.В. вынес определение о приостановлении производства по делу по заявлению Захаренко О.Б. об объявлении умершим Захаренко Юрия Николаевича. Свое решение суд мотивировал тем, что уголовное дело по факту исчезновения Юрия Захаренко расследуется и окончательное решение можно принимать после проведения предварительного следствия, чтобы определить точную дату исчезновения, поскольку я настаивала признавать моего мужа умершим с 7 мая 1999 года, а прокурор настаивал днем вступления в законную силу решения суда.

С данным определением я не согласилась и обжаловала в судебную коллегия по гражданским делам Минского городского суда.

30.09.2002 года судебная коллегия по гражданским делам Минского городского признала законным решением суда Октябрьского района г. Минска.

13.11.2002 года состоялся Президиум Минского городского суда, который посчитал, что судья В.В. Белянин законно приостановил судебное разбирательство.

28 февраля 2003 года я обратился с жалобой в Верховный суд Республики Беларусь, в которой просил отменить все незаконные решения судов и признать Юрия Захаренко умершим.

28 марта 2003 года я получил ответ от заместителя председателя Верховного суда РБ Мирониченко И.А., в котором указано, что моя жалоба не может быть удовлетворена, поскольку предварительное следствие по уголовному делу не закончено. Данный ответ является формальной отпиской, так как судья не изучал материалов гражданского дела о признании Юрия Захаренко умершим. Данное дело не истребовал из суда Октябрьского района города Минска. Если бы судья изучил материалы дела, то увидел ответ из прокуратуры города Минска, что предварительное следствие было закончено 17 января 2003 года.

13 мая 2003 года я вновь обратился с жалобой на Ваше имя, но получил формальный ответ от первого заместителя Верховного Суда РБ Миклашевича П.П., который даже в своем ответе не мотивировал, на каком законном основании отказал в удовлетворении требований Захаренко О.Б.

Данные решения судов нельзя признать законными, поскольку они вынесены с грубым нарушением гражданского законодательства регулирующего порядок объявления гражданина умершим.

В соответствии со ст. 41 ГК Республики Беларусь гражданин может быть объявлен судом умершим, если по месту его жительства нет сведений о месте его пребывания в течение трех лет.

17 сентября 1999 года прокуратура города Минска возбудила уголовное дело № 110351 по ст. 101 УК РБ (умышленное убийство в редакции 1960 г.)-по

заявлению дочери пропавшего, посчитав, что Юрий Захаренко мог стать жертвой преступления при обстоятельствах указанных заявительницей, т.е. 7 мая 1999 года.

Во время судебного процесса были оглашены результаты расследуемого уголовного дела (письмо прокуратуры города Минска от 05.09.2002 г.). Согласно данной информации каких-либо сведений о месте нахождения Юрия Захаренко не добыто органом предварительного расследования.

Однако суд неправильно применил ст. 160 ч.1 п. ГПК применительно к данной категории гражданских дел. Суд, не мотивировал из-за какой невозможности нельзя рассмотреть данное дело. То, что прокуратура города Минска, расследует уголовное дело по факту исчезновения Юрия Захаренко, не может быть основанием не рассматривать данное гражданское дело, поскольку оно не связано с предметом рассматриваемого гражданского дела. В связи с этим законодатель и определил срок три года, когда гражданина можно признать умершим, если о нем не поступало каких-либо сведений.

18 ноября 2002 года Генеральный прокурор Республики Беларусь В.Шейман в связи запросом депутата Национального собрания Республики Беларусь Фролову В.Д. дал информацию о ходе расследования уголовных дел, возбужденных по фактам исчезновений Ю.Захаренко, Д.Завадского, А. Красовского и В.Гончара. В ответе указано, предварительным расследованием по делу установлено, что 7 мая 1999 г. на пешеходной дорожке недалеко от дома №8 по ул. Жуковского неустановленными лицами с применением насилия Захаренко был похищен и увезен на автомашине в неизвестном направлении.

Я и мой представитель выполнили все требования ст. 369, 370 ГПК РБ и ст.41 ГК РБ, которые регулируют порядок признания гражданина умершим, а поэтому суд должен был вынести справедливое и законное решение, признав Юрия Захаренко умершим.

Главная ошибка судов, что согласно ст. 369 ГПК не требуется точного установления юридического факта смерти гражданина, а тем более конкретного дня гибели человека. Данная статья требует обстоятельства, которые лишь дают основания предполагать смерть гражданина.

28 ноября 2003 года было рассмотрено гражданское дело в суде Фрунзенского района г. Минска по заявлению Светланы Завадской о признании ее мужа Дмитрия Завадского умершего. Суд признал умершим Дмитрия Завадского, хотя точная дата гибели неизвестна.

И главное обстоятельство, которое позволяло суду начать процесс, то, что моя позиция в настоящий момент изменилась. Я через своего представителя заявила, если суд сомневается какой датой признавать умершим Ю.Захаренко, то днем смерти можно считать днем вступления в законную силу решения суда об объявлении умершим Юрия Захаренко.

Однако до настоящего времени судья В. Беянин не возобновил судебный процесс, при этом не пояснил, по какой причине он отказывается начать данный процесс. Хотя в материалах дела имеется ответ из прокуратуры города Минска, что следствие по уголовному делу приостановлено, и место нахождения Юрия Захаренко не установлено. Полагаю, что необходимо возобновить производство по делу и изучить новые обстоятельства по делу о которых я указала в своей жалобе. Представление моих интересов в Верховном Суде Республики Беларусь возложено на моего представителя Волчека О.К., которому выдала специальную доверенность.

В соответствии со ст. ст. 447,448 ГПК РБ,-

- печку О.К. 220020, Минск,
ул. Украински, 12-1-551.

5

Заключен по 1038—

РЕШЕНИЕ ИМЕНЕМ РЕСПУБЛИКИ БЕЛАРУСЬ

28 ноября 2003 года

Суд Фрунзенского района г.Минска судья Андреева Н.В. при секретаре судебного заседания Третьяковой О.В., с участием заявителя- Завадской С.М., представителя заявителя- Цурко С.И., прокурора Куклиса Н.Н. рассмотрел в открытом судебном заседании в помещении суда гражданское дело по заявлению Завадской Светланы Михайловны об объявлении гражданина умершим,

УСТАНОВИЛ:

В заявлении суду Завадская С.М. указала, что состоит в браке с Завадским Дмитрием Александровичем. Брак зарегистрирован отделом ЗАГС Фрунзенского района г.Минска 23 ноября 1990 года, актовая запись №2239. 7 июня 2000 года муж выехал в аэропорт «Минск-2» для встречи прилетающего из Москвы сотрудника ОРТ – П.Шеремета и домой не вернулся. По данному факту прокуратурой было возбуждено уголовное дело и установлено, что последнего похитили Игнатович В.А. и Малик М.М.. Следствие местонахождение мужа не установило. 14 марта 2002 года приговором Минского областного суда, Игнатович В.А. и Малик М.М. признаны виновными в похищении Завадского Д.А. и незаконном лишении его свободы. Поскольку муж был похищен при обстоятельствах, угрожавших смертью и дающих основание предполагать его убийство, местонахождение последнего не известно в настоящее время, заявительница просит объявить Завадского Д.А., 1972 года рождения, уроженца г.Минска- умершим. Это ей необходимо для урегулирования вопросов имущественного характера.

2 сентября 2003 года суд вынес определение о публикации в местной и республиканской печати объявления о поступившем в суд заявлении Завадской С.М. об объявлении Завадского Д.А. умершим с просьбой ко всем гражданам и юридическим лицам, имеющим сведения о последнем и сообщить их суду.

В судебном заседании заявительница свои требования поддержала. Показала, что в заявлении ошибочно указана дата пропажи Завадского Д.А. 7 июня 2000 года, поскольку он выехал в аэропорт «Минск-2» 7 июля 2000 года и не возвратился домой. В остальной части дала показания, аналогичные указанным в заявлении. Кроме того, показала, что от брака с Завадским Д.А. имеет сына Юрия, 22 мая 1991 года рождения. 8 июля 2000 года она обратилась с заявлением в милицию о розыске мужа. С 7 июля 2000 года, до настоящего времени, никаких сведений о муже не поступало, не смотря на то, что 22 и 23 сентября 2003 года были опубликованы объявления с просьбой сообщить о Завадском Д.А. имеющиеся сведения.

Представитель заявительницы требования Завадской С.М. поддержал, по тем же основаниям.

Представитель заинтересованного лица – Управления социальной защиты администрации Фрунзенского района г.Минска, в судебное заседание не явился. Заинтересованное лицо просило слушать дело в отсутствие его представителя.

Суд, заслушав заявительницу, ее представителя, свидетеля Красовскую И.Ч., заслушав прокурора, исследовав письменные материалы дела, считает требования Завадской С.М. подлежащими удовлетворению, поскольку по месту жительства Завадского Д.А. в течение трех лет нет сведений о месте его пребывания.

Согласно ст.41 БК Республики Беларусь, гражданин может быть объявлен судом умершим, если по месту его жительства нет сведений о месте его пребывания

в течение трех лет, а если он пропал без вести при обстоятельствах, угрожавших смертью или дающих основание предполагать его гибель от определенного несчастного случая, - в течение шести месяцев.

Судом установлено, что заявительница и Завадский Д.А. вступили в брак 23 ноября 1990 года. От брака имеют несовершеннолетнего сына Юрия, 22 мая 1991 года рождения. До 7 июля 2000 года семья Завадских проживала в г.Минске по ул.Д.Сердича, 70-27, а прописана в г.Минске по ул.Горецкого 63-8.

7 июля 2000 года Завадский Д.А. исчез, при обстоятельствах свидетельствующих о применении к нему физической силы. Приговором Минского областного суда от 14 марта 2002 года установлено, что 7 июля 2000 года Игнатович В.А. совместно с Маликом М.М. и другими, не установленными в ходе предварительного следствия лицами, в составе вооруженной организованной группы (банды), руководимой Игнатовичем В.А., по предварительному сговору группой лиц совершили похищение Завадского Д.А. и незаконно лишили его свободы. В отношении не установленных лиц, уголовное дело выделено в отдельное производство и приостановлено. С 7 июля 2000 года до настоящего времени местонахождение Завадского Д.А. не установлено, достоверных сведений о его смерти также не имеется, не смотря на публикации объявлений, по определению суда, 22 и 23 сентября 2003 года в газетах «Вечерний Минск» и «Звезда».

Поскольку более трех лет нет сведений о месте пребывания Завадского Д.А. по месту его жительства, он может быть объявлен судом умершим.

Установленные судом обстоятельства подтверждаются показаниями заявительницы, ее представителя, свидетеля Красовской И.Ч., копиями: свидетельства о заключении брака между Завадской С.М. и Завадским Д.А., свидетельства о рождении последнего, свидетельства о рождении ребенка, приговора суда Минского областного суда от 14 марта 2002 года, а также объявлениями в газетах «Вечерний Минск» и «Звезда», сообщениями прокуратуры.

Однако Завадский Д.А. не может быть объявлен умершим, как лицо пропавшее при обстоятельствах, угрожающих смертью, поскольку данные обстоятельства только презюмируются.

Руководствуясь ст.ст. 302-306, 371 ГПК Республики Беларусь, суд-

РЕШИЛ:

Объявить умершим Завадского Дмитрия Александровича, 28 августа 1970 года рождения, уроженца г.Минска, проживавшего в г.Минске по ул.Д.Сердича, 70-27, прописанного в г.Минске по ул.Горецкого, 63-8.

Решение может быть обжаловано в Минский городской суд через суд Фрунзенского района г.Минска в течение 10 дней.

Судья

Копия верна



Решение не обжаловано и
вступило в законную силу

«08» 10 2003
Секретарь суда



Организация по Безопасности и Сотрудничеству в Европе
Офис в Минске

22 апреля 2004г.

Председателю
Верховного суда
Республики Беларусь
Г-ну Сукало В.О.

Уважаемый г-н Председатель!

Ко мне обратилась г-жа Ольга Захаренко с просьбой передать ее жалобу, адресованную Председателю Верховного суда Республики Беларусь.

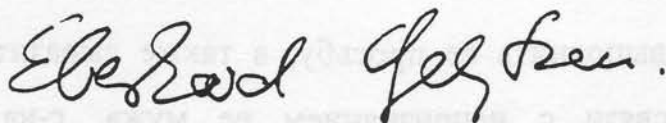
Я хотел бы выполнить ее просьбу, а также выразить свою озабоченность в связи с непризнанием ее мужа, г-на Юрия Захаренко, умершим.

Мне известно, что производство по гражданскому делу о признании г-на Ю. Захаренко умершим приостановлено в связи с расследованием уголовного дела, возбужденного по факту исчезновения г-на Ю. Захаренко. Но насколько я понимаю, согласно Гражданского Кодекса РБ гражданин может быть признан судом умершим, если по месту его жительства нет сведений о месте его пребывания в течение трех лет. Гражданский Кодекс не предусматривает необходимости расследования обстоятельств исчезновения человека для признания его умершим.

У г-жи О. Захаренко осталась 4-х комнатная квартира в Минске, которой она не может распоряжаться, поскольку собственником является ее муж. Срок предварительного расследования уголовного дела был опять продлен, а это значит, что если рассмотрение гражданского дела о признании г-на Ю. Захаренко умершим будет зависеть от предварительного расследования по уголовному делу, производство по гражданскому делу может быть не возобновлено еще на протяжении долгого времени.

Г-н Председатель, учитывая то, что Гражданский Кодекс РБ не требует расследования обстоятельств исчезновения человека для признания его умершим, я хотел бы обратиться к Вам с просьбой рассмотреть возможность возобновления производства по делу о признании г-на Ю. Захаренко умершим.

С уважением,



Эберхард Хайкен

Посол

Руководитель Офиса ОБСЕ в Минске

Приложение: на 11 листах



ВЯРХОЎНЫ СУД
Рэспублікі Беларусь

вул.Леніна, 28, 220681, г.Мінск,
тэл. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

ВЕРХОВНЫЙ СУД
Республики Беларусь

ул.Ленина, 28, 220681, г.Минск,
тел. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

28.05.04г. № 04-3/824

На № _____ ад _____

Руководителю
Офиса ОБСЕ в г.Минске
послу Эберхарду Хайкену

Уважаемый господин Посол!

В Верховном Суде Республики Беларусь рассмотрена жалоба Захаренко Ольги Борисовны на судебные постановления о приостановлении производства по делу по ее заявлению об объявлении Захаренко Ю.Н. умершим.

Оснований для удовлетворения жалобы не имеется.

В силу п. 4 ч. 1 ст. 160 ГПК Республики Беларусь суд обязан приостановить производство по делу в случае невозможности рассмотрения данного дела до разрешения другого дела, рассматриваемого в гражданском, уголовном судопроизводстве или административном порядке.

Из представленных материалов усматривается, что по факту исчезновения Захаренко Ю.Н. прокурором г.Минска 17 сентября 1999 года возбуждено уголовное дело, по которому в настоящее время ведется предварительное следствие. Указанное обстоятельство обязывает суд, рассматривающий заявление Захаренко О.Б. об объявлении Захаренко Ю.Н. умершим, приостановить производство по делу.

Оснований для отмены судебных постановлений не имеется, в связи с чем жалоба Захаренко О.Б. оставлена без удовлетворения.

С уважением

Заместитель Председателя

В.Н.Вышкевич



ВЯРХОЎНЫ СУД Рэспублікі Беларусь

вул.Леніна, 28, 220681, г.Мінск,
тэл. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

ВЕРХОВНЫЙ СУД Республики Беларусь

ул.Ленина, 28, 220681, г.Минск,
тел. (017) 226-12-06, факс (017) 227-12-25
E-mail: scjustrb@pmrb.by

28.05.04. № 04-3/934

На № _____ ад _____

Захаренко О.Б.
г.Минск,
ул. Жуковского, 9-1-81

В Верховном Суде Республики Беларусь рассмотрена Ваша жалоба на определение суда Октябрьского района г.Минска от 9 сентября 2002 года о приостановлении производства по делу по заявлению об объявлении Захаренко Ю.Н. умершим.

Определением судебной коллегии по гражданским делам Минского городского суда от 30 сентября 2002 года определение районного суда оставлено без изменения.

Ссылаясь на незаконность судебных постановлений, в жалобе просите об их отмене.

Жалоба оставлена без удовлетворения.

Согласно п. 4 ч. 1 ст. 160 ГПК Республики Беларусь суд обязан приостановить производство по делу в случае невозможности рассмотрения данного дела до разрешения другого дела, рассматриваемого в гражданском, уголовном судопроизводстве или административном порядке.

Из представленных материалов следует, что по факту исчезновения Захаренко Ю.Н. прокурором г.Минска 17 сентября 1999 года возбуждено уголовное дело по ст. 101 УК Республики Беларусь и до настоящего времени предварительное следствие по указанному делу не закончено, что подтверждено письмом прокуратуры г.Минска от 10 марта 2004 года № 110352, из которого следует, что срок предварительного следствия по делу заместителем Генерального прокурора Республики Беларусь продлен до 24 мая 2004 года.

При таких обстоятельствах производство по делу об объявлении Захаренко Ю.Н. умершим приостановлено судом обоснованно и оснований для отмены судебных постановлений не имеется.

Приложение: на 8 л.

Заместитель Председателя

В.Н.Вышкевич

The international Alternative Court**Beschwerde**

Gegen: Den Präsidenten der Republik Weißrussland Aleksandr Lukašenko; den Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland Viktor Šejman; den Minister für Sport und Tourismus der Republik Weißrussland Jurij Sivakov; den Kommandeur der Sondereinsatztruppe SOBR Dmitrij Pavličenko; den Minister für Inneres der Republik Weißrussland Vladimir Naumov und den ehemaligen Leiter des Sicherheitsdienstes des Präsidenten der Republik Weißrussland N. Vasil'čenko

I. Parteien

A. Antragsteller

1. Name des Antragstellers: Aleksandr Ivanovič Ščurko
2. Geschlecht: männlich
3. Staatsangehörigkeit: weißrussisch
4. Beruf: Sturz des diktatorischen Regimes des Präsidenten der Republik Weißrussland
Aleksandr Grigor'evič Lukašenko
5. Geburtsdatum/ Geburtsort: 22.November 1957
6. Feste Adresse: Obojnijstraße 4-2-117, 220004 Minsk, Republik Weißrussland
7. Telefon: +31-6-24-84-72-15 (Niederlande)
8. Derzeitiger Wohnsitz: Aleksandr Ščurko, Diaconessenplein 29, 2012 JT HAARLEM,
Nederland
9. Name und Vorname des Bevollmächtigten:
10. Beruf des Bevollmächtigten:
11. Adresse des Bevollmächtigten:
12. Telefon/ Fax des Bevollmächtigten:

B. Die Beschwerde wird eingereicht gegen:

13. Den Präsidenten der Republik Weißrussland Aleksandr Lukašenko; den Generalstaatsanwalt der Republik Weißrussland Viktor Šejman; den Minister für Sport und Tourismus der Republik Weißrussland Jurij Sivakov; den Kommandeur der Sondereinsatztruppe SOBR Dmitrij Pavličenko; den Minister für Inneres der Republik Weißrussland Vladimir Naumov und den ehemaligen Leiter des Sicherheitsdienstes des Präsidenten der Republik Weißrussland N. Vasil'čenko

II.

Darstellung des Sachverhalts

14. Um keine Tatsachen zu wiederholen, die meinem Land, der Republik Weißrussland, sowie auch der internationalen Öffentlichkeit bekannt sind, ergänze ich diesen Teil der Beschwerde um Tatsachen mutmaßlicher Verbrechen, die in der Republik Weißrussland gegen die Sicherheit der Menschheit verübt wurden, sowie um Hinweise

auf die Beteiligung hoher Staatsbeamter an ihnen, die von dem Sonderberichterstatter der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Christos Pourgourides in einem vorläufigen Memorandum mit dem Titel „Vermisste Personen in Weißrussland“ dargelegt wurden. Das vorläufige Memorandum ist auf der offiziellen Webseite: www.Charter97.org mit Datum vom 19. Dezember 2003 veröffentlicht, eine weitere Informationsquelle ist der Bericht, der auf der Webseite der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) nachzulesen ist: die Dokumente „Disappeared persons in Belarus“, DOC. 10062, 4 February 2004, Report, Committee on Legal Affairs and Human Rights, PACE. Rapporteur: Mr. Christos Pourgourides, Cyprus, Group of European People's Party, Resolution 1371 (2004) „Disappeared person in Belarus“, PACE und Dokazatel'stva Komiteta Gosudarstvennoj Bezopasnosti (dt.: Beweise des Komitees für Staatssicherheit), ebenfalls veröffentlicht auf der Webseite www.Charter97.org unter dem link www.belarusfreedom.com sind das Kernstück der in meiner Beschwerde dargelegten Tatsachen. Die Dokumente sind in Kopie zu Ihrer Kenntnisnahme beigelegt.

Vorläufiges Memorandum von Ch. Pourgourides „Vermisste Personen in Weißrussland“

Wir veröffentlichen heute auf unserer Webseite das Memorandum des Sonderberichterstatters der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Christos Pourgourides „Vermisste Personen in Weißrussland“ in russischer Übersetzung. Bisher gab es den Bericht nur auf Englisch und Weißrussisch. Die russische Übersetzung fertigte freundlicherweise das Menschenrechtszentrum „Vjasna“ an.

Vorläufiges Memorandum des Sonderberichterstatters des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Christos Pourgourides.

A. Einleitung

Seit über zwei Jahren ist die Parlamentarische Versammlung besorgt über das Verschwinden von Jurij Zaharenko, dem ehemaligen Innenminister der Republik Weißrussland (vermisst seit dem 7. Mai 1999), Viktor Gončar, dem ehemaligen stellvertretenden Parlamentspräsidenten (vermisst seit dem 16. September 1999), Anatolij Krasovskij, Unternehmer (vermisst ebenfalls seit dem 16. September 1999) und Dmitrij Zavadskij, Kameramann des russischen Fernsehkanals ORT (vermisst seit dem 7. Juli 2000). An den Ausschuss für Recht und Menschenrechte wurden öffentlich gemachte Aussagen des Inhalts herangetragen, dass das Verschwindenlassen der Personen politisch motiviert war.

Daraufhin gründete der Ausschuss für Recht und Menschenrechte im September 2002 einen Unterausschuss, um die Umstände des Verschwindens von Personen in Weißrussland vor dem Hintergrund möglicher politischer Gründe zu klären. Dieser Unterausschuss, den C. Kovalev leitet, hat im Januar 2003 in Straßburg eine Erklärung von Familienangehörigen der verschwundenen Personen und Herrn Alkaev, dem ehemaligen Leiter der Minsker Untersuchungshaftanstalt № 1, der in Deutschland als politischer Flüchtling lebt, angehört. Er hat auch die Benachrichtigung von Herrn Čumačenko, dem Obersten Untersuchungsführer der Staatsanwaltschaft der Stadt Minsk, mit Datum vom 20. Januar 2003, sowie das Antwortschreiben von Generalstaatsanwalt Šejman an Herrn Frolov, dem Leiter der Gruppe „Respublika“ im Parlament der Republik Weißrussland, zur Kenntnis genommen.

Die weißrussische Regierung hat einige Anfragen des Unterausschusses bezüglich der Anberaumung einer Sitzung in Minsk abgelehnt, auf der andere Personen angehört werden sollten, die über Informationen zum Schicksal der Vermissten verfügen könnten.

Der Ausschuss für Recht und Menschenrechte ernannte mich auf der Sitzung vom 5. Juni 2003 zum Berichterstatter über dieses Thema. Nach Überwindung einiger Hindernisse, die mir von weißrussischer Seite in den Weg gelegt wurden, lud man mich vom 5.-8. November 2003 nach Minsk ein. Ich bin Herrn Konoplev, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Repräsentantenhauses der weißrussischen Nationalversammlung dankbar für die wertvolle Unterstützung bei der Organisation dieses Besuches und die Gastfreundschaft, die er mir während meines Aufenthaltes in Minsk entgegenbrachte.

Herr Konoplev erklärte mir, dass es außerhalb seiner Kompetenz liege, mit allen Personen, die ich sprechen wollte, ein Treffen zu organisieren. Er teilte mir in Minsk mit, dass ich meine Anfrage bezüglich eines Treffens mit weiteren Personen meiner Liste in schriftlicher Form an den Minister für Inneres Naumov bzw. an den Generalstaatsanwalt Šejman richten sollte.

Diese Treffen hätten im Rahmen eines zweiten Besuches in Minsk Anfang Dezember, den ich als Berichterstatter für politische Fragen der Pressefreiheit widmete, organisiert werden können.

Wie ich meinen Gesprächspartnern in Minsk erklärte, hatte mein Besuch nicht das Ziel, eigenständige Ermittlungen in den Strafsachen durchzuführen und diejenigen zu bestimmen, die strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen sind. Mein Ziel war, aus neutraler Perspektive zu prüfen, ob die weißrussische Justiz die erforderlichen Ermittlungen durchführt.

Obwohl ich den formalen Forderungen in allen Details entsprach, wurden meine Anfragen bezüglich der Treffen am 3. Dezember abschlägig behandelt, und der Sekretär unseres Ausschusses, den ich gebeten hatte, mich in Minsk an diesem Tag zu begleiten, erhielt kein Einreisevisum. Der Grund hierfür, den Herr Konoplev mir im Rahmen eines Gespräches unter vier Augen mitteilte, war der, dass die weißrussische Seite sich eine Kopie des ersten Entwurfes dieses Memorandums beschafft hatte und der Präsident selbst Einwände gegen seinen Inhalt hatte. Ich äußerte scharfen Protest gegen ein solches inakzeptables und unmoralisches Verhalten und drückte Bedauern gegenüber Herrn Konoplev darüber aus, dass die Regierung seines Landes die Möglichkeit, durch zusätzliche Gespräche mit den von mir vorgeschlagenen weißrussischen Beamten ihre Sicht auf die Ereignisse detaillierter darzulegen, ungenutzt verstreichen ließ.

Der Charakter des weißrussischen Regimes, den dieser Vorfall illustriert, hat unsere Einschätzung der Tatsachen in dieser Sache maßgeblich beeinflusst. Weißrussland ist eine ehemalige Sowjetrepublik, in der fundamentale demokratische Reformen bisher nicht umgesetzt wurden. Das politische System ist hochgradig zentralisiert, alle Vollmachten der Regierung werden direkt oder indirekt vom Präsidenten kontrolliert. Vertikale Strukturen, die mit Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind, sind abgesichert durch einen mächtigen Sicherheitsapparat, der die Bürger ständig überwacht und offensichtlich mit den dafür erforderlichen Mitteln ausgestattet ist, von denen er auch Gebrauch macht. Die Glaubwürdigkeit der offiziellen „Version“, dass bekannte Vertreter des politischen Lebens einfach „verschwinden“ können und die Regierung nicht in der Lage ist, den Ort ihres Verbleibens ausfindig zu machen, sollte vor diesem allgemeinen Hintergrund geprüft werden.

Ich möchte anmerken, dass dieses einleitende Memorandum meinen derzeitigen Informationsstand widerspiegelt. Da ich der weißrussischen Regierung bereits weitgehende Möglichkeiten eingeräumt habe, ihre Sicht auf die Ereignisse darzulegen, würde ich ihr gerne in Minsk öffentlich dieses Memorandum übergeben. Wenn der Ausschuss dem zustimmt,

dann würde ich die Regierung gerne dazu auffordern, etwaige Punkte, denen sie nicht zustimmt, zu korrigieren und Informationen anzuführen, die eine Änderung der Schlussfolgerungen rechtfertigen, die ich hoffentlich im Endbericht Anfang nächsten Jahres vorstellen kann.

B. Vorläufige Schlussfolgerungen

Meine vorläufige Schlussfolgerung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist, dass die zuständigen weißrussischen Strafverfolgungsorgane die erforderlichen Ermittlungsarbeiten in den vorliegenden Fällen nicht durchgeführt haben. Im Gegenteil zwingen mich Gespräche, die ich in Minsk im Zusammenhang mit den Aussagen von Herrn Alkaev gegenüber dem Unterausschuss geführt habe, sowie Dokumente und Kopien, über die ich verfüge, zu der Annahme, dass auf höchster staatlicher Ebene bewusst Schritte unternommen wurden, um die Hintergründe des Verschwindens von Personen zu verdecken, und zu dem Verdacht, dass höchste Staatsbeamte selbst in diese Fälle des Verschwindens involviert sein könnten.

Mir ist vollkommen bewusst, dass es sich hier um schwerwiegende Behauptungen handelt und ich eine Auswertung von Informationen darstelle, die mich zu diesen vorläufigen Schlussfolgerungen geführt haben; ich gehe davon aus, dass die Generalversammlung sie in allen Konsequenzen wird nachvollziehen können.

C. Die Basis meiner Schlussfolgerungen

10. Meine vorläufigen Schlussfolgerungen basieren auf Informationen, die unter anderem mit folgenden Fragen und gravierenden Widersprüchen zusammenhängen, in einigen Fällen auch mit offensichtlichen Lügen, die zutage traten, als ich die Informationen analysierte und meinen Gesprächspartnern in Minsk darlegte:

(1) die offizielle Exekutionswaffe, die zu zwei mit dem Verschwinden von Zaharenko, Gončar und Krasovskij zusammenfallenden Zeitpunkten in der Untersuchungshaftanstalt №1 ausgehändigt wurde;

(2) Zeugenaussagen und Beweisstücke, die auf den Ort der Entführung von Gončar

- und Krasovskij hinweisen;
- (3) die vom General der Miliz Lopatik am 21. November 2000 handschriftlich verfasste Beschuldigung;
 - (4) die Verhaftung und baldige Freilassung des Oberst Pavličenko im November 2000;
 - (5) die schriftliche Mitteilung des ehemaligen Generalstaatsanwalts Boželko an seinen russischen Amtskollegen, verbunden mit der Bitte um Bereitstellung von Spezialausrüstung;
 - (6) weitere Details über den ehemaligen Generalstaatsanwalt Boželko, über die mich Herr Leonov informierte;
 - (7) personelle Veränderungen auf höchster Ebene der Streitkräfte im November 2000;
 - (8) der nicht öffentlich geführte Prozess gegen die „Ignatovič-Bande“.

11. Bevor ich diese Fragen im einzelnen darstelle, möchte anmerken, dass meine offiziellen Gesprächspartner in Minsk sich offensichtlich im voraus über eine gemeinsame Position abgestimmt hatten. Alle drei gaben an, dass die weißrussischen Geheimdienste in ausreichendem Umfang mit Waffen ausgerüstet seien, die es ihnen erlaubt hätten, beliebige Operationen durchzuführen, ohne sich von Herrn Alkaev eine Schusswaffe auszuleihen. Alle drei betonten (wie auch der Außenminister Martynov), dass eine große Zahl von Personen (mehrere Hundert) jährlich in Weißrussland verschwinde, einige von ihnen aber früher oder später wieder auftauchten (mit Hinweis auf den Fall Vinnokova, die ehemalige Leiterin der Nationalbank, von der die Opposition behauptete, sie sei aus politischen Gründen „verschwunden“, bis sie später in London wieder „auftauchte“).

1. Die offizielle Exekutionswaffe

12. Die „Version“, die den Familienangehörigen der Opfer und deren Rechtsanwälten präsentiert wird, besagt, dass die offizielle Exekutionswaffe ПБ-9 bestimmungsgemäß im Rahmen einer „offiziellen“ Vollstreckung eines geheimen Todesurteils gegen drei als „Verräter“ betrachtete Personen ausgehändigt worden war, um damit die Soldaten, die dafür eingesetzt wurden, bei der Vollstreckung psychologisch zu unterstützen. Diese Version erscheint bereits auf den ersten Blick als angestrengt.

13. Es gilt allerdings als gesichert (und kann leicht bewiesen werden), dass die offizielle Schusswaffe, die für die Vollstreckung von Todesurteilen in Weißrussland

verantwortliche Alkaev verwahrte, tatsächlich zweimal auf Anweisung des damaligen Innenministers Sivakov ausgehändigt wurde, und zwar in Zeiträumen, die mit dem Verschwinden von Zaharenko am 7. Mai 1999 sowie von Krasovskij und Gončar am 16. September 1999 zusammenfallen.

14. Sicher ist ebenfalls, dass der Soldat der SOBR-Gruppe (eine Sondereinsatztruppe des Ministeriums für Inneres) Pavličenko (Halter eines roten BMW, ein solches Fahrzeug wurde am Ort der Entführung von Gončar und Krasovskij gesehen), bei einer der Erschießungen, die von der Gruppe Alkaevs ausgeführt wurden, anwesend war und sich nach Aussage von Alkaev „verdächtig“ benahm. Im November 2000 machte Alkaev gegenüber den Untersuchungsführern der Staatsanwaltschaft detaillierte Aussagen und überließ ihnen als Beweismittel die Pistole und das Registrierungsbuch über deren Aushändigung.

15. Die Regierungsbeamten haben für die zeitlich befristete Aushändigung der Pistole keine andere Erklärung. Während meines Besuches in Minsk unternahm Sivakov den Versuch, die erste Herausgabe der Pistole im Mai 1999 zu erklären, die zweite im September 1999 allerdings versuchte er nicht zu erklären. Er vertrat den Standpunkt, dass das Zusammenfallen der Aushändigung der Waffe und der beiden Vorfälle des „Verschwindens“ der Personen ein reiner Zufall sei.

16. Was die erste Aushändigung der Pistole betrifft, so erläuterte Sivakov detailliert, dass diese im Zusammenhang mit einer genauen Überprüfung des Strafvollzugssystems stand, unter anderem auch des Systems der Vollstreckung von Todesstrafen, die er als Kritiker der Todesstrafe während seiner Amtszeit veranlasst hatte durchzuführen. Er hatte diese Aufgabe Herrn Pavličenko übertragen, einem hoch qualifizierten Offizier der Sondereinsatztruppe SOBR des Ministeriums für Inneres, der ein viel versprechender Kandidat dafür war, durch herausragende militärische Verdienste auf sich aufmerksam gemacht hatte und sich großer Beliebtheit bei den Soldaten erfreute. Herr Pavličenko ist gegenwärtig Stellvertreter von Sivakov in seiner Funktion als Präsident einer gesellschaftlichen Vereinigung der Armeeangehörigen (aktiver und solcher im Ruhestand), der Sonderstreitkräfte und ihrer Familien.

Auf meine Frage hin erklärte Sivakov, dass die Ergebnisse der Untersuchung des Strafvollzugssystems aufgrund des vertraulichen Charakters der gestellten Fragen nur in mündlicher Form vorgestellt wurden. Sivakov bekräftigte, dass die fragliche Untersuchung

die Aushändigung der Pistole in der Untersuchungshaftanstalt № 1 einschloss, denn die Notwendigkeit der Anschaffung einer neuen Pistole sollte ebenfalls überprüft werden. Es waren damals Pläne erarbeitet worden, 40 km von Minsk entfernt eine neue Strafvollzugsanstalt zu errichten, die auch für Hinrichtungen ausgestattet werden sollte. Die heute gültige Praxis der Erschießung von Verurteilten in einem Gefängnis im Zentrum von Minsk war nicht mehr zulässig. Sivakov betonte, dass seine Entscheidungen alle mit der Frage der Einführung eines Moratoriums für Hinrichtungen zusammenhingen, die unlängst vom weißrussischen Parlament gefordert worden waren.

17. Auf meine nächste Frage, warum die Pistole ein zweites Mal vier Monate später ausgehändigt worden war, antwortete er, dass er sich nicht daran erinnere, eine Anweisung dieses Inhalts erteilt zu haben. Ich erinnerte Sivakov daran, dass sein Vertreter Čvankin gegenüber Staatsanwalt Čumačenko ausgesagt hatte, die Pistole sei für die „Ausführung von „Sonderoperationen, nicht zu Übungszwecken“ eingesetzt worden. Nachdem Čvankin sich weigerte, über den Einsatz der Waffe eine konkretere Aussage zu machen, richtete Staatsanwalt Čumačenko eine Anfrage an das Ministerium für Inneres, ob mit dieser Waffe etwaige operative Maßnahmen durchgeführt worden seien, er zeigte sich mit einer Antwort zufrieden, aus der er lediglich schließen konnte, dass es unmöglich sei, „zuverlässig darüber zu urteilen, ob die an V.N. Dik und V.P. Kolesnik ausgehändigte Waffe für operative Maßnahmen und Fahndungen von Mitarbeitern des Innenministeriums eingesetzt worden ist“.

18. Ich fragte Sivakov, ob er nicht konkretere Aussagen machen könne. Er konnte es nicht. Er sagte nur, dass die zweite Aushändigung der Waffe auch operative, technische Gründe gehabt haben mochte.

19. Was die erste Aushändigung der Waffe im Mai 1999 betrifft, so erklärte Sivakov detailliert, dass sie mit der oben erwähnten Überprüfung des weißrussischen Strafvollzugssystems im allgemeinen, der bei der Vollstreckung der Todesstrafe angewandten Methode im einzelnen zusammenhing. Ich überlasse es Ihnen zu bewerten, ob diese Erklärung glaubwürdig ist, die unter anderem auch einen Vergleich mit Methoden enthält, die in anderen europäischen Ländern (Ja!) bei der Vollstreckung der Todesstrafe angewendet werden, sowie auch die Behauptung, eine so groß angelegte Untersuchung sei mündlich durchgeführt und dem Soldaten der Sondereinsatztruppe Pavličenko ohne entsprechende Qualifikation anvertraut worden. Am Ende schloss Sivakov nicht aus, dass sich möglicherweise auch

schriftliche Dokumente über die Verwendung der Waffe fänden, sofern man nach ihnen suche. Doch bis zum heutigen Tag wurde mir trotz meiner wiederholten Anfragen bei Herrn Konoplev und anderen Beamten kein schriftliches Dokument vorgelegt. Dieser Umstand weist meiner Einschätzung nach darauf hin, dass keines existiert.

20. Für wie glaubwürdig man die Erklärung von Sivakov auch befinden mag, festzuhalten bleibt, dass sie nur einen Fall der Herausgabe der Pistole betrifft. Die von Sivakov angeführten Erklärungen beider Waffenaushändigungen haben – und das ist noch wichtiger – seit seiner ersten Vernehmung durch den Staatsanwalt Čumačenko bedeutende Veränderungen erfahren. Hinzu kommt, dass der damalige Adjutant von Sivakov V.P. Kolesnik, der sich anfangs den Untersuchungsführern gegenüber dazu bekannt hatte, den Anweisungen gemäß die Pistole Sivakov ausgehändigt zu haben, später in diesem wichtigen Punkt seine Aussage änderte.

21. Die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft nicht auf einer Klärung der unverständlichen und offensichtlich fragwürdigen Antworten von Čvankin und dem Innenministerium auf ihre Anfragen über die genaue Verwendung der Pistole beharrte, weist ebenfalls darauf hin, dass in dieser wichtigen Frage die Ermittlungen nicht mit der notwendigen Entschiedenheit durchgeführt wurden.

2. Zeugenaussagen und Beweismittel (Farbspuren, Autoteile) über den Ort der Entführung von Gončar und Krasovskij

22. Der Bericht von Čumačenko ist auf detaillierten Aussagen von Zeugen gestützt, die einen roten, neben der Sauna, vor der Gončar und Krasovskij entführt worden waren, geparkten BMW bemerkt sowie verdächtige Aktionen einiger junger Männer in Uniform beobachtet hatten. Čumačenko erwähnt auch, dass bei einer Besichtigung des Tatortes verschiedene Teile eines Autos, Blutflecken und Bremsspuren sowie Hinweise auf den Aufprall eines roten Autos auf einen Baum festgestellt und rote Lackteilchen für eine Analyse mit Vergleichsmustern sichergestellt worden waren. Das gerichtliche Gutachten über zwei Holzstücke „kommt zu dem Schluss, dass Mikroteilchen eines roten Acryl – Kunstharzlackes in das Holz eingedrungen waren. Der Lack konnte in einer vergleichenden Analyse hinsichtlich seiner allgemeinen Merkmale bestimmt werden. Die Spuren auf dem Holz sind durch einen starken Aufprall entstanden.“

23. Ich stellte Innenminister Naumov die Frage, ob die am Ort der Entführung von Gončar und Krasovskij sichergestellten Lackspuren mit dem Lack des roten BMW von Pavličenko verglichen worden seien. Er antwortete, dies sei die Aufgabe der Untersuchungsführer der Staatsanwaltschaft. Als ich die gleiche Frage später, während eines Treffens am gleichen Tag Generalstaatsanwalt Šejman stellte, antwortete er, die Staatsanwaltschaft habe keinen Grund dafür gesehen, eine Lackprobe von Pavličenkos Auto zu nehmen, denn die im Rahmen der Ermittlungen vernommenen Zeugen hätten sich nicht an ein solches Auto erinnert, sondern lediglich von Autos russischer Hersteller wie „Žiguli“; „Moskvič“ und so weiter gesprochen. Außerdem seien die sichergestellten Lackspuren nicht rot, sondern kirschfarben, so wie der „Jeep“, den Krasovskij gefahren habe.

24. Als ich Šejman die Aussagen Čumačenkos präsentierte, bot er an, eine „schriftliche Klärung“ Čumačenkos zu dieser Frage anzufordern.

25. Angesichts der Tatsache, dass Oberst Pavličenko nicht nur von den Angehörigen der Vermissten, sondern auch von General Lopatik, dem Leiter der für die Ermittlungen zuständigen Kriminalpolizei verdächtigt wurde, halte ich die Unterlassung eines Lackvergleichs eindeutig für verabredet und einen Versuch, Spuren zu verdecken. Dieser einfache Ermittlungsschritt und einige weitere, die von den Rechtsanwälten der Angehörigen in einer an den Staatsanwalt gerichteten Anfrage aufgezählt, jedoch nicht berücksichtigt wurden, könnten das Fahrzeug von Pavličenko in das Entführungsszenario einbeziehen und ein außerordentlich wichtiges Element einer indirekten Aussage gegen ihn darstellen.

3. Die von General Lopatik mit Datum vom 21. November 2000 handschriftlich verfasste Beschuldigung

26. General Lopatik, Leiter der weißrussischen Kriminalpolizei, hat einen handschriftlichen Brief mit Datum vom 21. November 2000 an Innenminister Naumov verfasst. In diesem Brief beschuldigt er V. Šejman (damals Sekretär des Sicherheitsrats, heute Generalstaatsanwalt), die physische Vernichtung des ehemaligen Innenministers J. Zaharenko angeordnet zu haben. Diese Anweisung soll der Kommandeur der SOBR-Gruppe Pavličenko mit Unterstützung des damaligen Innenministers Sivakov, der Pavličenko mit der Pistole ПБ-9 aus dem Waffenarsenal der Untersuchungshaftanstalt №1 ausrüstete, ausgeführt haben. Diese Waffe,

so schlussfolgert General Lopatik, kam am 16. September 1999 zum Einsatz, als Gončar und Krasovskij verschwanden.

27. Nach Bekanntwerden dieses handschriftlichen Briefes (ergänzt um eine handschriftliche Anweisung von Innenminister Naumov, die eine an General Lopatik verfasste Bitte um „Ausführung“ beinhaltete) wurde von Regierungsseite behauptet, es handle sich um eine Fälschung. Erst als ich die Möglichkeit einer graphologischen Expertise, und sei es auf Basis einer Fotokopie, über die wir verfügten, ins Gespräch brachte, wurde die Echtheit des Briefes anerkannt: während meines Aufenthaltes in Minsk bekräftigten zu meinem großen Erstaunen sowohl Innenminister Naumov, der Adressat des Briefes von Lopatik, als auch Generalstaatsanwalt Šejman, dass der fragliche handschriftliche Brief tatsächlich von General Lopatik verfasst und von Naumov gegengezeichnet worden war. Naumov und Šejman sagen jetzt, dass die Schlussfolgerungen von Lopatik nicht zutreffend seien und dass es auch andere „Versionen“ dieses Schreibens gäbe, die glaubwürdiger seien. Dass ausgerechnet dieses Dokument und einige weitere in dieser offiziellen Sache verschickt worden seien, zeuge von einer nicht objektiven Auswahl, die dazu diene, eine den Präsidenten belastende „Version“ zu stützen, also als Wahlkampfstrategie der Opposition anzusehen sei. Bitte beachten Sie, dass mir, obwohl ich bekundet hatte, keine andere „Version“ des Lopatik-Briefes als die verschickte gesehen zu haben, bis heute keinerlei weiteren Versionen gezeigt wurden.

28. Ich fragte Naumov und Šejman, wie sie auf die von dem General der Miliz Lopatik aufgestellten Behauptungen reagiert hätten.

29. Naumov antwortete, er habe den Brief an den Untersuchungsführer der Staatsanwaltschaft zur Überprüfung weitergeleitet. So war es Šejman, der für die Prüfung der Beschuldigung des Leiters der Miliz zuständig war, er habe in seinem vorherigen Amt einige politische Morde in Auftrag gegeben.

30. Šejman bekundete, der in dem Brief enthaltene Hinweis sei „genau überprüft“ worden, aber meine Fragen nach Einzelheiten der Ermittlungsarbeiten blieben unbeantwortet.

31. Ich halte die Behauptung, es seien gründliche Ermittlungen durchgeführt worden, für gegenstandslos, wenn ich bedenke, dass selbst ein Vergleich der am Tatort sichergestellten

roten Farbe mit der roten Farbe jenes Autos nicht durchgeführt wurde, das der in dem Brief von General Lopatik erwähnte Verdächtige fuhr.

32. Da der Innenminister und der Generalstaatsanwalt zu dem Schluss gekommen waren, dass die Beschuldigung von General Lopatik gegenstandslos seien, wollte ich wissen, welche juristischen oder disziplinarischen Maßnahmen gegen General Lopatik eingeleitet worden seien.

33. Die Antwort lautete, wobei Naumov und Šejman ähnliche Formulierungen verwendeten, dass man gegen General Lopatik aus humanen Erwägungen keine harten Maßnahmen eingeleitet hatte, da er Anfang 2001 ernsthaft erkrankt sei und um vier Monate früher als geplant aus seinem Amt hätte zurücktreten müssen.

34. Ich glaube ehrlich gesagt nicht, dass „humane Erwägungen“ in irgendeinem Land Angehörige der Regierung davon abhalten könnten, Disziplinarstrafen oder strafrechtliche Verfolgungen gegen einen hochgestellten Staatsbeamten einzuleiten, der sich der Verleumdung schuldig gemacht hat und die höchsten Vertreter des Staates bezichtigt, die Ermordung dreier Oppositioneller durch den Geheimdienst beauftragt zu haben, der seine Behauptungen noch nicht einmal zurücknimmt, nachdem sie veröffentlicht wurden, der sich beharrlich weigert, seine Informationsquellen offen zu legen, sogar seinem Minister gegenüber, der auch, nachdem er vorgeladen wurde, eine Aussage verweigert. Die Regierung hat es eindeutig vorgezogen, einen öffentlichen Gerichtsprozess zu vermeiden, bei dem Beweise aufgenommen und Zeugen verhört worden wären.

35. Daher fasse ich den Bericht von General Lopatik selbst, seinen Inhalt und vor allem die Weise, in der in dieser Sache „Ermittlungen“ durchgeführt worden sind, als Bekräftigung meiner oben ausgesprochenen vorläufigen Schlussfolgerungen. Wenn man berücksichtigt, dass das präsidentiale System mit kaum begrenzter Macht ausgestattet ist, wenn man berücksichtigt, wie es das Land beherrscht, kann ich kaum glauben, dass die beschriebenen Vorgänge ohne das Wissen des Präsidenten stattfinden konnten. Ich fühle mich in meiner Meinung bestärkt durch Erklärungen des Präsidenten, die im Aufruf an Frau Gončar und Frau Krasovskaja, an Herrn Latypov, den Leiter der Präsidentenadministration, Herrn Nevyglas, dem Sekretär des Sicherheitsrates und Herrn Erin, dem Vorsitzenden des Komitees für Staatssicherheit zitiert sind.

4. Verhaftung und baldige Entlassung des Oberst Pavličenko im November 2000

36. Pavličenko wurde am 22. November 2000 verhaftet, d.h. ein Tag nach der Kenntnisnahme der von General Lopatik geäußerten Beschuldigung durch Innenminister Naumov. Der Haftbefehl, der vom damaligen Vorsitzenden des KGB Mackevič unterzeichnet und von Generalstaatsanwalt Boželko gebilligt worden war, besagt folgendes:

37. „Die Materialien der operativen Ermittlung enthalten glaubwürdige Informationen, die darauf hinweisen, dass Dmitrij Vasil’evič Pavličenko Organisator und Leiter einer kriminellen Struktur ist, die im Zusammenhang steht mit der Entführung und physischen Vernichtung von Menschen. Die von Dmitrij Vasil’evič Pavličenko geleitete Gruppe war beteiligt an der Ermordung von G.V. Samojlov, dem Leiter der nicht registrierten weißrussischen Organisation „Russische Nationale Einheit“ sowie auch an der Ermordung anderer Menschen. Mit Rücksicht auf die Tatsache, dass D.V. Pavličenko und die ihm unterstehende kriminelle Gruppe weitere Gewaltverbrechen begehen könnten, (...) wurde beschlossen, (über ihn eine Vorbeugehaft von 30 Tagen zu verhängen).“

38. Unbesehen der im Haftbefehl festgelegten Haftdauer wurde Pavličenko im Laufe der darauf folgenden Tage wieder entlassen. Generalstaatsanwalt Šejman erläuterte in einem Brief an V.D. Frolov, einem Mitglied des Repräsentantenhauses der weißrussischen Nationalversammlung, der Informationen über die Fälle des Verschwindens von Personen angefordert hatte, dass Pavličenko festgenommen worden sei, weil er im Verdacht stehe, an Gewalthandlungen gegen A.V. Gračev beteiligt gewesen zu sein, wegen der die weißrussische Staatsanwaltschaft ermittele. Am darauf folgenden Tag wurde Pavličenko „auf Weisung der obersten Offiziere des KGB und aufgrund dessen, dass seine Verhaftung unberechtigt sei“ entlassen, wie mir Šejman erklärte und was aus dem oben erwähnte Brief des Generalstaatsanwalts an D.V. Frolov hervorgeht, auf den ich weiter unten noch eingehen werde. Šejman hatte also Frolov nicht die Wahrheit gesagt, denn Pavličenko war nicht auf der von Šejman beschriebenen Grundlage verhaftet worden, sondern weil er mutmaßlich Samojlov und andere Personen ermordet hatte.

39. Die Familien der Vermissten und ihre Rechtsanwälte sowie auch Alkaev bekräftigen, der Vorsitzende des KGB Mackevič habe angeordnet, im Rahmen der Ermittlung in den Fällen des „Verschwindens“ der vier Personen Vorbeugehaft zu verhängen, den Haftbefehl aber auf andere Beschuldigungen gestützt, um die Festnahme zu realisieren.

40. Der ehemalige Landwirtschaftsminister Leonov, den ich in Minsk getroffen hatte, sagte, dass Präsident Lukašenko selbst den KGB wegen der Verhaftung von Pavličenko scharf kritisiert habe. Diese Aussage scheint glaubwürdig zu sein, wenn man bedenkt, dass Pavličenko bald nach seiner Festnahme wieder entlassen wurde, obwohl man ihn aufgrund eines Haftbefehls festgenommen hatte, den der Vorsitzende des KGB unterzeichnet und der Generalstaatsanwalt gebilligt hatte. Wer, frage ich mich, verfügte über die Macht, ihn aus der Haft zu entlassen, die man über ihn wegen einer Serie von Morden verhängt hatte? Herr Leonov bekräftigte mir gegenüber ebenfalls, der damalige Generalstaatsanwalt Boželko habe ihm persönlich gesagt, dass er den Standpunkt von Lopatik und Mackevič teile. Die Angehörigen der Vermissten berichten, dass Pavličenko sich während seiner Haft zu den Morden an den Vermissten und zu seinen Motiven bekannt habe, dass dieses Geständnis auf dem Computer des KGB gespeichert sei. Ich bat um Aufzeichnungen der Vernehmung von Pavličenko während seiner Haft.

41. Obwohl noch nicht bis zuletzt geklärt ist, warum mir die Aufzeichnungen der Vernehmung von Pavličenko nicht zur Verfügung gestellt wurden, Boželko und Mackevič aber schweigen, so bin ich tief ergriffen von der unstrittigen Tatsache, dass Oberst Pavličenko, den mir der ehemalige Innenminister Sivakov in sehr warmen Worten als zuverlässigen und vielversprechenden Offizier beschrieben hatte, auf Weisung des Vorsitzenden des KGB und des Generalstaatsanwalts verhaftet worden war, weil er unter Verdacht stand „Organisator und Leiter einer kriminellen Struktur zu sein, die im Zusammenhang steht mit der Entführung und physischen Vernichtung von Menschen.“

42. Die Tatsache, dass der Generalstaatsanwalt dem Abgeordneten nicht die Wahrheit schrieb, ist ein weiterer offensichtlicher Beweis der Verschleierung. Wie konnten außerdem allein „Oberste Offiziere“, wie Šejman an Frolov schrieb, Pavličenko nach 24 Stunden aus der Haft entlassen, obwohl der vom KGB-Vorsitzenden unterzeichnete (und vom damaligen Generalstaatsanwalt gebilligte) Haftbefehl gegen ihn auf einen Monat lautete? Wie konnten 24 Stunden während Ermittlungsarbeiten die Unschuld von Pavličenko beweisen?

5. Mitteilung über den Brief des ehemaligen Generalstaatsanwalts Boželko an seinen russischen Kollegen mit der Bitte um Spezialausrüstung

43. Die Angehörigen der Vermissten und Herr Leonov sagten mir, dass der ehemalige Generalstaatsanwalt Boželko gleiche Schlussfolgerungen zog wie der General der Miliz Lopatik. Er soll am 21. November 2000 seinem russischen Amtskollegen, dem Generalstaatsanwalt Ustinov, geschrieben und ihn gebeten haben, ihm Spezialausrüstung und Fachleute für das Auffinden vergrabener Leichen zur Verfügung zu stellen. Diese Anfrage war wiederum angeblich durch einen anderen Brief mit Datum vom 27. November ersetzt worden, dem Tag, an dem O. Boželko und V. Mackevič, KGB-Vorsitzender, ihrer Ämter enthoben wurden.

44. Generalstaatsanwalt Šejman, der Nachfolger von Boželko, stritt auf meine Nachfrage kategorisch ab, dass es diese Briefe gegeben habe. Der Stellvertreter des Staatsanwalts erläuterte, es habe keinen offiziellen Vermerk über diesen Brief gegeben. Er konnte aber nicht ausschließen, dass ein solcher Brief vom Büro Boželkos aus „privat“ abgeschickt wurde.

45. Zweifellos wäre es sehr interessant zu erfahren, ob dieser Brief tatsächlich existierte, denn er hätte nur dann Sinn, wenn die Untersuchungsführer näherungsweise oder sogar exakt über den Ort, an dem die Leichen vergraben sind, informiert sind.

6. Weitere Einzelheiten über die Geschichte des ehemaligen Generalstaatsanwalt Boželko, über die Leonov berichtet hat

46. Herr Leonov erzählte mir außerdem in Minsk, dass Boželko, der bislang in Minsk lebte, aber nie telefonisch erreichbar war, ihm persönlich und in Anwesenheit von Zeugen, unter ihnen der bekannte russische Journalist Pavel Šeremet, berichtete, die fraglichen Fälle des Verschwindens von Personen seien von Šejman initiiert und von einer Spezialeinheit unter Leitung von Oberst Pavličenko ausgeführt worden, die der ehemalige Innenminister Sivakov gegründet hatte. Boželko erwähnte auch Videoaufzeichnungen von Geständnissen Pavličenkos. Herr Leonov erzählte mir auch, dass ihm während des letzten Wahlkampfes

Videofilme mit einem Geständnis Pavličenkos und Erschießungen angeboten wurden, er sie aber ablehnte, weil er davon ausging, dass es sich um Provokationen der Geheimdienste handelte.

47. Im Laufe unseres Gespräches in Minsk beschuldigte Herr Leonov direkt auch Präsident Lukašenko, Šejman eine entsprechende Anweisung erteilt zu haben. Er erzählte mir, Boželko habe ihm von einem Treffen mit dem Präsidenten berichtet, während dem Boželko, damals noch Generalstaatsanwalt hörte, wie General Lopatik den Präsidenten fragte, wer ihn berechtigt habe, den General (gemeint war General Zaharenko, der als erster verschwand) zu töten, worauf der Präsident diese Tatsache nicht abgestritten haben soll, aber den Anwesenden vorwarf, seine Position zu schwächen und ihn zur Einnahme von Medikamenten zu zwingen, weil sie ihn so aufregten.

48. Nach Aussage der Rechtsanwälte der Angehörigen wurden Mackevič und Boželko überhaupt nicht von den Untersuchungsführern befragt, die die Fälle des Verschwindens der Personen bearbeiteten. Das ist nach meiner Ansicht ein weiteres schwerwiegendes Versäumnis. Herr Leonov ist ein interessanter „indirekter Zeuge“, aber eine Aussage der beiden Schlüsselfiguren würde natürlich am meisten zur Klärung der Sachlage beitragen.

7. Personelle Änderungen bei den Streitkräften der höchsten Ebene im November 2000

49. Die Rechtsanwälte der Angehörigen und Herr Leonov informierten uns darüber, dass am 27. November 2000 Generalstaatsanwalt Boželko seines Amtes enthoben und durch Šejman ersetzt wurde, den ehemaligen Leiter des Sicherheitsrates. Nach Aussage der Rechtsanwälte der Angehörigen konnte Šejman zum Zeitpunkt seiner Ernennung keinerlei juristische Ausbildung nachweisen, obwohl der Gesetzgeber fordert, dass der Generalstaatsanwalt Jurist ist. Der Präsident selbst, der wegen dieser Ernennung kritisiert wurde, nahm öffentlich die Verantwortung für diese Entscheidung auf sich.

50. Am gleichen Tag wurde der Vorsitzende des KGB seines Amtes enthoben. Nach Aussage von Leonov beschimpfte ihn Präsident Lukašenko im Fernsehen für die Verhaftung des

Oberst Pavličenko. Bald darauf erkrankte der Leiter der Miliz, General Lopatik ernsthaft und wurde deswegen frühzeitig aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt.

51. Die Angehörigen der Vermissten gehen davon aus, dass Boželko, Mackevič und Lopatik deshalb ihrer Ämter enthoben oder in den Ruhestand versetzt wurden, weil sie der Wahrheit über die Fälle des Verschindens von Personen zu nahe gekommen waren. Demgegenüber erklärte ein Pressesekretär beim Präsidentenamt am 27. November, die personellen Änderungen seien die Folge der „Unzufriedenheit des Präsidenten darüber, dass viele wichtige Ermittlungssachen sich ungerechtfertigt lang hinziehen.“

52. Meiner Meinung nach - wenngleich die Unzufriedenheit des Präsidenten als vollkommen verständlich erscheint - muss der Zeitpunkt der personellen Änderungen, an dem wichtige Ereignisse zusammenfallen, die mit den Fällen des Verschwindens von Personen zusammenhängen (der handschriftlich verfasste Brief von General Lopatik, die Verhaftung Pavličenkos auf Weisung von Mackevič und Boželko, die Aussagen von Alkaev), schwerwiegenden Verdacht nähren.

8. Nicht öffentlicher Prozess gegen die „Igantovič-Bande“

53. Ab dem 24. Oktober 2001 wurden auf geschlossenen Sitzungen vier Männer (V. Ignatovič, M. Malik, A. Guz und S. Savuškin) für die Entführung von Zavadskij verurteilt. Herr Aksenčik, der Rechtsanwalt, der die Mutter von Zavadskij vertritt, beantragte bei Gericht, den Prozess öffentlich zu führen, der Antrag wurde allerdings abgelehnt. Einige von den Rechtsanwälten der Familie Zavadskij gestellte Anträge auf Gewährung von Informationen über den Prozess wurden zurückgewiesen. Am 14. März 2002 wurden die vier Männer wegen der Entführung von Zavadskij (nicht wegen seiner Ermordung, denn seine Leiche war nicht gefunden worden) zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Die Grundlage dieser Verurteilung war unter anderem eine Schaufel, die man im Auto von Ignatovič gefunden hatte und an der Blutspuren von Zavadskij festgestellt worden waren. Die Verurteilten halten, so heißt es, an ihrer Unschuld fest und nennen den Prozess eine Farce. Der ehemalige Generalstaatsanwalt Boželko nahm nach Aussage eines Rechtsanwaltes der Angehörigen als Zeuge am Prozess teil, aber er verweigerte fast in allen Punkten die Aussage und machte von seinem Recht nach der Strafprozessordnung Gebrauch, als Untersuchungsführer seine Quellen zu schützen.

54. Diese Verurteilung präsentierten mir der Innenminister und der Generalstaatsanwalt als Teilentscheidung in der Strafsache Zavadskij.

55. Laut Anklage ist das Tatmotiv für das Verbrechen, das Ignatovič und seine Bande gegen Zavadskij begangen haben, Rache. Zavadskij hatte Ignatovič öffentlich beschuldigt, sich an kriegesischen Handlungen in Tschetschenien auf der Seite der Aufständigen beteiligt zu haben.

56. Die Mehrzahl meiner Gesprächspartner unter den Angehörigen bekräftigten, das Verschwinden von Zavadskij stünde in einer Linie mit dem Verschwinden von Zaharenko, Gončar und Krasovskij, denn es sei ähnlich motiviert, nämlich durch Vergeltung des „Verrats“ gegen den Präsidenten, für den Zavadskij einmal als persönlicher Kameramann gearbeitet hatte, bevor er begann, als Journalist „feindlicher“ Medien gegen ihn zu operieren.

57. Ich halte es vor dem Hintergrund, dass die Schusswaffe nicht im zeitlichen Umfeld des Verschwindens von Zavadskij ausgehändigt wurde, für durchaus denkbar, dass es keinen direkten organisatorischen Zusammenhang zwischen diesem Fall und den drei weiteren Fällen des Verschwindens von Personen gibt. Es kann sein, dass die „Ignatovič-Bande“ Zavadskij ermordet hat, weil Ignatovič eine persönliche Rechnung mit dem Journalisten begleichen wollte, die Mitglieder dieser Bande oder einige von ihnen wiederum unabhängig davon zu einem geheimen Schießkommando in anderen Fällen zusammengezogen worden sind. Jedenfalls hält die Behauptung, es sei notwendig gewesen, eine nicht öffentliche Verhandlung zu führen, weil andernfalls die Zeugen es nicht gewagt hätten, auszusagen, keiner Kritik stand. Hätten die Zeugen die Bande gefürchtet, so wäre es gleichgültig gewesen, ob die Verhandlung offen oder geschlossen geführt wird, denn die Bandenmitglieder waren in jedem Fall im Gericht anwesend.

D. Konsequenzen

58. Dies ist nur ein vorläufiges Memorandum und ich schlage noch keinerlei konkreten Verfahren zu seiner Verabschiedung durch die Generalversammlung vor. Etwaige Vorschläge von Kollegen während der Diskussion im Ausschuss werde ich gerne aufnehmen, einschließlich solcher, die eine weitere Prüfung der Möglichkeit ihrer Realisierung erforderlich machen.

59. Auf dem Wege eines „Brainstorming“ bin ich zu folgenden Möglichkeiten gelangt (ohne selbst irgendeine Entscheidung getroffen zu haben):

Die Generalversammlung könnte:

- die Durchführung einer unabhängigen Ermittlung durch kompetente weißrussische Organe fordern, nachdem der derzeitige Generalstaatsanwalt zurückgetreten ist, der beschuldigt wird, selbst in seinem vorherigen Amt die Entführungen organisiert zu haben;
- den Beginn einer strafrechtlichen Ermittlung fordern, mit dem Ziel, die mutmaßliche Beteiligung des derzeitigen Generalstaatsanwaltes, des derzeitigen Ministers für Sport (ehemals Innenminister) und eines hochgestellten Offiziers der Streitkräfte an den Fällen des Verschwindens von Personen zu klären; den mutmaßlichen Straftatbestand der Vereitelung der Rechtsprechung zu klären, der von einigen hochgestellten, in die bisherigen Ermittlungen einbezogen Beamten begangen wurde, die Beweismittel fälschten, verschleierten oder zurückhielten, um die tatsächlichen Straftäter zu decken;
- das weißrussische Parlament dazu aufrufen, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um Rechtsprechung zu ermöglichen, unter anderem den Rücktritt einiger hochgestellter Beamter zu fordern, um tatsächlich unabhängige Ermittlungen zu garantieren, sowie einen mit den notwendigen Ressourcen ausgestatteten parlamentarischen Ermittlungsausschuss zu gründen;
- die Mitgliedsstaaten des Europarates und die internationale Gemeinschaft insgesamt dazu aufrufen, maximalen politischen Druck auf die derzeitige politische Führung von Weißrussland auszuüben, unter anderem durch Sanktionen, bis zu dem Zeitpunkt, an dem vertrauenswürdige Ermittlungen in der Sache durchgeführt und die mutmaßliche Beteiligung hochgestellter Beamter am Verschwinden der Personen und seiner Verschleierung überprüft wurden;

- Gerichte solcher Länder anrufen, deren Gesetze in Fällen schwerer Menschenrechtsverletzung Vorrang internationaler Gerichtsbarkeit vor den nationalen Gerichten vorsehen, Verfahren gegen einige hochgestellte weißrussische Beamte einleiten, weil sie verdächtigt werden, aus politischen Motiven einen oder mehrere der vier vermissten Personen ermordet zu haben.

III. Aufzählung der nach Meinung des Antragstellers vorliegenden Straftatbestände nach § 5 Gerichtsstatut

15.

- (a) Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- (b) moralischer Sadismus
- (c) Verspottung der menschlichen Würde
- (d) Informations- und Psychoterror
- (e) Entwicklung von Mitteln für Mord und Gewalt
- (f) direkte und indirekte Aufforderung zu Verhaltensschemata, die zu unmoralischen und die menschliche Würde missachtenden Handlungen animiert

Erklärung entsprechend einer vorläufigen Entscheidung einer gesellschaftlichen Organisation oder eines Gerichtes

16. Die letzte interne Entscheidung ist mir nicht bekannt, aber ich weiß, dass im Laufe der vergangenen drei Jahre die Verwandten der Vermissten Jurij Zaharenko – des ehemaligen Innenministers der Republik Weißrussland; Viktor Gončar – Vizevorsitzender des Obersten Sowjets der Republik Weißrussland der 13. Einberufung; Anatolij Krasovskij – Unternehmer und öffentlich tätiger Bürger; Dmitrij Zavadskij – Journalist des ORT sowie auch Juristen von Menschenrechtsorganisationen in Weißrussland alle im Lande zur Verfügung stehenden Maßnahmen ergriffen haben, um die weißrussische Regierung dazu zu bewegen, eine umfassende, erschöpfende und objektive Ermittlung der Umstände des Verschwindens der Personen durchzuführen, deshalb richte ich meine Beschwerde an Ihr Gericht, das vielleicht die letztmögliche juristische Instanz ist.

17.

18. Verfügen Sie über irgendwelche Mittel der Verteidigung, die Sie noch nicht ergriffen haben?

Nein.

V. Darstellung des Gegenstandes der Beschwerde und Ihrer Forderungen

19. Meine tiefe Sorge um das Leben, die Sicherheit, Gesundheit und Würde der 10 Millionen Bürger und Bürgerinnen meines Landes, um die Zukunft der Souveränität, Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Demokratie der Republik Weißrussland hat mich dazu bewogen, mich an das Internationale Alternative Gericht zu wenden. In Weißrussland werden tagtäglich Menschenrechte zutiefst verletzt. Das betrifft vor allem die Beteiligung von Regierungsbeamten am Verschwindenlassen von Personen. Die offizielle weißrussische Propaganda behauptet, die Opposition sei für das Verschwinden von bekannten Bürgern Weißrusslands verantwortlich zu machen. Ich bin der Meinung, dass eine Regierung, die eine

solche Ideologie vertritt, moralisch und juristisch nicht das Recht hat, 10 Millionen Menschen zu regieren.

Ein vielsagendes Beispiel ist die Begeisterung für Adolf Hitler, einen Götzen von Aleksandr Lukašenko, dieses Beispiel verdient angemessener und verstärkter Aufmerksamkeit: Als der deutsche Korrespondent Markulis (Schreibweise des Namens ist nicht belegt, A.d.Ü.) nach Minsk fuhr, um ein Interview mit dem Präsidenten der Republik Weißrussland Aleksandr Lukašenko zu führen, da erklärte dieser während des Interviews am 23. November 1995 (zu diesem Zeitpunkt waren in Weißrussland noch keine Menschen verschwunden) im weißrussischen Radio, dass der Redakteur, der diesen Journalisten geschickt hatte, das „Meisterwerk“ auf seinen Seiten noch nicht veröffentlicht hat. In Deutschland werden nämlich Beschönigungen des Nationalsozialismus gesetzlich verfolgt. Für Lukašenko aber ist das die Norm! Urteilen Sie selbst: „Nicht nur alles schlechte war in Deutschland mit dem berühmten Adolf Hitler verbunden Die deutsche Ordnung hat sich nämlich im Laufe von Jahrhunderten herausgebildet. Unter Hitler erreichte diese Ordnung ihren Höhepunkt. Das ist es, was wir unter einer präsidentialen Republik und der Rolle des Präsidenten in ihr verstehen.“ Das sind nur einige wenige, nicht die radikalsten Zitate eines Mannes, der bereits über zehn Jahre das höchste staatliche Amt in Weißrussland bekleidet, nur mit Hilfe von Gewehr und Knüppel. Das erfüllt mich mit Sorge und ich habe eine Beschwerde verfasst, um Verfahren gegen hochgestellte weißrussische Beamte einzuleiten wegen mutmaßlichen politischen Mordes an einer oder vier vermissten Personen.

VI. Andere internationale Instanzen, bei denen die Sache anhängig war oder ist

20. Als ich in den Niederlanden als politischer Flüchtling anerkannt wurde, wandte ich mich an den niederländischen Premierminister Wim Kok und ersuchte darum, eine internationale Kommission zur Kontrolle über die Ermittlungen der Straftaten, die in der Republik Weißrussland vom Regime des Aleksandr Lukašenko begangen wurden, zu gründen und eine vollständige Untersuchung der Sache durchzuführen. Um den Internationalen Gerichtshof anzurufen, der seine Arbeit am 1. Juli 2002 aufnahm, und der Gesetzlosigkeit des Regimes von Aleksandr Lukašenko ein Ende zu bereiten und ihn, sowie auch andere hochgestellte Regierungsbeamte vor Gericht zu stellen, die mutmaßlich an den Morden beteiligt waren. Der Ministerpräsident wies den Außenminister der Niederlande an, die Situation in Weißrussland zu überprüfen. Am 23. Oktober 2002 erhielt ich ein Schreiben mit der Nummer DZO 299/02

von Mr. J.L.I. Van Hoorn aus dem Außenministerium der Niederlande, in dem mir die Adresse des Internationalen Strafgerichtshofes mitgeteilt wurde. Man empfahl mir, mich an dieses Gericht zu wenden, was ich auch tat. Ich schickte am 16. Juli 2003 mein Schreiben an den Internationalen Strafgerichtshof, auf das ich die Antwort Nr. OTR-CR-261/03 vom 18. Juni 2004 erhielt (die Kopie ist im Anhang).

Zwei Beschwerden habe ich an nationale Gerichte europäischer Länder gerichtet (Belgien und Niederlande). Ich habe den im Vorläufigen Memorandum von Christos Pourgourides „Vermisste Personen in Weißrussland“ enthaltenen Vorschlag umgesetzt, „Gerichte solcher Länder anzurufen, deren Gesetze in Fällen schwerer Menschenrechtsverletzung Vorrang internationaler Gerichtsbarkeit vor den nationalen Gerichten vorsehen, Verfahren gegen einige hochgestellte weißrussische Beamte einzuleiten, weil sie verdächtigt werden, aus politischen Motiven einen oder mehrere der vier vermissten Personen ermordet zu haben.“

Eine Auskunft, ob meine Beschwerde berücksichtigt wird, habe ich jedoch noch nicht erhalten.

Adresse des Gerichtes in den Niederlanden: Rechtbank Amsterdam

Postbus 84500

1080 BN Amsterdam

Nesderland

Adresse des Gerichtes in Belgien: Tribunal des Premiere Instance

Chambre du Conseil

Rue Quatre Bras, 13

1000 Bruxelles

Belgique

VII. Liste der beigefügten Dokumente (bitte keine Originale, nur Kopien)

Legen Sie bitte Kopien aller Entscheidungen, auf die in den Abschnitten IV und VI hingewiesen wurde, bei. Sollten Sie keine Kopien besitzen, so sind welche zu beschaffen. Sollte Ihnen das nicht möglich sein, so nennen Sie bitte den Grund (empfangene Dokumente werden Ihnen nicht wieder zurückgesandt).

21.

- (a) Vorläufiges Memorandum „Vermisste Personen in Weißrussland“, verfasst von dem Sonderberichterstatter des Ausschusses für Recht und Menschenrechte der Parlamentarischen Versammlung des Europarates Christos Pourgourides (in russischer Sprache).
- (b) Disappeared persons in Weißrussland, DOC. 10062, 4 February 2004, Report, Rapporteur: Mr. Christos Pourgourides, Cyprus, Group of European People's Party (englisch)
- (c) Resolution 1371 (2004) "Disappeared People in Weißrussland", PACE
- (d) Beweise des KGB, die auf der offiziellen Seite www.Charter97.org auf dem Link www.Weißrusslandfreedom.com nachzulesen sind
- (e) Antwortschreiben des Internationalen Strafgerichtshof Nr. OTP-CR- 261/03 vom 18. Juni 2004

VIII. Erklärung und Unterschrift

Ich erkläre nach bestem Wissen und Gewissen, dass alle meine Aussagen, die ich in dieses Formular eingetragen habe, der Wahrheit entsprechen.

Ort: Haarlem, Nederland

Datum: 27/07/2004

Aleksandr Ivanovič Ščurko

Bürger der Republik Weißrussland



Международный Альтернативный Суд

The international Alternative Court

МЕЖДУНАРОДНЫЙ АЛЬТЕРНАТИВНЫЙ СУД

ЖАЛОБА

Подается на: Президента Республики Беларусь – Александра Лукашенко; Генерального прокурора Республики Беларусь – Виктора Шеймана; министра спорта и туризма Республики Беларусь – Юрия Сивакова; командира СОБРа – Дмитрия Павличенко; министра внутренних дел Республики Беларусь – Владимира Наумова и бывшего начальника Службы безопасности Президента Республики Беларусь – Н.Васильченко

I. СТОРОНЫ

A ЗАЯВИТЕЛЬ

1. Фамилия заявителя: *Щурко Александр Иванович (A.I. Chtchourko)*
2. Пол: *мужской*
3. Гражданство: *Республика Беларусь.*
4. Род занятий: *Свержение диктаторского режима Президента Республики Беларусь Александра Григорьевича Лукашенко.*
5. Дата и место рождения: *22 ноября 1957года.*
6. Постоянный адрес: *220004 г. Минск, Республика Беларусь, ул. Обойная, 4-2-117.*
7. Номер телефон: *+ 31 - 6-24-84-72-15 (Нидерланды)*
8. Адрес проживания в настоящее время : *Alexandr Chtchourko
Diaconessenplein 29
2012 JT HAARLEM
Nederland*
9. Имя и фамилия представителя:
10. Род занятий представителя:
11. Адрес представителя:
12. Номер телефона Номер телефакса:

В. Жалоба подаётся на:

13. *Президента Республики Беларусь – Александра Григорьевича Лукашенко; Генерального прокурора Республики Беларусь, бывшего госсекретаря Совета Безопасности Республики Беларусь – Виктора Шеймана; министра спорта и туризма Республики Беларусь, бывшего министра внутренних дел Республики Беларусь – Юрия Сиваков; командира СОБРа – Дмитрия Павличенко; министра внутренних дел Республики Беларусь – Владимира Наумова и бывшего начальника Службы безопасности Президента Республики Беларусь – Н.Васильченко.*

II.

ИЗЛОЖЕНИЕ ФАКТОВ

14. Чтобы не повторять факты, известные в моей стране Республике Беларусь, а также всей международной общественности, я прилагаю к этой части моей жалобы факты возможных преступлений, совершённых в Республики Беларусь против безопасности человечества и причастность к ним высших должностных лиц государства, которые изложены в предварительном Меморандуме «Пропавшие люди в Беларуси», подготовленный специальным докладчиком Парламентской Ассамблеи Совета Европы Христосом Пургуридесом. Предварительный Меморандум «Пропавшие люди в Беларуси» опубликованный на официальном сайте: www.Charter97.org от 19 декабря 2003 года, а также источником информации является доклад, который читайте на сайте ПАЕС: "Disappeared person in Belarus", DOC. 10062, 4 February 2004, Report, Committee on Legal Affairs and Human Rights, PACE. Rapporteur: Mr. Christos Pourgourides, Cyprus, Group of the European People's Party, Resolution 1371 (2004) "Disappeared persons in Belarus", PACE и Докладательства Комитета Государственной Безопасности, которые также опубликованы на официальном сайте: www.Charter97.org на ссылке: www.belarusfreedom.com - эти документы являются неотъемлемой частью изложения фактов в моей жалобе. Копии которых прилагаются для Вашего внимания.

ПРЕДВАРИТЕЛЬНЫЙ МЕМОРАНДУМ Х. ПУРГУРИДЕСА «ПРОПАВШИЕ ЛЮДИ В БЕЛАРУСИ»

19.02. 19/12/2003

Сегодня мы публикуем на нашем сайте русскую версию меморандума специального докладчика Парламентской ассамблеи Совета Европы Христоса Пургуридеса «Пропавшие люди в Беларуси». До сих пор доклад Пургуридеса существовал на английском и белорусском языке. Перевод доклада любезно предоставлен нам правозащитным центром «Вясна».

Предварительный меморандум специального докладчика Комитета по юридическим вопросам и правам человека Парламентской Ассамблеи Совета Европы Христоса Пургуридеса



A. Введение

Ассамблея более двух лет обеспокоена исчезновениями Юрия Захаренко, бывшего министра внутренних дел (исчез 7 мая 1999 года), Виктора Гончара, бывшего заместителя председателя парламента Беларуси (исчез 16 сентября 1999 года), Анатолия Красовского, бизнесмена (исчез с г-ном Гончаром) и Дмитрия Завадского, оператора российского телеканала ОРТ (исчез 7 июля 2000 года). Вниманию Комитета по юридическим вопросам и правам человека были представлены сделанные публично утверждения о том, что эти исчезновения имели политическую подоплеку.

В результате Комитет по юридическим вопросам и правам человека в сентябре 2002 года создал соответствующий подкомитет, чтобы прояснить обстоятельства исчезновений в Беларуси относительно возможных политических причин. Соответствующий подкомитет, который возглавляет С. Ковалев, в январе 2003 года в Страсбурге заслушал заявления членов семей исчезнувших лиц и г-на Алкаева, бывшего начальника минской тюрьмы СИЗО № 1, который получил политическое убежище в Германии. Он также принял во внимание извещение, датированное 20 января 2003 года и адресованное семьям Гончара и Красовского г-ном Чумаченко, старшим следователем прокуратуры г. Минска, и ответ генерального прокурора Шеймана г-ну Фролову, руководителю группы «Республика» в белорусском парламенте. Белорусские власти отклонили несколько запросов подкомитета насчет проведения заседания в

Минске с целью заслушать иных лиц, которые могли иметь информацию о судьбе исчезнувших лиц.

Параллельно Комитет по юридическим вопросам и правам человека на своем заседании 5 июня 2003 года назначил меня докладчиком на эту же тему. После некоторых колебаний с белорусской стороны я был приглашен в Минск с 5 по 8 ноября 2003 года. Я хотел бы поблагодарить г-на Коноплева, заместителя председателя белорусской Палаты представителей за его ценную помощь в организации этого визита и гостеприимство, которое он продемонстрировал во время моего пребывания в Минске.

Г-н Коноплев пояснил мне, что организовать встречи со всеми теми лицами, с которыми я просил встретиться, было за пределами его компетенции. Он проинформировал меня в Минске, что я должен адресовать свой письменный запрос насчет встреч с иными лицами, указанными в моем списке, соответственно министру внутренних дел г-ну Наумову и Генеральному прокурору г-ну Шейману. Такие встречи могли бы тогда быть организованы во время второго визита в Минск в начале декабря в качестве докладчика Комитета по политическим вопросам относительно свободы прессы.

Как я объяснял своим собеседникам в Минске, моей миссией не было самостоятельное проведение полноценного уголовного расследования этих исчезновений с целью определить тех, кто несет ответственность. Целью моего визита было только изучение целиком объективным путем, проводилось ли надлежащее расследование исчезновений компетентными белорусскими властями.

К сожалению, несмотря на то, что я выполнил во всех деталях процедурные пожелания, которые мне были даны, все мои запросы о встречах на 3 декабря были отклонены, и секретарю нашего Комитета, которого я попросил присоединиться ко мне в Минске на этот день, отказали в визе. Я хотел бы проинформировать вас, что причиной, которую г-н Коноплев назвал мне на закрытой встрече, было то, что белорусской стороне удалось обеспечить себя копией первого проекта этого меморандума, и что сам президент был недоволен его содержанием. Я высказал решительный протест против такого неприемлемого и незтичного поведения и передал свои сожаления г-ну Коноплеву, что его правительство не воспользовалось возможностью через дополнительные переговоры с теми белорусскими чиновниками, которых я предлагал, представить более детально правительственную версию событий.

Природа белорусского режима, как иллюстрирует этот эпизод, является важным фактором также в оценке фактов этого дела. Беларусь — это бывшая советская республика, в которой фундаментальные демократические реформы еще не имели места. Система власти высоко централизована, и все полномочия исполнительной власти прямо или косвенно контролируются президентом. Вертикальные структуры, принимающие решения, базируются на постоянном надзоре за гражданами со стороны могучего аппарата безопасности, который очевидно имеет соответствующие средства в своем распоряжении и не имеет сомнений относительно их использования. Вероятность официальной «версии», что такие очень известные политические персоны могли просто «исчезнуть», а власть не в силах определить их местонахождение, также необходимо рассматривать на этом общем фоне.

Я хотел бы отметить, что этот вводный меморандум базируется на информации, которую я имею в своем распоряжении на данное время. В то время, когда я уже дал белорусским властям широкие возможности представить их версию событий, я хотел бы со всей открытостью передать этот меморандум в Минск. Если Комитет согласится, я бы хотел пригласить власти прокомментировать любые пункты, с которыми они не согласны, и представить любую новую информацию, которая может оправдать изменение выводов, какие, надеюсь, я смогу представить в окончательном отчете в начале следующего года.

В. Предварительны выводы

В настоящее время я пришел к предварительному выводу, что компетентными белорусскими властями не было проведено надлежащее расследование исчезновений. Наоборот, беседы, которые я провел в Минске в связи с показаниями г-на Алкаева перед соответствующим подкомитетом, и документы или копии, которыми я обладаю, вынудили меня считать, что на наивысшем государственном уровне были сделаны активные шаги, чтобы скрыть настоящую

подоплеку исчезновений, и подозревать, что наивысшие государственные чиновники могут сами быть втянуты в эти исчезновения.

Я полностью осознаю, что это серьезные утверждения, и я представлю здесь подитоживание элементов в моем распоряжении, которые привели меня к этим предварительным выводам, и, наконец, последствия, которые, как я предлагаю, Ассамблея может сделать после этих выводов.

С. Основа для моих выводов.

10. Мои предварительные выводы базируются на информации, которая имеет отношение, в частности, к следующим вопросам и серьезным противоречиям, и, в некоторых случаях, к простой лжи, которая стала очевидной после анализа этой информации и предъявления ее моим собеседникам в Минске:

- (1) официальный расстрельный пистолет, который был выдан из СИЗО №1 в двух случаях, которые совпадают с исчезновениями Захаренко, Гончара и Красовского;
- (2) заявления свидетелей и вещественные доказательства, касающиеся места похищения Гончара и Красовского;
- (3) написанное от руки обвинение, сделанное генералом милиции Лопатиком 21 ноября 2000 года;
- (4) арест и быстрое освобождение полковника Павличенко в ноябре 2000 года;
- (5) сообщение о письме бывшего Генпрокурора Божелко его российскому коллеге с просьбой о специализированном оборудовании;
- (6) иные детали истории бывшего Генерального прокурора Божелко, рассказанные г-ном Леоновым;
- (7) кадровые изменения на наивысшем уровне силовых структур в ноябре 2000 года;
- (8) секретный суд над «бандой Игнатовича».

11. Перед тем, как представить эти вопросы, я хотел бы отметить, что мои официальные собеседники в Минске очевидно договорились об общей позиции заранее. Все трое отметили, что белорусские спецслужбы имели достаточно оружия в своем распоряжении, которое позволяло им осуществлять любые операции без заимствования официального расстрельного пистолета у г-на Алкаева. Все трое (как и министр иностранных дел Мартынов) также подчеркнули, что большое количество лиц (несколько сот) исчезали ежегодно в Беларуси, некоторые из них раньше или позже появлялись вновь (случай с г-жой Винниковой, бывшим руководителем Национального банка, о которой оппозиция утверждала, что она «исчезла» по политическим причинам, - пока она не «выплыла» снова в Лондоне).

1.Официальный расстрельный пистолет

12. «Версия», представленная семьями жертв и их адвокатами, состоит в том, что официальный расстрельный пистолет ПБ-9 был выдан в соответствии с юридическими процедурами как часть осуществления «официального» исполнения секретного смертного приговора трем лицам, которых рассматривали как «предателей», таким образом обеспечивая психологическую поддержку солдатам, которых задействовали, чтобы совершить эти акты. На первый взгляд, эта версия выглядит натянутой.

13. Однако это уже точно (и может быть легко доказано формально), что официальный расстрельный пистолет, хранившийся у г-на Алкаева, который отвечал за осуществлявший в Беларуси смертные приговоры отдел, был действительно дважды – в периоды, которые совпадают с исчезновениями г-на Захаренко 7 мая 1999 года и Гончара и Красовского 16 сентября 1999 года - выдан по приказу тогдашнего министра внутренних дел г-на Сивакова.

14. Также точно, что солдат СОБРа (специальных сил Министерства внутренних дел) по фамилии Павличенко (который управлял красной автомашиной BMW – такую машину видели на месте похищения Гончара и Красовского), наблюдал за одним из расстрелов, исполненных группой г-на Алкаева, и вел себя «подозрительно», по словам г-на Алкаева. В ноябре 2000 года г-н Алкаев дал детальные показания следователям прокуратуры, и пистолет с журналом выдачи забрали как доказательства.

15. Власти не могут предоставить никакого альтернативного объяснения временных изъятий пистолета. Во время моего визита в Минск г-н Сиваков пробовал представить объяснение первой выдачи пистолета в мае 1999 года, но не второй – в сентябре 1999 года. Он утверждал, что тот факт, что расстрельный пистолет выдавался в то же время, что и два события, связанные с «исчезновениями», был чистым совпадением.

16. Что касается первого изъятия пистолета, г-н Сиваков пояснил в некоторых деталях, что выдача пистолета была мотивирована детальным изучением пенитенциарной, в том числе теперешней системы исполнения смертных приговоров, которую он – как скептик относительно смертных приговоров – попросил провести, когда занял должность. Он доверил это задание г-ну Павличенко – высококвалифицированному офицеру в специальных силах Министерства внутренних дел (СОБР), который подавал надежды и привлек его внимание своими отличными боевыми заслугами и которого любили его солдаты. Г-н Павличенко в настоящее время – заместитель г-на Сивакова как президент общественного объединения военнослужащих (действительных и в отставке) специальных сил и их семей.

В ответ на мой вопрос г-н Сиваков заявил, что исследование работы пенитенциарной системы было представлено только устно по причине деликатной природы поставленных вопросов. Г-н Сиваков подтвердил, исследование, находящееся под вопросом, включало выдачу пистолета из тюрьмы СИЗО № 1, поскольку указанное выше исследование включало вопрос о необходимости приобретения нового пистолета. Тогда существовали планы построить в 40 км от Минска новую тюрьму с оборудованием для расстрелов. Сегодняшняя практика расстрелов осужденных в тюрьме, которая находится прямо в центре Минска, стала неприемлемой. Г-н Сиваков подчеркнул, что все его решения имели отношение к вопросу введения моратория на смертную казнь, как этого недавно потребовал белорусский парламент.

17. В ответ на мой дальнейший вопрос – почему пистолет был выдан второй раз, через четыре месяца, он заявил, что не помнит, чтобы отдавал приказы такого содержания. Я напомнил г-ну Сивакову, что его заместитель Чванкин показал прокурору Чумаченко, что пистолет использовался для осуществления «специальных действий, но не для обучения». После отказа г-на Чванкина дать более конкретную информацию относительно использования пистолета прокурор Чумаченко сделал запрос в Министерство внутренних дел, осуществлялись ли с этим оружием оперативные действия любого назначения, и удовлетворился ответом, из которого он мог только сделать вывод, что «невозможно придти к верному выводу относительно того, использовалось ли оружие, выданное В.Н.Дику и В.П.Колеснику, в оперативных и розыскных действиях, которые проводились сотрудниками Министерства внутренних дел».

18. Я спросил у г-на Сивакова, не может ли он быть более конкретным. Он не мог. Он только утверждал, что вторая выдача могла также иметь оперативные, технические причины.

19. Что касается первой выдачи в мае 1999 года, г-н Сиваков пояснил в некоторых деталях, что она была связана с указанным выше исследованием белорусской пенитенциарной системы вообще и метода исполнения смертного приговора в частности. Я оставляю это вам – оценивать, заслуживает ли доверия объяснение, которое, среди прочего, включает сравнение с методами, которые используются для исполнения смертного приговора в других европейских странах (да!), и утверждение, что такое широкомасштабное исследование было проведено лишь устно и было доверено служащему специальных сил – г-ну Павличенко – без соответствующей квалификации. В конце г-н Сиваков не исключил, что можно найти письменные документы о применении пистолета – если их поискать. Но до сегодняшнего дня, несмотря на мои повторные запросы г-ну Коноплеву и другим чиновникам представить мне письменный документ, ничего предоставлено не было, что, на мой взгляд, указывает на то, что ничего не существует.

20. Какое бы доверие не придавали объяснению г-на Сивакова, необходимо подчеркнуть, что он освещает только один пример выдачи пистолета. Объяснения г-на Сивакова насчет двух выдач – что более важно – претерпели важные изменения с того времени, как его допросил прокурор Чумаченко. В дополнение тогдашний адъютант г-на Сивакова В.П.Колесник, который сначала

признался следователям, что, согласно инструкциям, передал пистолет г-ну Сивакову, позднее также изменил свое заявление об этом важном вопросе.

21. Тот факт, что прокуратура не настаивала на выяснении непонятного и очевидно подозрительного ответа, полученного от г-на Чванкина и Министерства внутренних дел на свои запросы предоставить информацию о точном использовании пистолета, также указывает, что расследование этого важного пункта не было проведено с необходимой решимостью.

2. Заявления свидетелей и материальные свидетельства (следы краски, фрагменты автомобиля), имеющие отношение к месту похищения Гончара и Красовского.

22. Сообщение прокурора Чумаченко дает детальный отчет о заявлениях свидетелей, которые видели красную автомашину BMW, припаркованную около сауны, перед которой были похищены Гончар и Красовский, и наблюдали подозрительную деятельность нескольких молодых мужчин в форме. Чумаченко также указывает, что во время изучения места (происшествия) были найдены различные фрагменты автомобиля, пятна крови и тормозные следы, в том числе признаки красной автомашины, столкнувшейся с деревом, с которого были взяты для анализа образцы красной краски. Судебная экспертиза двух осколков древесины, преданных для анализа, «сделала вывод, что они содержали притертые микрочастицы акрилово-меламиновой краски пунцового цвета. Краска могла быть использована для сравнительного анализа, чтобы установить ее общий тип через соотношение с образцами. Следы на древесине являются результатом сильного воздействия на скорости».

23. Я спросил у министра внутренних дел Наумова, проводился ли анализ, который сравнивал следы красной краски, обнаруженной на месте похищения Гончара и Красовского, с красной BMW г-на Павличенко. Он ответил, что это должно быть делом следователей прокуратуры. Когда я задал тот же самый вопрос Генеральному прокурору Шейману на моей встрече с ним позднее в тот же день, главный прокурор ответил, что прокуратура не видела никакой причины брать краску с машины Павличенко для сравнительного исследования, ибо свидетели, допрошенные во время расследования, не упоминали такой автомобиль, а говорили только о машинах российского производства типа «Жигулей», «Москвичей» и так далее. К тому же следы обнаруженной краски были не красного, а вишневого цвета, как и «Джип», принадлежавший Красовскому.

24. Когда я положил перед г-ном Шейманом выводы Чумаченко, он предложил дать «письменное уточнение» от г-на Чумаченко. Я напомнил, что просил о личной встрече с Чумаченко.

25. Учитывая то, что полковник Павличенко был назван подозреваемым не только семьями пропавших, но также руководителем отвечающей за расследование уголовной полиции генералом Лопатиком, я считаю неспособность сравнить краску явной попыткой сговора и сокрытия. Этот простой акт расследования и некоторые другие, перечисленные в запросе, адресованном адвокатами семей прокуратуре, которые были открыто отклонены, могли включить автомашину г-на Павличенко в сцену похищения и создать чрезвычайно важную связь в косвенном свидетельстве против него.

3. Написанное от руки обвинение генерала милиции Лопатика от 21 ноября 2000 года

26. Начальник уголовной милиции Беларуси генерал Лопатик адресовал написанную от руки записку, датированную 21 ноября 2000 года, министру внутренних дел Наумову. В этой записке он обвинил В.Шеймана (в то время секретаря Совета безопасности, теперь Генерального прокурора) в том, что тот приказал физически уничтожить бывшего министра внутренних дел Ю.Захаренко. Это приказ будто был выполнен командиром СОБР Павличенко с помощью тогдашнего министра внутренних дел Сивакова, который обеспечил Павличенко пистолетом ПБ-9, временно изъятым из тюрьмы СИЗО № 1. Это же оружие, сделал вывод генерал Лопатик, было использовано 16 сентября 1999 года, когда исчезли Гончар и Красовский.

27. После того, как произошла утечка этой написанной от руки записки (дополненной написанной от руки визой-инструкцией министра внутренних дел Наумова, просившей генерала Лопатика «осуществить»), она была опровергнута властями как фальшивка. Только после того, как я указал на возможность проведения графологической экспертизы, даже на базе фотокопии, которой мы

владели, достоверность записки, которой произошла утечка, была признана: во время моего визита в Минск как министр внутренних дел Наумов, адресат записки Лопатика, так и Генеральный прокурор Шейман подтвердили, к моему большому удивлению, что написанная от руки спорная записка, которая находится под вопросом, была действительно написана генералом Лопатиком и записана министром Наумовым. Г-н Наумов и г-н Шейман теперь говорят, что выводы г-на Лопатика были просто ошибочными, и что были другие «версии» этой записки, более серьезные. Сделавшие утечку этого документа и некоторых других из официального дела, сделали необъективный выбор, чтобы поддержать одну «версию», которая бы дискредитировала президента – как часть избирательной кампании оппозиции. Пожалуйста, примите во внимание, что – хотя я сказал, что не видел никакой иной «версии» записки г-на Лопатика, кроме той, которая была обнародована – никаких других версий мне до сих пор представлено не было.

28. Я спросил и г-на Наумова, и г-на Шеймана, что они сделали после утверждений, сделанных генералом милиции Лопатиком.

29. Г-н Наумов сказал, что передал записку следователям в прокуратуру для дальнейшего расследования. Таким образом, это был г-н Шейман, отвечавший за расследование обвинений, сделанных начальником милиции, – что он сам заказал несколько политических убийств, когда выполнял свои предыдущую функцию.

30. Г-н Шейман заявил, что информация, представленная в записке, была «предметом тщательного расследования», но, несмотря на мои вопросы, не дал никаких деталей, которые бы касались каких-то частных совершенных следственных действий.

31. Я расцениваю необоснованным утверждение, что было проведено тщательное расследование, как полностью безосновательное, учитывая тот факт, что даже сравнение найденной на месте преступления красной краски с краской красной автомашины, которой управлял подозреваемый, указанный в записке генерала Лопатика, не было сделано.

32. Учитывая то, что и министр внутренних дел, и Генеральный прокурор пришли к выводу о необоснованности обвинений генерала Лопатика, я поинтересовался, какие юридические или дисциплинарные действия были предприняты против генерала Лопатика.

33. Мне сказали – похожими формулировками и г-н Наумов, и г-н Шейман – что никаких жестких действий против генерала Лопатика не было предпринято по гуманным причинам, потому что он серьезно заболел в начале 2001 года и был вынужден уйти в отставку за четыре месяца до окончания обычного срока.

34. Честно, я не верю, что «гуманные причины» могли остановить власти любой страны, о которой я могу подумать, от наложения дисциплинарных санкций или преследования за клевету высокопоставленного государственного чиновника, который обвиняет наивысших представителей государства в том, что они заказали убийства спецслужбами трех важных оппозиционных фигур, который не отказывается от своих утверждений даже после того, как они обнародованы, все время отказываясь раскрыть свои источники – даже своему министру – и отказываясь давать показания даже по повестке. Власти явно отдали предпочтение избеганию публичного суда, где были бы взяты свидетельства и заслушаны свидетели.

35. Поэтому я принимаю само существование рапорта генерала Лопатика, его содержание и особенно тот способ, каким он был «расследован» за сильную поддержку моих вышеуказанных предварительных выводов. С учетом того, что президентская система превалирует, и способом, каким обычно правят страной, я также нахожу трудным поверить, что выше упомянутое могло иметь место без ведома президента. Я чувствую себя поддержанным в моих взглядах заявлениями президента, процитированными в обращении г-жи Гончар и г-жи Красовской к г-ну Латыпову, руководителю президентской администрации, г-ну Невыгласу, секретарю Совета безопасности, и г-ну Ерину, председателю Комитета государственной безопасности.

4. Арест и быстрое освобождение полковника Павличенко в ноябре 2000 года

36. Г-н Павличенко был арестован 22 ноября 2000 года, т.е. через день после того, как обвинения генерала Лопатика были представлены вниманию министра внутренних дел Наумова. Ордер на арест, подписанный тогдашним председателем белорусского КГБ Мацкевичем и

санкционированный тогдашним Генеральным прокурором Божелко, говорит следующее:

37. «Материалы оперативного расследования содержат заслуживающие доверия данные, которые подтверждают, что Дмитрий Васильевич Павличенко является организатором и руководителем криминальной структуры, имеющей отношение к похищению и физическому уничтожению людей. В частности, криминальная группа во главе с Д.В.Павличенко была причастна к убийству Г.В.Самойлова, лидера РНЕ, незарегистрированной белорусской региональной организации, как и к убийствам других людей. Принимая в расчет тот факт, что Д.В.Павличенко и его криминальная группа могут совершить дальнейшие преступления подобного насилия, [...], решено [применить превентивное задержание на 30 дней]».

38. Несмотря на период задержания, указанный в ордере, г-н Павличенко был освобожден на протяжении следующих дней. В письме от ноября 2002 года г-ну В.Д.Фролову, члену Палаты представителей Беларуси, который запросил информацию об исчезновениях, Генеральный прокурор Шейман уточнил, что г-н Павличенко был арестован по подозрению в совершении актов насилия против А.В.Грачева по уголовному делу, которым занималась республиканская прокуратура. На следующий день Павличенко был освобожден «по указанию старших офицеров КГБ на основании того, что задержание было незаконным», как сказал мне г-н Шейман и как заявлено в вышеуказанном письме Генерального прокурора г-ну В.Д.Фролову, на который я вновь сошлюсь ниже. Таким образом, г-н Шейман дал ложную информацию г-ну Фролову, так как г-н Павличенко был арестован не на основании, указанном Шейманом, а за возможное убийство г-на Самойлова и другие убийства.

39. Семьи исчезнувших и их адвокаты, а также г-н Алкаев утверждают, что председатель КГБ Мацкевич приказал произвести арест в рамках расследования четырех «исчезновений», а ордер на арест основывался на других обвинениях, чтобы осуществить арест.

40. Бывший министр сельского хозяйства Леонов, с которым я встречался в Минске, сказал, что сам президент Лукашенко грубо критиковал КГБ за арест Павличенко. Это утверждение представляется достойным доверия, учитывая факт, что Павличенко был освобожден из изолятора вскоре после своего ареста, несмотря на тот факт, что он был арестован на основе ордера, подписанного председателем КГБ и санкционированного Генеральным прокурором. Кто, удивлюсь я, имел власть освободить его из-под ареста за серию убийств? Г-н Леонов также подтвердил мне, что тогдашний Генеральный прокурор Божелко сказал ему лично, что также разделяет точку зрения Лопатика и Мацкевича. Семьи исчезнувших утверждают, что во время его задержания Павличенко признался в убийствах «исчезнувших» и их подоплеке, и что его признание было записано на компьютер КГБ. Я попросил власти о расшифровках допроса Павличенко во время его задержания.

41. Хотя все еще есть некоторая неясность насчет этого вопроса, поскольку я не видел расшифровку допроса г-на Павличенко, а г-н Божелко г-н Мацкевич продолжают молчать, я вынужден признать, что был ошеломлен тем бесспорным фактом, что полковник Павличенко, которого бывший министр внутренних дел Сиваков описал мне очень теплыми формулировками как надежного карьерного офицера, подающего надежды, был арестован по приказу председателя КГБ и Генерального прокурора как подозреваемый «организатор и руководитель криминальной структуры, имеющей отношение к похищению и физическому уничтожению людей».

42. Тот факт, что Генеральный прокурор написал парламентария и дал лживую информацию, является еще одним явным свидетельством сокрытия. В дополнение, учитывая, что ордер на арест, подписанный председателем КГБ (и санкционированный тогдашним Генеральным прокурором), был выдан на один месяц, как могли всего лишь «старшие офицеры КГБ», как Шейман написал Фролову, освободить его через 24 часа? Какими могли быть действия расследования, сделанные в течение этих 24 часов, доказавшие невиновность Павличенко?

5. Сообщение о письме бывшего Генерального прокурора Божелко его российскому коллеге с просьбой о специальном оборудовании

43 Мне сказали семьи исчезнувших и г-н Леонов, что бывший Генеральный прокурор Божелко пришел к выводам, подобным выводам генерала милиции Лопатика. 21 ноября 2000 года он якобы написал своему российскому коллеге Генеральному прокурору В.Устинову, чтобы сделать запрос на использование специального оборудования и знающих специалистов для определения места

захороненных тел. Этот запрос был – вновь же якобы – отменен другим письмом, датированным 27 ноября – днем увольнения О.Божелко и В.Мацкевича, председателя белорусского КГБ.

44. Генеральный прокурор Шейман, преемник г-на Божелко, в ответ на мой вопрос категорично опроверг, что такие письма существовали. Заместитель Генерального прокурора уточнил, что не было официальной записи о таком письме в деле. Но он не мог исключить, что «приватно» такое письмо могло быть послано офисом Божелко.

45. Ясно, что было бы интересно знать, действительно ли было послано такое письмо, ибо оно могло иметь смысл только когда приблизительное место захоронения тела или тел было уже известно следователям.

6. Другие детали истории бывшего Генерального прокурора Божелко, рассказанные г-ном Леоновым.

46. Г-н Леонов далее рассказал мне в Минске, что г-н Божелко, который до сих пор жил в Минске, но не отвечал на любые телефонные звонки, проинформировал его лично, перед свидетелями, в числе которых был известный российский журналист Павел Шеремет, что исчезновения, находящиеся под вопросом, были сдиржированы г-ном Шейманом и выполнены специальным отделом, созданным бывшим министром внутренних дел Сиваковым и возглавляемым полковником Павличенко. Божелко также сделал ссылку на существование видеопленки признаний Павличенко. Г-н Леонов рассказал мне, что во время последней избирательной кампании ему предлагали видеопленки признания Павличенко и расстрелов, но он отказался взять их, полагая, что это была провокация спецслужб.

47. Во время нашей беседы в Минске г-н Леонов также напрямую обвинил президента Лукашенко в том, что он отдал приказ Шейману. Он рассказал мне, что Божелко проинформировал его о встрече с президентом, во время которой Божелко, тогда бывший еще Генеральным прокурором, слышал, как генерал милиции Лопатик спросил президента, кто дал ему право убить генерала (имея ввиду генерала Захаренко, первого из исчезнувших), после чего президент, как сообщается, не опроверг этот факт, но обвинил присутствующих, что они подрывают его власть и вынуждают его принимать лекарства, постоянно его тревожа.

48. Согласно адвокатам семей, Мацкевич и Божелко никогда не опрашивались следователями, которые занимались делами исчезнувших. На мой взгляд, это еще одно очень весомое упущение. Г-н Леонов является интересным «косвенным свидетелем», но если бы эти две ключевые фигуры заговорили сами, это, конечно, помогло бы больше всего.

7. Кадровые изменения на наивысшем уровне силовых структур в ноябре 2000 года.

49. Мы были проинформированы адвокатами семей и г-ном Леоновым, что 27 ноября 2000 года Генеральный прокурор Божелко был уволен и заменен г-ном Шейманом, бывшим руководителем национального Совета безопасности. По сведениям адвокатов семей, на момент назначения г-н Шейман не имел юридического образования, хотя закон требует, чтобы Генеральный прокурор был юристом. Сам президент, которого критиковали за это назначение, публично взял на себя ответственность за это.

50. В тот же день председатель КГБ Мацкевич был уволен. По свидетельству г-на Леонова, президент Лукашенко по телевидению обругал его за то, что арестовал полковника Павличенко. Вскоре после этого начальник милиции генерал Лопатик серьезно заболел, и это закончилось досрочным выходом в отставку по причине состояния здоровья.

51. Семьи исчезнувших считают, что Божелко, Мацкевич и Лопатик были уволены или отправлены в отставку потому, что они слишком близко подошли к правде в делах «об исчезновениях». В противовес этому президентский пресс-секретарь объяснил 27 ноября, что кадровые перестановки частично являются результатом президентской «неудовлетворенности тем, что многие важные (следственные) дела тянулись неоправданно чересчур долго».

52. На мой взгляд, хотя неудовлетворенность президента полностью понятна, время кадровых

замен, очень близко совпавшее с важными событиями, имевшими отношение к делам об исчезновениях (написанные от руки обвинения генерала Лопатика, арест Павличенко по приказу Мацкевича и Божелко, показания Алкаева), наращивает весомые подозрения.

8. Секретный суд над «бандой Игнатовича»

53. Начиная с 24 октября 2001 года, четырех человек (В.Игнатович, М.Малик, А.Гуз и С.Савушкин) судили в закрытом заседании за похищение г-на Завадского. Г-н Аксенчик, адвокат, который представляет мать Завадского, ходатайствовал перед судом, чтобы процесс проводился в открытом заседании, в чем было отказано. Несколько запросов относительно получения свидетельств, направленных адвокатами семьи Завадского, были судом отклонены. 14 марта 2002 года четыре человека были осуждены на длительные тюремные сроки за похищение Завадского (но не за убийство, ибо тело не было найдено) на основании, среди прочего, саперной лопатки с кровью Завадского, найденной в автомобиле Игнатовича. Осужденные, как сообщается, продолжают утверждать о своей невинности, называя судебный процесс фарсом. Бывший Генеральный прокурор Божелко, как мне рассказал один из адвокатов семей, присутствовал на судебном процессе как свидетель, но преимущественно отказывался свидетельствовать на основании положения Уголовно-процессуального кодекса, позволяющего следователям защищать свои источники.

54. Этот приговор был представлен мне в некоторых деталях министром иностранных дел и Генеральным прокурором как частичное разрешение дела Завадского.

55. Согласно обвинению, мотивом, по которому Игнатович и его банда совершили преступление против Завадского, была месть, потому что Завадский публично обвинил Игнатовича в участии в войне в Чечне на стороне повстанцев.

56. Большинство моих собеседников со стороны семей утверждают, что исчезновение Завадского относится к той же линии исчезновений, что и исчезновения Захаренко, Гончара и Красовского, так как имело подобный политический мотив: отплата за «предательство» против президента, на которого г-н Завадский когда-то работал как личный оператор, прежде чем он начал работать против президента как журналист «враждебных» медиа.

57. На мой взгляд, учитывая то, что расстрельный пистолет не был выдан примерно во время исчезновения г-на Завадского, целиком может быть, что нет непосредственной организационной связи между этим делом и другими тремя. Могло быть также так, что «банда Игнатовича» убила Завадского, чтобы свести личные счеты г-на Игнатовича с этим журналистом, в то время как ее члены или некоторые из них могли быть по совпадению приобщены к якобы секретному эскадрону расстрелов в других случаях. В любом случае, утверждение, сделанное для того, чтобы поддержать необходимость проведения закрытого судебного заседания – в противном случае свидетели будут бояться давать показания, – на мой взгляд, не выдерживает критики: если бы свидетели боялись банды, факт проведения закрытого судебного процесса не делал бы никакой разницы, ибо члены банды в любом случае присутствовали в суде.

D. Последствия

58. Это является только вводным меморандумом, и я еще не предлагаю никаких конкретных действий для принятия Ассамблеей. Я буду очень признателен за любые предложения, которые могут сделать коллеги во время обсуждения в Комитете, включая те, которые могут потребовать дальнейшего исследования возможности их реализовать.

59. Путем «мозгового штурма» я пока пришел к следующим возможностям (без принятия мною решения в любом случае):

Ассамблея могла бы

- потребовать, чтобы независимое расследование было начато компетентными белорусскими властями после отставки теперешнего Генерального прокурора, которого обвиняют в том, что он сам организовал исчезновения, находясь на своей предыдущей должности;

- потребовать, чтобы белорусскими властями было начато уголовное расследование с целью выяснить: возможную причастность к исчезновениям теперешнего Генерального прокурора, теперешнего министра спорта (бывшего министра внутренних дел) и высокопоставленного офицера специальных сил; возможное преступление противодействия осуществлению правосудия, совершенное некоторыми высокопоставленными чиновниками, имевшими отношение к расследованию, проведенному до этого, которые фальсифицировали, скрывали или придерживали свидетельства, имевшие в своем распоряжении для того, чтобы защитить настоящих преступников;

- призвать парламент Беларуси предпринять необходимые шаги в отношении исполнительной власти с целью осуществления правосудия, в том числе потребовать отставки некоторых высокопоставленных чиновников для того, чтобы сделать возможным действительно независимое расследование, и создать парламентскую комиссию по расследованию с соответствующими ресурсами для этого;

- призвать государства-члены Совета Европы и в целом международное сообщество осуществить максимум политического давления на теперешнее руководство Беларуси, в том числе через санкции, до того времени, пока не будет проведено заслуживающее доверия расследование возможной причастности высокопоставленных чиновников к исчезновениям или к их сокрытию;

- пригласить суды тех стран, чьи законы предусматривают международную юрисдикцию их национальных судов в делах серьезных нарушений прав человека, начать процедуры против некоторых высокопоставленных белорусских чиновников за возможное убийство по политическим мотивам одного или большего количества людей из числа 4 исчезнувших лиц.

III**ИЗЛОЖЕНИЕ ИМЕВШЕГО(ИХ) МЕСТО, ПО МНЕНИЮ ЗАЯВИТЕЛЯ,
НАРУШЕНИЯ(ИЙ) СОГЛАСНО СТАТЬЕ 5 СТАТУСА СУДА**

15. а) преступления против человечности;
б) моральный садизм;
в) глумление над человеческим достоинством;
г) информационный и духовный терроризм;
д) разработка средств убийств и насилия;
е) прямое и скрытое рекламирование алгоритмов поведения, которые настраивают на аморальные и унижающие человеческое достоинство поступки;

ЗАЯВЛЕНИЕ В СООТВЕТСТВИИ С ПРЕДВАРИТЕЛЬНЫМ РЕШЕНИЕМ КАКОЙ – ЛИБО ОБЩЕСТВЕННОЙ ОРГАНИЗАЦИИ ИЛИ СУДА

16 Окончательное внутреннее решение мне не известно, но я знаю, что в течение последних трёх лет родственниками исчезнувших политиков Юрия Захаренко – бывшего министра внутренних дел Республики Беларусь; Виктора Гончара – вице-спикера Верховного Совета Республики Беларусь XIII созыва; Анатолия Красовского – бизнесмена и общественного деятеля; Дмитрия Завадского – журналиста ОРТ, а также юристами правозащитных организаций Республики Беларусь использованы все имеющиеся национальные механизмы, которые могут побудить власти Республики Беларусь провести всестороннее, полное и объективное расследование обстоятельств исчезновений, поэтому свою жалобу я направляю в Ваш Суд, возможно, как в последнюю юридическую инстанцию.

17.

18. Располагаете ли Вы каким-либо средством защиты, к которому Вы не прибегли?

Нет.

V.

ИЗЛОЖЕНИЕ ПРЕДМЕТА ЖАЛОБЫ И ВАШИХ ПРЕТЕНЗИЙ

19. Моё обращение в Международный Альтернативный Суд вызвано глубоким беспокойством за жизнь, безопасность, здоровье и достоинство десятиmillionного населения моей страны, за будущее суверенитета, независимости, территориальной целостности и демократии в Республике Беларусь. Где повсеместно грубо попираются права человека. Особенно это касается фактов о причастности властных структур к исчезновениям людей в Республике Беларусь. Белорусская официальная пропаганда утверждает, что в похищении известных в Беларуси людей виновата оппозиция. Считаю, что такая власть с подобной идеологией не имеет морального и юридического права управлять десятиmillionным населением страны.

Примером может служить восхищение Адольфом Гитлером, который является кумиром Александра Лукашенко, этот пример заслуживает серьёзного и большого внимания: Когда германского корреспондента Маркулиса отправили в Минск для взятия интервью у Президента Республики Беларусь Александра

Григорьевича Лукашенко, то он во время интервью громогласно заявил по белорусскому радио ещё 23 ноября 1995 года (тогда ещё в Республики Беларусь не исчезали люди). Да так заявил, что его редактор, пославший журналиста в Минск, не решился поместить этот «шедевр» на своих страницах. Ведь в Германии комплименты в адрес нацизма преследуются по закону. Но для Александра Лукашенко — это норма! Судите сами: «Не только всё плохое было связано в Германии с известным Адольфом Гитлером. ...Ведь немецкий порядок формировался веками. При Гитлере это формирование достигло наивысшей точки(!) Это то, что соответствует нашему пониманию Президентской Республики и роли в ней президента.» И это лишь некоторые, не самые радикальные цитаты от человека, удерживающего высшую власть в стране больше десяти лет, лишь при помощи штыков и дубинок. По этому поводу я обеспокоен и направляю свою жалобу для того, чтобы начать процедуры против высокопоставленных белорусских чиновников за возможное убийство по политическим мотивам одного или из числа 4 исчезнувших лиц.

VI

ДРУГИЕ МЕЖДУНАРОДНЫЕ ИНСТАНЦИИ, ГДЕ РАССМАТРИВАЛОСЬ ИЛИ РАССМАТРИВАЕТСЯ ДЕЛО

20. Когда я был признан правительством Нидерландов политическим беженцем, 15 июня 2002 года я обратился к министру-президенту Нидерландов Виму Коку с обращением, чтобы создать международную комиссию по контролю за расследованием преступлений, совершённых в Республике Беларусь режимом президента Александра Лукашенко и провести полноценное расследование. Для того чтобы ходатайствовать перед Международным Уголовным Судом, который начал свою работу с 1 июля 2002 года, чтобы положить конец безнаказанности лиц режима президента Республики Беларусь Александра Лукашенко и привлечь его к Суду, а также и других высокопоставленных виновных лиц, которые возможно причастны к убийствам. Министр-президент Нидерландов дал поручение министерству иностранных дел Нидерландов для изучения ситуации в Республике Беларусь. А 23 октября 2002 года я получил письмо за № DZO 299/02 от Mr. J.L.I. Van Noorn из министерства иностранных дел Нидерландов, в котором был указан адрес Международного Уголовного Суда. В письме было рекомендовано обратиться в этот Суд. Что я и сделал. Направив 16 июля 2003 года своё обращение в Международный Уголовный Суд, на которое получил ответ за № OTP-CR-261/03 от 18 июня 2004 года (копия прилагается).

А также в настоящее время мной направлены две жалобы в национальные суды Европейских стран, а именно: Бельгии и Нидерландов, согласно включённого предложения в свой предварительный Меморандум «Пропавшие люди в Беларуси» Христоса Пургуридеса: «пригласить суды тех стран, чьи законы предусматривают международную юрисдикцию их национальных судов в делах серьёзных нарушений прав человека, начать процедуры против некоторых высокопоставленных белорусских чиновников за возможное убийство по политическим мотивам одного или большего количества людей из числа 4 исчезнувших лиц».

Но ответа я ещё не получил, по поводу того приняты ли мои жалобы к рассмотрению.

Адрес суда в Нидерландах: Rechtbank Amsterdam
Postbus 84500
1080 BN Amsterdam
Nederland

Адрес суда в Бельгии: Tribunal de Premiere Instance
Chambre du Conseil
Rue Quatre Bras, 13
1000 Druxelles
Belgique.

VII. СПИСОК ПРИЛОЖЕННЫХ ДОКУМЕНТОВ

(НЕ ПРИЛАГАЙТЕ ОРИГИНАЛЫ ДОКУМЕНТОВ, А ИСКЛЮЧИТЕЛЬНО КОПИИ)

Приложите копии всех решений, упомянутых в Разделах IV и VI. Если у Вас нет копий, Вам следует их получить. Если Вы не можете их получить, то объясните причину. (Полученные документы не будут Вам возвращены.)

21.

- а) Предварительный Меморандум «Пропавшие люди в Беларуси» специального докладчика Комитета по юридическим вопросам и правам человека Парламентской Ассамблеи Совета Европы Христоса Пургуридеса. (на русском языке)
- б) Disappeared persons in Belarus, DOC. 10062, 4 February 2004, Report, Rapporteur: Mr.Christos Pourgourides, Cyprus, Group of the European People's Party. (на английском языке)
- в) Resolution 1371 (2004) "Disappeared persons in Belarus", PACE.
- г) Доказательства Комитета Государственной Безопасности, которые опубликованы на официальном сайте: www.Charter97.org на ссылке: www.belarusfreedom.com
- д) Ответ из Международного Уголовного Суда за № ОТП-CR-261/03, от 18 июня 2004 г.

VIII.

ЗАЯВЛЕНИЕ И ПОДПИСЬ

Настоящим, исходя из моих знаний и убеждений, заявляю, что все сведения, которые я указал в формуляре, являются верными.

Место: HAARLEM, NEDERLAND.

Дата : 27/07/2004.

Александр Иванович Щурко.

Гражданин Республики Беларусь.

Копии: Международную Амнистию для Натали Лоскут.

Международную Лигу Прав Человека для Victor Cole.